

KAS AUSLANDSINFORMATIONEN

FRAUEN IN POLITIK UND GESELLSCHAFT

■ **Späterer Aufstieg nicht ausgeschlossen – Westafrikanische Frauen in Politik und Gesellschaft**

Elke Erlecke

■ **Frauen in Senegals Politik und Gesellschaft – Priesterin, Prinzessin, Präsidentin?**

Ute Gierczynski-Bocandé

■ **Türkische Frauen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft**

Suna Güzin Aydemir

■ **Frauen als politische und wirtschaftliche Kraft in den Wachstumsländern Asiens – Erkenntnisse aus den Philippinen**

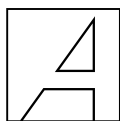
Carollna G. Hernandez

■ **Rumänien nach den Wahlen – Ein Land sucht seinen Weg in die Zukunft und stößt dabei auf seine Vergangenheit**

Sven-Joachim Irmer



KAS
AUSLANDSINFORMATIONEN
3 | 13



Konrad
Adenauer
Stiftung

ISSN 0177-7521
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
29. Jahrgang

Klingelhöferstraße 23
D-10785 Berlin
Telefon (030) 2 69 96-33 83
Telefax (030) 2 69 96-35 63
Internet: <http://www.kas.de>
<http://www.kas.de/auslandsinformationen>
E-Mail: stefan.burgdoerfer@kas.de

Bankverbindung:

Commerzbank AG Filiale Bonn,
Kto.-Nr. 110 63 43, BLZ 380 400 07

Herausgeber:

Dr. Gerhard Wahlers

Redaktion:

Frank Priess
Dr. Wolfgang Maier
Thomas Birringer
Gisela Elsner
Dr. Stefan Friedrich
Dr. Beatrice Gorawantschy
Jens Paulus

Verantwortlicher Redakteur:

Stefan Burgdörfer

Gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Bezugsbedingungen:

Die KAS-Auslandsinformationen erscheinen zwölfmal im Jahr. Der Bezugspreis für zwölf Hefte beträgt 50,- € zzgl. Porto. Einzelheft 5,- €. Schüler und Studenten erhalten einen Sonderrabatt.

Die Bezugsdauer verlängert sich jeweils um ein Jahr, sofern das Abonnement nicht bis zum 15. November eines Jahres schriftlich abbestellt wird.

Bestellungen: Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
(obige Anschrift)

Das Copyright für die Beiträge liegt bei den KAS-Auslandsinformationen.

Übersetzung: RedKeyTranslation, Hannover

Satz: racken, Berlin



CO₂-neutral mit Farben auf Pflanzenölbasis nach DIN ISO 12647-2
gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Recyclingpapier, das mit dem europäischen Umweltzeichen (EU Ecolabel: FR/011/003) ausgezeichnet ist.

Inhalt

4 | EDITORIAL

Frauen in Politik und Gesellschaft

6 | SPÄTERER AUFSTIEG NICHT AUSGESCHLOSSEN – WESTAFRIKANISCHE FRAUEN IN POLITIK UND GESELLSCHAFT

Elke Erlecke

26 | FRAUEN IN SENEGALS POLITIK UND GESELL- SCHAFT – PRIESTERIN, PRINZESSIN, PRÄSI- DENTIN?

Ute Gierczynski-Bocandé

52 | TÜRKISCHE FRAUEN IN POLITIK, WIRTSCHAFT UND GESELLSCHAFT

Suna Güzin Aydemir

81 | FRAUEN ALS POLITISCHE UND WIRTSCHAFTLICHE KRAFT IN DEN WACHSTUMSLÄNDERN ASIENS – ERKENNTNISSE AUS DEN PHILIPPINEN

Carolina G. Hernandez

Andere Themen

93 | RUMÄNIEN NACH DEN WAHLEN – EIN LAND SUCHT SEINEN WEG IN DIE ZUKUNFT UND STÖSST DABEI AUF SEINE VERGANGENHEIT

Sven-Joachim Irmer



EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

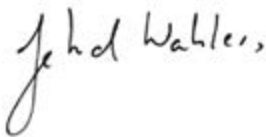
mit vielen Attributen wurden die Aufstände und Umbrüche in der Arabischen Welt und insbesondere in Nordafrika belegt: Aufstand der Jungen, der Benachteiligten, auch derjenigen, denen echte Teilhabe am politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben verweigert oder zumindest erheblich erschwert wurde. All diese Beobachtungen sind richtig, aber sie sind nicht vollständig ohne die andere Seite der Medaille: Sie waren vor allem auch weiblich.

Junge Frauen prägten ganz erheblich das Bild der Demonstrationen auf der Avenue Bourguiba und dem Tahrir-Platz. Friedlich, zielstrebig und bestimmt traten sie auf. Dabei war für sie mit dem Abgesang auf die autokratischen Herrscher die Hoffnung nicht nur auf ein neues politisches System, sondern insbesondere auch auf Stärkung und Wertschätzung sowie auf die Durchsetzung ihrer Rechte verbunden. Denn die alten Machthaber standen nicht selten trotz aller säkularen Aufgeräumtheit eher für patriarchale Verhaltensmuster. Deshalb ging mit dem Aufbegehren von Beginn an eine Demonstration für mehr Rechte und politische Teilhabe der Frauen einher, die sich der klassischen Einteilung gesellschaftlicher Räume widersetzt, wonach Männer als präsenzpflichtig für die Außenwelt und Frauen als residenzpflichtig für das Heim angesehen werden. Gerade die sozialen Medien und deren überproportionale Nutzung durch junge Frauen in der Arabischen Welt spiegeln diese Situation wider. Frauen reklamieren ihren Platz in Gesellschaft und Politik, und die arabischen Gesellschaften sollten ein Interesse daran haben, diesen Rechten Geltung zu verschaffen. Das würde auch der Entwicklung ihrer Länder dienen.

Deklaratorisch haben dies bereits viele Länder der Region getan. Ägypten hat schon 1981 die Antidiskriminierungskonvention der Vereinten Nationen unterschrieben und

sich im Rahmen der Millenniumsentwicklungsziele verpflichtet, den Anteil der Frauen in politischen Ämtern zu erhöhen. Blickt man jedoch auf die Zusammensetzung des Parlaments, so fällt die Bilanz ernüchternd aus: Knapp zwei Prozent der Volksvertreter sind Frauen. Darüber hinaus nehmen die Befürchtungen zu, dass eine nicht mehr nur schleichende Islamisierung der Länder der Region Frauenrechte hinter das bislang – mitunter bescheidene – Erreichte noch zurückwerfen könnte. Frauenrechtsaktivistinnen und Unterstützerinnen einer zunehmenden Islamisierung stehen sich in dieser Frage frontal gegenüber.

Selbst Tunesien, das über Jahrzehnte als arabisches Musterland im Bezug auf Frauenrechte galt, erfuhr in den letzten Monaten Diskussionen, die die Frauen erneut auf die Straße trieben, um lautstark zu demonstrieren. Die Tunesierinnen machen damit deutlich, dass das Eintreten für ihre Rechte kein westlicher Import ist, sondern aus ihrer Mitte heraus vehement gefordert wird. Tunesien hat in der Vergangenheit gezeigt, welchen unverzichtbaren Beitrag Frauen für die Entwicklung ihres Landes leisten. Das gilt auch für die Länder südlich der Sahara, wie die Beiträge von Ute Gierczynski-Bocandé und Elke Erlecke in dieser Ausgabe zeigen. Unsere Vertreterin aus Benin berichtet von dem anhaltenden Kampf vieler Frauen um Gleichberechtigung und dem langen Atem, der nötig ist, um auch gesamtgesellschaftlich das zu sein, was Frauen in den Familien schon sind: Ein Motor für Entwicklung.



Dr. Gerhard Wahlers
Stellvertretender Generalsekretär

gerhard.wahlers@kas.de



Elke Erlecke leitet das Regionalprogramm Politischer Dialog Westafrika der Konrad-Adenauer-Stiftung mit Sitz in Cotonou, Benin.

SPÄTERER AUFSTIEG NICHT AUSGESCHLOSSEN

WESTAFRIKANISCHE FRAUEN IN POLITIK UND GESELLSCHAFT

Elke Erlecke

Als Nkosazana Dlamuni-Zuma im Juli 2012 als erste Frau in der Geschichte der Afrikanischen Union zu deren Kommissionspräsidentin gewählt wurde, ging ein Rauschen durch die Weltpresse. Eine Meldung war den Medien vor allem ihre Rolle als Galionsfigur der afrikanischen Frauenemanzipation wert. Solche Botschaften, die ihnen Mut machen, haben die Frauen in Westafrika bitter nötig. Ihre Stellung als Hüterin des Herdfeuers ist unbestritten, ihre Rolle als mehrfache Mutter und Schwerstarbeiterin in der Landwirtschaft wird nicht hinterfragt. In vielen Fällen besitzen die Frauen das Monopol im informellen Kleinhandel. Zwar mangelt es nicht an Gelegenheiten und Feiertagsreden, bei denen ihre wichtige Rolle als Trägerin der Entwicklung des Landes regelmäßig durch Regierungen und politische Parteien beschworen wird. Allein – es mangelt an Anerkennung und einer politischen Repräsentanz, die das faktisch vorhandene gesellschaftliche Gewicht der Frauen abbildet.

EIN GROSSER SCHRITT FÜR DIE FRAUEN AFRIKAS: PEKING UND DIE FOLGEN

Groß ist die Zahl internationaler Konventionen, die sich als Impulse für eine Verbesserung der Lage der Frauen in Afrika erwiesen. Einen Meilenstein stellte 1995 die Internationale Weltfrauenkonferenz in Peking dar, die die ungenügende politische und parlamentarische Repräsentanz von

Frauen weltweit anprangerte.¹ Im Anschluss daran wurden in Afrika vor allem Maßnahmen gegen die Diskriminierung von Frauen sowie Politikstrategien zur Verbesserung ihrer Situation in Angriff genommen.

Das 2003 in Maputo verabschiedete Protokoll über die Rechte der Frau in Afrika konkretisierte und ergänzte die Afrikanische Charta der Rechte des Menschen und der Völker aus dem Jahr 1981. Erstmals bezog sich ein völkerrechtlich bindendes Dokument ausschließlich auf die Situation von Frauen in Afrika, auf die Förderung ihrer Rechte und ihren Schutz, und verpflichtete die Vertragsstaaten, alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um das Protokoll vollständig und wirksam umzusetzen. Völkerrechtlich war es ein großer Schritt, als es im November 2005 in Kraft trat. 26 der 53 Mitgliedstaaten der Afrikanischen Union haben das Maputo-Protokoll inzwischen ratifiziert. 2004 hatten zusätzlich bereits 51 von 53 Staaten der Afrikanischen Union die VN-Konvention zur Vermeidung von Diskriminierung der Frauen unterzeichnet.

Auch an nationalen Strategien, die zur Beförderung der Situation von Frauen erarbeitet wurden, ist im westlichen Subsahara-Afrika kein Mangel. Diese waren meist Folgen der Pekinger Weltfrauenkonferenz. Dennoch bleiben die Lebensbedingungen für die weibliche

Bevölkerungsmehrheit schwierig. Insbesondere im Bereich der politischen Selbstbestimmung und Mitwirkung sind Frauen stark unterrepräsentiert. Führungspositionen befinden sich fast ausschließlich in männlicher Hand. Dass aus einer solchen Analyse der Situation mittel- und langfristiger Handlungsbedarf resultiert, darüber sind sich Regierungen und politische Entscheidungsträger vor Ort einig. Folglich werden im westlichen Subsahara-Afrika diverse Akteure tätig, deren gemeinsames Ziel eine verbesserte Geschlechtergerechtigkeit ist: gouvernementale Strategien treffen auf Bemühungen von Parteien, Zivilgesellschaft und individuelles Engagement von Frauen ergänzen sich.

Zur verbesserten Geschlechtergerechtigkeit werden diverse Akteure tätig: gouvernementale Strategien treffen auf Bemühungen von Parteien, Zivilgesellschaft und individuelles Engagement von Frauen ergänzen sich.

1 | Durch die Ergebnisse der Konferenz wurden auch westafrikanische Frauenorganisationen in ihrem Kampf für die Rechte der Frauen im eigenen Land ermutigt. So sorgten in Mali das Collectif des Femmes de Mali (COFEM) und die Association Pour le Progrès et la Défense des Droits de la Femme (APDDF) für die Ausschaltung des Einflusses älterer islamischer Führer in den Medien.

Daher lohnt es sich, in Bezug auf Benin, Burkina Faso, die Côte d'Ivoire, Niger und Togo zu fragen: Wie gestalten sich die Bedingungen für das Leben von Frauen in diesen Staaten? Welche Möglichkeiten bieten Parteien Frauen, die sich engagieren wollen? Auf welchen Wegen können Frauen Entscheidungs- und Führungspositionen in Partei und Parlamenten erreichen? Und nicht zuletzt: Welche Hindernisse stellen sich dem Fortkommen von Frauen in diesen Ländern in den Weg?

ZWISCHEN WIEGE UND WAAGE: FAMILIÄRES UND WIRTSCHAFTLICHES UMFELD

Ein Beispiel aus Cotonou: Colombe wurde drei Tage vor Weihnachten 2012 in der beninischen Handelsmetropole geboren. Momentan schläft sie tagsüber unter einem Moskitogitter auf dem Boden des kleinen Verkaufsstandes ihrer Mutter Denise. Bereits jetzt ist ihre Zukunft so gut wie vorgezeichnet. Ihre Mutter verdient durch ihren kleinen Obst- und Gemüsehandel recht gut – aber nicht so gut, dass sie ihrer kleinen Tochter später den Besuch einer beninischen Privatschule finanzieren könnte. Sollten die Einkünfte der Mutter sinken, ist es selbstverständlich, dass Colombe die Schule zugunsten ihres älteren Bruders verlässt.



„Alle Mädchen in die Schule“: Die Realität sieht in Benin oft anders aus. | Quelle: © Elke Erlecke.

Frauen wie Denise haben es in der ohnehin strukturell schwachen Region Westafrika besonders schwer. Ihre Lebensbedingungen definieren bereits ihre soziale Situation und ihre Chancen. Eine niedrige Lebenserwartung, ein niedriges Heiratsalter,² hohe Geburtenraten, ein niedriges Bildungsniveau, dazu eine hohe Kindersterblichkeit verbinden sich mit mangelndem oder teurem Zugang zu ärztlicher Versorgung und ergeben eine Ausgangsposition, die einen Ausbruch aus der vorgezeichneten Lebensbahn schwierig oder unmöglich erscheinen lässt.³ Zwangsheiraten sind weiterhin in den ländlichen Regionen sehr verbreitet. Wird eine Frau dort Witwe, kann ihr Leben mit deutlichen Einschränkungen der Freizügigkeit, ja sogar der persönlichen Lebensführung (Wasch- und Frisierverbot für mehrere Monate) verbunden sein.

In der Regel setzt materielle Armut dem Willen zum Aufstieg eine deutliche Grenze. Einschlägige Programme der Entwicklungszusammenarbeit im Verein mit Strategien der nationalen Regierungen versuchen, dieser Ausweglosigkeit einen Riegel vorzuschieben und im besten Fall die wirtschaftliche Unabhängigkeit der Frauen zu begründen, die Grundlage für die soziale Emanzipation ist. In Benin versetzen so Mikrokredite Frauen in die Lage, mit einem kleinen Einstiegsbudget den Start in die wirtschaftliche Selbständigkeit zu schaffen.⁴ Die Berufswelt ist männlich geprägt: In Benin sind 74 Prozent aller Beschäftigten,

In Benin sind 74 Prozent aller Beschäftigten, die in einem formellen Arbeitsverhältnis stehen, Männer. Die Domäne der Frauen ist der informelle Sektor.

- 2 | 2012 wurden in der Côte d'Ivoire, Benin, Mali und Togo mehr als ein Drittel aller Mädchen vor Erreichen des 18. Lebensjahres verheiratet.
- 3 | Zu den negativen Determinanten weiblichen Lebens zählt auch weiterhin die Gewalt, die trotz aller internationalen und nationalen gesetzlichen Regelungen weiterhin an der Tagesordnung ist. In den Familien ist häusliche Gewalt oft sozial akzeptiert. Die Fortschritte der vergangenen Jahre, in denen die Zahl der Genitalverstümmelungen im Rückgang begriffen war, dürfen nicht über deren teilweise noch hohe Akzeptanz bei der Bevölkerung hinwegtäuschen. Der für junge Mädchen lebensgefährliche Eingriff bleibt in manchen Ethnien und in den Regionen um Tillaberi, Diffa und das Stadtgebiet von Niamey Bestandteil der Kultur. Sexuelle Vergehen werden vor allem in Ländern, die gegenwärtig oder in den letzten Jahren bewaffnete Konflikte erlebt haben, banalisiert. Die Opfer werden zusätzlich nach der Tat sozial stigmatisiert.
- 4 | In Benin sind 94 Prozent aller Empfänger von Mikrokrediten Frauen. Präsident Boni Yayi hat Mikrokredite für Frauen bewusst als Teil seiner Wahlkampfstrategien im Wettbewerb um die Präsidentschaft eingesetzt.

die in einem formellen Arbeitsverhältnis stehen, Männer. Die Domäne der Frauen ist der informelle Sektor. Bei den offiziell registrierten Unternehmen bilden diejenigen, die von Frauen geführt werden, das Schlusslicht.⁵ Arbeitslosigkeit hat ein weibliches Gesicht – in allen fünf Staaten der Region gibt es ein deutliches Gefälle zwischen männlichen und weiblichen Erwerbslosen. Damit wird der Verbleib der Frauen in abhängigen Positionen zementiert.

Familie, Beruf, Kindererziehung: Die Lebensbedingungen von Frauen stecken bereits den größten Teil des Raumes ab, in dem sie Entscheidungen fällen können.⁶ Dieser bleibt beschränkt auf die private, nicht-öffentliche Sphäre. Politisches Engagement von Frauen ist aber auch abhängig vom rechtlichen Status, den ihnen Politik und Gesellschaft zubilligen. Dieser hat in den vergangenen 30 Jahren formal einen großen Wandel durchgemacht.

FRAUEN MITTEN IM AFRIKANISCHEN LEBEN: FORMALER STATUS VS. LEBENSWIRKLICHKEIT

In Benin bemüht sich die Regierung, die Gleichheit zwischen Mann und Frau neben der Verankerung in der Verfassung in den Landesgesetzen abzubilden.

In den 1990er Jahren kam es auf Betreiben von Frauenorganisationen in ganz Afrika zu Verfassungsänderungen. Ihr Ziel: den rechtlichen Status von Frauen zu verbessern.

Diese Entwicklung sparte auch Westafrika nicht aus. In den Jahren seit der Jahrtausendwende ging es dann vor allem um eine Sicherung bzw. Stärkung der individuellen Frauenrechte sowie um ein weiteres deutliches Verbot der Diskriminierung. Die grundsätzlich positive Entwicklung schlägt sich in der Gesetzgebung der einzelnen Länder nieder. In Benin beispielsweise bemüht sich die Regierung, die Gleichheit zwischen Mann und Frau neben der Verankerung

5 | Von den 2007 offiziell registrierten Unternehmen im Niger wurden 5,14 Prozent von Frauen geleitet.

6 | Nicht einmal in der häuslichen Sphäre haben in allen Teilen der Subregion die Frauen eine starke Position: Im Niger werden die meisten Entscheidungen durch den männlichen Haushaltsvorstand getroffen. Ob und was eingekauft wird, wie oft die Familie die Verwandten besucht, Gesundheitsvorsorge und Familienplanung, in Einzelfällen sogar die Entscheidung, was auf den Tisch kommt – alles obliegt männlicher Entscheidungshoheit. Diese Lage ändert sich allerdings maßgeblich, sobald die Frau ein eigenes Einkommen hat: über dessen Verwendung entscheiden mehr als 85 Prozent der Bezieherinnen alleine.

in der Verfassung in den Landesgesetzen abzubilden. In den Entwicklungsstrategien des Landes spielen Frauen eine wesentliche Rolle. Der Staat fördert sie unter anderem aktiv in ihrer Rolle als private Arbeitnehmerinnen und garantiert ihnen die gleichen Rechte wie ihren männlichen Kollegen, wenn sie im öffentlichen Dienst tätig sind.⁷ Auch in Burkina Faso und in der Côte d'Ivoire genießt die Frau gemäß Verfassung und Code des personnes et de la famille die formelle Gleichheit zu den Männern.⁸



Togolesische Frauen in der Landwirtschaft. In westafrikanischen Fabriken sind sie dagegen noch immer unterrepräsentiert. | Quelle: flickr / undptogo (CC BY).

Wie so oft jedoch steckt auch hier der Teufel im Detail. Zum einen gelingt es in der Region zwischen Sahel und Atlantik nicht immer, den – wenn auch offiziell akzeptierten – internationalen Rahmen mit der nationalen Gesetzgebung in Einklang zu bringen. Selbst wenn dieses gelingt, steht immer noch die Harmonisierung mit traditionellen Rechtsvorstellungen aus, die durch Ethnie oder Religion geprägt sind. Im Konflikt zwischen Moderne und Tradition siegt letztere. Verstöße dagegen werden kulturell sanktioniert. Zum anderen gibt es immer noch Fälle, in denen konkrete Regelungen in bestimmten Rechtsbereichen den verfassungsrechtlichen Bestimmungen zuwiderlaufen. Dies ist

7 | Gesetz Nr. 86-013, 26.02.1986.

8 | So nimmt der Code actuel des personnes et de la famille du Burkina beide Ehepartner bezüglich der Haushaltsführung in die Pflicht (Art. 235). Im Volksmund wird das Gesetz daher „Code des femmes“ genannt.

besonders dort der Fall, wo es sich um die Lebenswirklichkeit von Frauen handelt, also z.B. im Bereich des Familienrechtes. In fast allen Ländern der Region genießt der Mann den Status des *chef de famille*, dem die Wahl des Wohnortes zusteht und der die gemeinsamen Güter verwaltet. Oft zeigen Regelungen, die Frauen schützen sollen, unbeabsichtigte gegenteilige Wirkungen. So hat das Verbot der Polygamie in vielen Staaten der Region die Ausweitung der *repudiation* (Verstoßung) und den Herauswurf der Frauen aus den Wohnungen gefördert. Diese genießen dann keinerlei Schutz. Und auch dort, wo modernes Recht Frauen sogar positiv diskriminieren mag, werden letztlich in der Praxis wieder alte Verhaltensmuster wirksam. So sorgen Quoten in den Parteien nicht zwingend für eine höhere Beteiligung der Frauen an der Politik, weil informeller Druck der Männer die Frauen daran hindert.

Am Beispiel des Sahelstaates Niger können die Schwierigkeiten nachgezeichnet werden, die sich bei der Umsetzung der verfassungsmäßig garantierten Rechte ergeben. Auf den ersten Blick scheint die Lage der Frauen in Niger überdurchschnittlich gut gesichert. Nicht nur hat das Land die Mehrheit der internationalen Konventionen über die Menschenrechte unterzeichnet. Die Gleichheit zwischen Mann und Frau ist im Niger gesetzlich garantiert. Die nigrische Verfassung stellt die Gleichheit aller vor dem Gesetz ohne Ansehen von Geschlecht, sozialer Herkunft, Rasse, Ethnie oder Region fest. Ein Quotensystem regelt die Zugänge zu Verwaltung, Regierung, diplomatischem Corps sowie staatlichen Gesellschaften. Der Posten des zweiten Vizepräsidenten der staatlichen Wahlkommission ist für eine Frau reserviert. Im Übrigen erlauben besondere Regelungen Mann und Frau den gleichen Zugang zu Ressourcen und Dienstleistungen.

Bei der Realisierung der verfassungsmäßigen Rechte der Frauen kommt es allerdings immer wieder zu Konfrontationen mit Gewohnheitsrechten und islamischem Recht. Am klarsten wird dies beim *Droit de la Famille et du Statut Personnel*. Mehrere Male versuchte der nigrische Staat, den Code de la Famille einzuführen: fast gelang es dem entschiedenen Widerstand der verschiedenen islamischen Organisationen, dies zu verhindern – zuerst 1976, dann wieder in den Jahren von 1985 bis 1989. Hier kollidiert der

egalitäre Ansatz der modernen Gesetzgebung mit dem Gewohnheitsrecht, das seinen Ursprung im Patriarchat hat. Dessen Regelungen stehen im Widerstreit mit dem Status der Frau, wie er in der Verfassung festgelegt ist. Befolgt die Frau z.B. die Regelungen des Gewohnheitsrechtes, dann kann sie weder über Zeitpunkt und Zahl von Schwangerschaften noch über die Schließung oder Auflösung ihrer Ehe entscheiden. Die Eingriffsmöglichkeiten des Staates sind hier beschränkt. Der gleiche Widerstand wie im Falle des Code de la Famille schlug 2006 dem Protokoll der Charte Africaine sur les Droits des Femmes entgegen, bis es endlich durch die Assemblée Nationale unterzeichnet werden konnte.

Tabelle 1

Vergleich statistischer Kennzahlen der Länder im westlichen Subsahara-Afrika

	Benin	Burkina Faso	Côte d'Ivoire	Niger	Togo
Bevölkerungsanteil der Frauen in Prozent	50,7	50,3	49,1	49,7	50,5
Lebenserwartung von Frauen (2011)	58	56	57	55	59
Müttersterblichkeit pro 100.000 Geburten (2010)	350	300	400	590	300
Anteil der Geburten bei Frauen im Alter von 15 bis 19 Jahren in Prozent (2011)	10,0	11,9	11,0	11,6	52,0
Geburten pro Frau (2011)	5,2	5,8	4,3	4	7
Alphabetisierungsgrad in der Altersgruppe 15 bis 24 Jahre in Prozent der Gesamtbevölkerung	45 (2010)	98 (2011)	62 (2010)	k.A.	75 (2009)

Quelle: World Bank Data Research.

Der vollen Chancengleichheit zwischen Mann und Frau steht eine effektive juristische Umsetzung der vorhandenen gesetzlichen Regelungen entgegen. Es fehlen Anwendungs- und Durchführungsbestimmungen, teilweise mangelt es bereits an einer Veröffentlichung der neuen Gesetze. Sanktionierungsmaßnahmen bei Nichtbefolgung der Gesetze werden vielfach weder in Erwägung gezogen noch haben sie die Chance einer Anwendung. Auf diese Weise

können Traditionen und kulturelle Tabus immer wieder die Oberhand über diejenigen Bestrebungen gewinnen, die eine deutliche Verbesserung der Lage der Frauen zum Ziel haben.

Noch deutlicher tritt die Tendenz zur Restriktion bei den Bestimmungen hinsichtlich des politischen Engagements von Frauen auf. 1999 hatte Niger die Convention sur l'Élimination de Toutes les Formes de Discrimination à l'Égard des Femmes (CEDEF) ratifiziert: die VN-Konvention war federführend in der internationalen Kodifizierung. Sie forderte zugunsten von guten Entwicklungschancen des jeweiligen unterzeichnenden Landes die maximale Partizipation von Frauen gleich der der Männer in allen Bereichen des gesellschaftlichen und politischen Lebens. Niger reservierte sich jedoch bis heute bestehende Vorbehalte hinsichtlich der fünf Artikel, die das komplette Recht von Frauen auf Teilhabe beinhalten.⁹

TAKE NO SEAT: POLITISCHE REPRÄSENTATION VON FRAUEN IN PARTEIEN¹⁰ UND PARLAMENTEN WESTAFRIKAS

In den 1990er Jahren wurden Frauen in der politischen Landschaft (West-)Afrikas sichtbar. Die Gründe lagen in einer besseren Bildung, in einer wachsenden Erfahrung

- 9 | Die zeitgenössische politische Diskussion bestritt, dass Frauen grundsätzlich das gleiche Recht auf Teilhabe wie Männern zusteht. Dies wird in der Regel apodiktisch behauptet und bedarf in den Augen der Traditionalisten keiner weiteren Begründung.
- 10 | Analog zur defizitär strukturierten, programmatisch schwachen und auf starke (männliche) Führungspersönlichkeiten konzentrierten Struktur der Parteien existieren über die Repräsentanz von Frauen in politischen Organisationen oft nur wenige, veraltete oder unvollständige Daten. Diese Datenlage erschwert eine verlässliche Analyse. Deshalb ergänzten wir die vorhandenen Daten durch ein durchgängiges Monitoring bei Bildungsmaßnahmen 2012 und durch eine aktuelle Befragung von Funktions- und Entscheidungsträgern und -trägerinnen der Parteien in der Region. Für die Unterstützung bei der Recherche dankt die Verfasserin herzlich Jean-Baptiste Hounkpé, Anastasie N'Thoumon, Rodolphe Houedote, Eric Ouangré, Emmanuel Kouassi, Théophile Amouzou und Sylvain Zinsou. Der Vollständigkeit halber sei hier vermerkt, dass bereits die Ankündigung dieses Berichtes eine erhöhte Sensibilisierung des männlichen Führungspersonals für die „Frauenfrage“ in ihrer Partei zur Folge hatte.

der Frauen im Umgang mit Öffentlichkeit sowie in den vorsichtigen positiven Zeichen, die von mehreren Regierungen bezüglich der Beteiligung von Frauen am politischen Leben gegeben wurden. Frauen strebten eine bessere Vertretung in den Parlamenten sowie in der Exekutive an. Der Fokus der afrikanischen Frauenorganisationen verschob sich von der Erreichung entwicklungspolitischer Ziele hin zu legislativen und konstitutionellen Änderungen. Auch westafrikanische Frauen engagierten sich intensiv in den zeitgenössischen politischen Reformbewegungen.¹¹

Trotz der unbestreitbaren Bereitschaft sich politisch zu engagieren, trotz ihrer starken Präsenz in zivilgesellschaftlichen Organisationen sind Frauen in der Politik Westafrikas immer noch eine *quantité négligeable*. Da Parteien eine entscheidende Rolle in der Artikulation des politischen Willens sowie bei der Bereitstellung politischen Personals spielen, gibt die quantitative und qualitative weibliche Repräsentanz in den Parteien außerdem Aufschluss über die in den Ländern der Region herrschende Konzeption von (Parteien-)Demokratie.

Die weibliche Repräsentanz in den Parteien gibt außerdem Aufschluss über die in den Ländern der Region herrschende Konzeption von (Parteien-) Demokratie.

Die Zahl der Frauen, die in den Parteien Westafrikas Politik mit gestalten, differiert beträchtlich. Die Skala reicht von „sehr viele“ in der Côte d’Ivoire über eine generelle Unterrepräsentanz in allen beninischen Parteien bis hin zu vernachlässigbaren Größen, die aus Burkina Faso gemeldet werden.¹² Die burkinabischen Frauen führen für Letzteres immer wieder das Argument an, soziokulturelle Vorurteile gegen Parteimitgliedschaften gäben den Ausschlag für die größere weibliche Enthaltensamkeit vom parteipolitischen Geschäft. Mit dem Parteibeitritt lockere sich die Bindung an die Familie, die Frau vernachlässige ihre Pflichten, die durch die Tradition definiert würden. Zusätzlich erschwere mangelnde Bildung den Zugang der Frauen zu einer Partei.

11 | So wurden in Mali Frauen in Demonstrationen gegen den damaligen Präsidenten Maoussa Traoré niedergeschossen. In Niger demonstrierten mehrere tausend Frauen gegen den geplanten Ausschluss von weiblichen Vertretern aus der Kommission, die die Nationalkonferenz von 1991 vorbereiten sollte.

12 | Genaue Angaben über die zahlenmäßige Vertretung von Frauen in den Parteien Westafrikas bleiben weiterhin ein Desiderat.

Dem entspricht das gängige Profil der burkinabischen Frau, die sich doch letztendlich dazu entschließt, Politik zu betreiben.

Es stellt sich die Frage, ob eine spezielle Vertretung ihrer Interessen in den Parteien Frauen den Beitritt erleichtern würde. Dies setzte allerdings voraus, dass in den männlich dominierten Parteien der Region Interesse an einer speziellen Frauenvertretung bestünde. Wieder lohnt sich ein Blick nach Burkina Faso, um die entsprechende Regelung kennenzulernen. Innerhalb der Parteien existieren dort in der Regel keine speziellen Frauenvereinigungen. Meistens sind die Frauen in den Parteien aber gleichzeitig Mitglieder in *associations*, dort oft genug in Leitungspositionen. In der Partei Union pour la Renaissance / Parti Sankariste (UNIR/PS), einem Kooperationspartner der Konrad-Adenauer-Stiftung in Westafrika, arbeitet eine nationale Frauenkoordinatorin, die sich jedoch nicht allein um die Belange der Frauen kümmert, sondern eine Kollegin der nationalen (männlichen) Sekretäre (sic!) zur Förderung der Frauen ist.¹³ Nominell werden Vorkehrungen zur Interessenvertretung der Frauen von beiden getroffen. Die Praxis sieht aber so aus, dass der Sekretär die Linie und das Vorgehen allein bestimmt.

Die Côte d'Ivoire hat 130 offiziell bekannte Parteien, von denen aber weniger als zehn Prozent momentan aktiv sind. Jede dieser Parteien besitzt eine Frauenorganisation.

Etwas anders stellt sich die Situation in der Côte d'Ivoire dar. Das Land hat 130 offiziell bekannte Parteien, von denen aber weniger als zehn Prozent momentan aktiv sind. Jede dieser Parteien besitzt eine Frauenorganisation. Die Parteienfrauen bekommen von Fall zu Fall Geld für ihre Aktivitäten, was aber nicht satzungsgemäß verankert ist. Parallel dazu haben sich einige der Frauen der Parteien zu der Union des Femmes des Partis Politiques zusammengeschlossen. In Togo wiederum besitzen die meisten Parteien eine Frauenkommission oder zumindest eine Gruppe von Frauen, die ebenfalls zeitweilig finanzielle Unterstützung genießen.

Dass es bei den Parteien der Region in der Regel an einer strategisch ausgerichteten Interessenvertretung für Frauen mangelt, zeigen auch ihre Programme. Zwar kennt die

13 | Gemäß einer zurückhaltenden Auskunft aus weiblichen Parteikreisen kann man sich durchaus vorstellen, dass die Aktivitäten über die Ebene der Koordinierung hinaus durchaus inhaltlich erweitert werden könnten.

Agenda der politischen Parteien Forderungen nach Zugang zu Krediten, Zugang zu Grund und Boden für Frauen, sie fordern den Kampf gegen Gewalt und Diskriminierung und wollen die Beschäftigung von Frauen fördern sowie generell Einkommensmöglichkeiten für Frauen generieren. Programme thematisieren generell die Frau in der Politik, fragen nach Möglichkeiten von *leadership* für Frauen oder beschreiben lediglich die Tätigkeit von Frauen im Parlament, ohne damit eine Aufforderung zu verstärkter politischer Arbeit zu verbinden. Sie diagnostizieren die Lage der Frauen, identifizieren diese als Potenzial für die Unterstützung der Partei, oft geben sie auch Bekenntnisse zu Quoten ab. Dann aber verharrt das Programm im Bereich des Deklamatorischen, wenn es die angeblichen Stützen der Gesellschaft preist, deren Förderung aber gerne dem angeblich zuverlässigen Fortgang der Geschichte überlässt.

Oft bleiben Parteiprogramme deklamatorisch, wenn sie die Rolle der Frauen preisen, deren Förderung aber gerne dem angeblich zuverlässigen Fortgang der Geschichte überlassen.

Als Auslöser für ein parteipolitisches Engagement der Frauen in der Region fungiert in der Regel der Wunsch, an der Entwicklung des Landes mitarbeiten zu können. Nur in seltenen Fällen wurden politische Vorbilder als Beweggrund für parteiliches oder grundsätzlich politisches Engagement genannt.¹⁴ Entscheiden sich die Frauen für die Mitarbeit an einzelnen Politikfeldern, so sind dies meist Gesundheits- oder Wirtschaftspolitik. Die in Burkina Faso befragten Mandatsträgerinnen und Frauen aus der Leitungsebene von UNIR/PS,¹⁵ die seit achtzehn Monaten kontinuierlich nach ihrer Einschätzung der Stellung von Frauen in der Partei befragt werden, erklärten im Übrigen den Kampf für die Emanzipation und den Abbau von Diskriminierung, oft auch den Kampf für den Frieden, zu einem ihrer bevorzugten Ziele. Präzisere Formulierungen fanden die togolischen Frauen: Sie wollen die demokratische Entwicklung

14 | Die Frauen der UNIR/PS gaben als mögliches Vorbild Leben und Denken des in Burkina Faso immer noch verehrten Revolutionärs Thomas Sankara an.

15 | Die Frauen wurden zum einen in den Sommerworkshops 2012 der jungen Parteiführungskräfte befragt, zum anderen im November 2012 vor den Kommunal- und Parlamentswahlen in Burkina Faso und zum dritten Mal zur Jahreswende 2012/2013, um ihre Erfahrungen während der Nominierungsphase und im Wahlkampf zu eruieren.

beeinflussen, in gleichem Maße wie Männer partizipieren sowie die Interessen von Frauen verteidigen.¹⁶

Einmal den Entschluss zur Mitarbeit, vielleicht auch zur Karriere in einer Partei gefasst zu haben führt in der Regel bald zu der Erfahrung, welche Soft Skills für politischen Erfolg maßgeblich sind. Diese nur scheinbar banale Erfahrung mit dennoch weitreichender Tragweite machen auch die politisch engagierten Frauen zwischen Zinder und Zongo. Die mangelnde Repräsentanz von Frauen auf den Leitungsebenen der Parteien verhindert nicht, dass die wenigen Funktionsträgerinnen ein klares Profil der Frauen zu zeichnen wissen, die erfolgreich sind: verheiratete Frauen mit mehreren Kindern, die Französisch sprechen und mindestens eine Ausbildung an einem Collège vorzuweisen haben. Finanzielle Autonomie kann hilfreich sein, wenn die Betreffende keine Familie hat, die sie unterstützen kann. Oft unterschätzter Faktor: Die Familie muss ihre politische Aktivität akzeptieren. Hier kommt der Bruch mit der Tradition zum Ausdruck, den weibliches politisches Engagement bedeutet, hier wird die enorme Herausforderung für eine herrschende Mentalität deutlich, die ein Frauenleben auf häusliche Tätigkeiten reduziert.

DER LANGE WEG ZUR MACHT: WESTAFRIKANISCHE FRAUEN AUF DEM WEG IN PARLAMENTARISCHE UND POLITISCHE SCHLÜSSELFUNKTIONEN

In Benin bewegt sich der Anteil der Frauen, die die Geschicke der Parteien maßgeblich mitbestimmen, zwischen elf und 27 Prozent.

Die 2.000 Mitglieder zählende burkinabische Partei UNIR/PS zählt in ihrem Politbüro unter 114 Mitgliedern 49 Frauen. Zwei Frauen sind Mitglieder des Secrétariat Exécutif National.

In Benin bewegt sich der Anteil der Frauen, die die Geschicke der Parteien maßgeblich mitbestimmen, zwischen

16 | Die klare Diktion entspricht dem aktuellen Engagement togolischer Frauen in den Auseinandersetzungen zwischen Regierung und Opposition: nicht nur präzisiert sich in der täglichen politischen Auseinandersetzung der Zielkatalog der weiblichen Politikerinnen inhaltlich und rhetorisch, sondern es machen auch Vertreterinnen togolischer NGOs und Parteien durch unkonventionelle Methoden von sich reden. Man denke an den Aufruf zum Sexstreik vom Sommer dieses Jahres sowie an den Protestmarsch Tausender rot gekleideter Frauen des Collectif Sauvons le Togo vom September 2012, der den Verzicht des Präsidenten auf eine weitere Kandidatur bei den Präsidentschaftswahlen 2015 forderte.

elf und 27 Prozent. In der Côte d'Ivoire war die heutige *Grande Chancelière* Henriette Diabaté lange Zeit Generalsekretärin des Rassemblement des Républicains (RDR), der Partei des heutigen Präsidenten Allassane Ouattara. Die togolesischen Parteien kennen Frauen als Mitglieder der Exekutivbüros der Parteien. In Niger wurde im Jahre 2008 eine von 44 Parteien von einer Frau geführt. In Togo sind es momentan zwei von hundert offiziell anerkannten Parteien, die eine Vorsitzende haben. Auf die Frage, wie die Inhaberinnen der Posten so reüssieren konnten, verweisen die Antworten auf eine Kombination aus Erfahrung, Qualifikation und Kampfkraft. Trotzdem bleibt aber der Einfluss der Frauen im innerparteilichen Macht- und Institutionengefüge mehr als beschränkt. Die Suche nach den Ursachen dafür mündet immer wieder im stereotypen Hinweis auf die kulturellen Schranken, die eine stringente Einbindung der Frauen in den innerparteilichen Dialog bzw. innerparteiliche Absprachen verhindern und ihnen bei öffentlichen Auftritten der Parteigranden keinen relevanten Platz zuweisen.

Gerade angesichts einer langsam steigenden Zahl von Frauen in den National- und Kommunalparlamenten der Region bleibt das Streben nach einer wirkungsvollen Steigerung der Mandatszahlen bei den Frauen virulent. In Benin waren Frauen in den ersten vier Legislaturperioden nach dem Übergang zur Mehrparteidemokratie (1995 bis 2008) nur sehr schwach im beninischen Parlament repräsentiert – die Bandbreite reichte von sechs bis zwölf Prozent. In der dritten und vierten Legislaturperiode gar waren nur sechs von 83 Abgeordneten weiblich. Die Zahl der Bürgermeisterinnen in Benin ist von drei Prozent im Jahre 2002 auf mehr als vier Prozent in 2008 gestiegen. Für 2015 projiziert die Regierung einen Anstieg auf 30 Prozent. In Burkina Faso besetzten nach den Kommunalwahlen 2006 Frauen 19 von insgesamt 359 Bürgermeisterposten.

Der Niger belegt auch in diesem Falle die besten Ursachen für eine nur langsam ansteigende Repräsentanz von Frauen in den Parlamenten und Entscheidungsgremien. Die Rate der politischen Partizipation von Frauen dieses Landes ist als eine der niedrigsten weltweit¹⁷ bekannt. Zumindest

17 | Ministère de la Promotion de la femme et de la protection de l'enfant, UNICEF, Institut National de la Statistique, Analyse de la situation de l'enfant et de la femme, Niamey, 2008, 232.

ist eine positive Entwicklung hinsichtlich der Sitze in der Nationalversammlung feststellbar: 2008 waren 15 von 113 Parlamentariern weiblich. In den Gemeinden allerdings sind noch wesentlich deutlicher wahrnehmbare maßgebliche Entscheidungsposten für Männer reserviert – diese grundlegende Tendenz wird in dem Sahelstaat oft noch durch den herrschenden Einfluss der islamischen Tradition verstärkt. Auch in den beratenden Organen der Gemeinden sind Frauen unterrepräsentiert. Wenn Frauen im Niger auf kommunalem Niveau an Entscheidungsfindungen beteiligt sind, dann geschieht dies in ihrer Funktion als Organisatorinnen von Spargemeinschaften (*tontines*). 2007 waren 17 Prozent der nigrischen Stadträte Frauen, was eine allmähliche Zunahme bedeutet. Allein unter den Bürgermeistern waren wiederum von 245 gewählten nur sechs Frauen. 2003 wurde die erste Frau im Niger zum Sous-Préfet ernannt. Aufgrund der Feindseligkeit der lokalen Bevölkerung musste sie ihren Posten aber wieder aufgeben. Es geht aber auch anders: Die Communauté Urbaine von Niamey konnte 2005 vermelden, dass sie bereits zwei Jahre eine Préfet Présidente hat.

Neben der Zahl der faktischen Mandatsinhaber auf kommunaler und nationaler Ebene gibt auch das Verhältnis zwischen den aufgestellten und gewählten Kandidatinnen Aufschluss über die Akzeptanz weiblicher Kandidaten in der Bevölkerung. Bei den beninischen Präsidentschaftswahlen 2006 traten zwei Kandidatinnen an, Marie-Elise Gbédo und Célestine Zanou, bei der letzten Präsidentschaftswahl nur noch Gbédo. Beide erhielten jeweils nicht mehr als 0,4 Prozent aller Stimmen. In der Côte d'Ivoire bewarben sich 2010 100 Kandidatinnen um einen Sitz im Parlament. Zehn Prozent davon wurden gewählt. 2010 war in Niger Marima Cissé, Vizepräsidentin der nigrischen Menschenrechtskommission, die erste Präsidentschaftskandidatin in der Geschichte des Landes. Bei den Parlamentswahlen im Dezember 2012¹⁸ in Burkina Faso traten 981 Kandidatinnen (von insgesamt 6.074 Kandidaten) an und wetteiferten miteinander um 127 Deputiertensitze. 23 Frauen wurden gewählt, davon fünfzehn direkt. Die

18 | Für die letzten Kommunalwahlen in Burkina Faso liegen noch keine definitiven Ergebnisse vor, da diese in einigen Kreisen aufgrund von Unregelmäßigkeiten wiederholt werden müssen.

verbleibenden acht rückten nach, weil die Mandatsinhaber auf Regierungsposten aufgerückt waren. Als ausschlaggebend für die Wahl der erwähnten Kandidatinnen erwiesen sich fast ohne Ausnahme deren gesellschaftliche Stellung, damit verbunden das Ansehen der Familie, der sie entstammten, sowie die Verwurzelung in der Bevölkerung. Noch bedeutender (und wirkungsvoller) waren die Gründe, Frauen nicht zu wählen: wieder kamen die bekannten Ressentiments zum Tragen – Nicht-Akzeptanz von öffentlich agierenden Frauen, Überschreiten von kulturellen Grenzen, teilweise auch die angebliche Belastung durch früher wahrgenommene öffentliche Ämter und der Vorwurf, sich zum Komplizen früherer korrupter Systeme gemacht zu haben.

Als ausschlaggebend für die Wahl der Kandidatinnen erwiesen sich deren gesellschaftliche Stellung, damit verbunden das Ansehen der Familie, der sie entstammten, sowie die Verwurzelung in der Bevölkerung.

LOST IN GENDER: AFRIKANISCHE MINISTERINNEN UND IHRE RESSORTS

Die Côte d'Ivoire und Burkina Faso haben jeweils fünf, sieben finden sich in Togo: Die Rede ist von weiblichen Ministern. Bei den beninischen Nachbarn hat die Prozentzahl der Frauen, die Regierungsfunktionen innehaben, zwischen 1991 und 2007 zwischen zehn und 23 Prozent variiert. Heute macht die Zahl der Frauen nicht einmal ein Viertel der Exekutive aus. Im aktuellen Kabinett des Präsidenten Thomas Boni Yayi stehen 26 Männern nur sieben Frauen gegenüber,¹⁹ die in der Regel Posten besetzen, die ihnen qua Geschlecht zuzustehen scheinen.

Die Zuteilung der Kabinettsposten folgt nicht nur in der ehemaligen Musterdemokratie dem traditionellen Rollenschema. Grundsätzlich gilt in Benin wie in der gesamten Region Westafrika, dass die schwache Vertretung in den staatlichen Leitungsgremien in starkem Gegensatz zur grundsätzlich starken weiblichen Präsenz unter den Mitgliedern von Organisationen der Zivilgesellschaft oder Parteien steht.²⁰

19 | Der Präsident weicht damit deutlich von seinem Versprechen ab, Frauen zu 30 Prozent an seiner Regierung zu beteiligen.

20 | In Benin bietet Rékya Madougou, die Ministerin für Mikrofinanzen und Beschäftigung von Jugend und Frauen, ein Gegenbeispiel, die lange vor ihrem Wechsel in ein Regierungsamt eine bedeutende Rolle in der Zivilgesellschaft spielte und auch als Amtsinhaberin weiter den Kontakt zu den Weggeführten von damals hält.

DIE DISKUSSION UM QUOTEN: ROSSKUR FÜR WAHL- UND PARTEIVOLK?

Dass Westafrikas Parlamente, Parteien und Ministerien weitgehend von weiblicher Mitwirkung und Lenkung frei zu sein scheinen, legt die Frage nahe, ob dieses Phänomen in der gesellschaftlichen Wahrnehmung als Mangel empfunden wird. Die immer wiederkehrende Diskussion über gesellschaftliche Quoten in den Parteien²¹ sowie bei Wahlen ist ein klarer Indikator dafür.

Beispiele aus den Ländern belegen dies: Burkina Faso kennt keinerlei Frauenquoten in den Parteien, in der Côte d'Ivoire bleibt es diesen überlassen, ob sie intern eine Quote anwenden. Anders sehen teilweise die Regelungen für Wahlen aus: in Burkina Faso wurde 2009 ein Gesetz über eine 30-Prozent-Quote für Kommunal- und Parlamentswahlen verabschiedet. Die Côte d'Ivoire wiederum lehnt Quoten

Führende Nichtregierungsorganisationen in Togo plädierten für die Einführung eines Parité-Gesetzes für Frauen in Entscheidungspositionen und für den öffentlichen Dienst.

bei der Aufstellung von Wahllisten ab. Togo diskutiert gegenwärtig ein Parité-Gesetz für die Wählerlisten, damit dies noch rechtzeitig vor den Kommunalwahlen in März/April 2013 angewendet werden kann. Die gleiche

Diskussion führte Benin schon im vergangenen Jahr. Zusätzlich plädieren führende Nichtregierungsorganisationen in Togo für die Einführung eines Parité-Gesetzes für Frauen in Entscheidungspositionen und für den öffentlichen Dienst bei Regierung und Parlament.

Tendenziell werden demnach Quoten durchaus als Mittel zur Erreichung einer angemessenen Repräsentanz von Frauen in der Politik angesehen. Die Parteien allerdings stehen diesem Mittel oft reservierter gegenüber.

GRAUE EMINENZEN: UMWEGE ZUR MACHT

Westafrika kennt nicht viele Frauen, die Entscheidungs- und Führungspositionen in der Politik innehaben. Damit fallen wichtige Orientierungsmodelle für aufstiegswillige Frauen aus. Umso wichtiger werden in dieser Situation Frauen, die

21 | Zur Diskussion über Sinn und Wirkung von Frauenquoten: Antonie Katharina Nord, „Mehr Geschlechtergerechtigkeit? Zur Frauenquote in Afrika“, *GIGA Focus*, 5, 2012, http://giga-hamburg.de/dl/download.php?d=/content/publikationen/pdf/gf_afrika_1205.pdf [17.02.2013].

aufgrund ihres Erfolges in Wirtschaft und Gesellschaft als Orientierungsfiguren dienen können. Umso mehr, als sich bei vielen dieser *role models* die guten Kontakte zu politischen Kreisen und ein entsprechender Einfluss als Folge ihres Erfolges in anderen Domänen als der Politik eingestellt haben. Alle untersuchten Länder in der Region Westafrika kennen solche Frauen. Sie können in entscheidenden politischen Entscheidungssituationen des Landes Weichen stellen. Sei es, dass sie bei Wahlen öffentlich Stellung für Kandidaten beziehen, sei es, dass sie mit ihren finanziellen Mitteln Parteien vor dem wirtschaftlichen Untergang retten können. In den Augen jener Frauen, denen aufgrund von gesellschaftlichen Konventionen und Traditionen der Aufstieg in Parteien oder der Weg ins Parlament versagt bleibt, kann eine solche informelle Einflussnahme auf die Politik, ohne damit direkt eine Funktion in der Politik einnehmen zu müssen, durchaus attraktiv sein.



Frauen in Togbin: Mit den farbenfrohen Visco-Stoffen haben Unternehmerinnen ein Vermögen gemacht. | Quelle: © Elke Erlecke.

Beispiele gibt es viele. Die Nana Benz in Togo sind nur eines von vielen – die Grossistinnen, die farbenfrohe niederländische Visco-Stoffe als Zwischenhändlerinnen verkaufen und damit ein Vermögen machen. An ihrer Spitze steht Ayélé Creppy, Präsidentin der Pagnes-Verkäuferinnen. Dazu gehören auch die Präsidentschaftskandidatin von 2010, Brigitte Kafui Adjamagbo-Johnson, und die Direktorin der togolesischen Presseagentur, Claudina Akakpo.

Candide Leguede, Präsidentin der Geschäftsfrauen in Togo und Mitglied im Vorstand der Industrie- und Handelskammer von Togo, und Ingrid Awade, Direktorin der Steuerbehörde, haben sich einen Namen gemacht, wenn es darum geht, die öffentliche Meinung nachhaltig zu beeinflussen. Ihre Schwester in Burkina Faso ist Alizèta Ouédrao, Präsidentin der IHK von Burkina Faso, eine Self-Made-Woman, die durch den Handel mit Leder und Häuten zu Reichtum gekommen ist. Heute ist sie aufgrund einer Allianz mit der Präsidentenfamilie Chefin mehrerer Unternehmen – sie ist die Schwiegermutter des jüngeren Bruders des Präsidenten. Das gesellschaftliche Ansehen dieser Frauen garantiert ihnen einen Grad an politischem Einfluss, den sie auch nach einer Ochsentour in der Politik nie gehabt hätten.

FRAUEN UND POLITIK IN WESTAFRIKA – TREFFPUNKT IM UNENDLICHEN?

Bereits in der Erziehung werden Mädchen zu Unterordnung und Passivität erzogen. Später sorgt die Bindung an Haushalt und Familie dafür, dass eine Beschäftigung mit Politik mangels Zeit entfallen muss.

This is a man's world: Immer noch gilt die Politik in Westafrika als eine für Männer reservierte Domäne. Die Grundlagen werden bereits in der Erziehung gelegt, durch die Mädchen zu Unterordnung und Passivität erzogen werden.

Später sorgt in der Regel die Bindung an Haushalt und Familie dafür, dass eine Beschäftigung mit der Politik mangels eines dafür vorhandenen Zeitbudgets entfallen muss. Wagt eine Frau doch den Schritt auf das gefährliche Parkett der Politik, sind es oft die „Mitschwester“, die dafür sorgen, dass sie ins Schleudern kommt: Die von Marie-Elise Gbédo, Kandidatin bei den beninischen Präsidentschaftswahlen 2006 und 2011, unternommenen Bemühungen zur Verbesserung der Lage von Frauen im Land wurden von den weiblichen Wählern nicht honoriert.

Das Schema ist das ewig Gleiche: es mangelt an allem – an Ressourcen, an politischer Erfahrung, Erziehung und politischer Bildung sowie aufgrund der Bindung an Haus und Familie an politischen Kontakten, die den Einstieg erleichtern. Frauen, die bei Wahlen kandidieren wollen, erleben ihre Defizite noch stärker, ist doch ein gutes finanzielles Polster unabdingbare Voraussetzung zur Rekrutierung von Unterstützern und erfolgreichen Durchführung des Wahlkampfes.

Letztendlich geben diskriminierende soziokulturelle Einstellungen sowie negative Stereotype oft den Ausschlag. Soziale Exklusion – „eine Frau spricht nicht in der Öffentlichkeit“ – verhindert die Integration von Frauen in politische Organisationen. Frauen werden grundsätzlich als minderwertige Lebewesen angesehen, denen die Artikulation ihrer Anliegen nicht zugestanden wird.²² Gegen die dauerhafte Marginalisierung von Frauen auf Entscheidungspositionen bietet permanentes Lobbying einen Ausweg – und Mut machende Symbolfiguren wie die neue AU-Kommissionspräsidentin Dlamini-Zuma. Ihr Tipp für den frauenpolitischen Fortschritt in Afrika lautet: „Standhaft bleiben!“ Dass die westafrikanischen Frauen den erforderlichen langen Atem haben, ist sicher. Genauso sicher ist: Sie werden ihn brauchen.

22 | Die Überzeugung, dass sie nicht gemeinsam mit Männern in ein und derselben Versammlung sitzen dürfen, findet sich oft genug auch bei den Frauen selbst.



Dr. Ute Gierczynski-Bocandé ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Konrad-Adenauer-Stiftung in Dakar.

FRAUEN IN SENEGALS POLITIK UND GESELLSCHAFT

PRIESTERIN, PRINZESSIN, PRÄSIDENTIN?

Ute Gierczynski-Bocandé

„Heroines du quotidien“, so nannte der senegalesische Filmmacher Sembène Ousmane die Frauen seines Landes: Heldinnen des Alltags. Ihre Lage im Senegal, einem der ärmsten Länder der Welt, ist oft nicht beneidenswert – sie sind, wie in vielen anderen Ländern, die ersten Opfer von Armut, Gewalt, Ungerechtigkeit und Unterdrückung. Im Familienrecht Senegals sind Frauen benachteiligt, der Zugang zu Landbesitz ist nicht gewährleistet.¹ Die Gesetzgebung bedarf einer intensiven Überarbeitung, um die Geschlechtergleichheit zu realisieren, die sich die Regierungen des abgewählten Präsidenten Abdoulaye Wade wie auch seines Nachfolgers Macky Sall auf die Fahne geschrieben haben. Trotz verschiedener Diskriminierungsmechanismen in allen Bereichen bietet die Gesellschaft Senegals Grundlagen für eine effektive und effiziente Partizipation der Frauen an politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklungen. Eine dieser Grundlagen, und nicht die geringste, ist die Stellung der Frauen in der vorkolonialen Geschichte Senegals, in der sie, wie in anderen Ländern Afrikas auch, eine hohe Wertschätzung erfuhren. Sie galten als Fundament der Gesellschaft und übten häufig Funktionen als Priesterinnen und Herrscherinnen aus.

1 | Für diese Benachteiligung ist vor allem das traditionelle und das muslimische Erbrecht verantwortlich, vgl. Adama Coulibaly, „Acces des femmes á la terre au Sénégal. Trois femmes sur quatre n’ont pas accès á la terre“, <http://cncr.org/spip.php?article441> [18.02.2013].

ROLLE UND STELLUNG DER FRAUEN IN DEN VORKOLONIALEN REICHEN SENEGALS

Gestern und heute haben Frauen die Gesellschaft und die Politik Senegals mitbestimmt, dies jedoch in ganz unterschiedlichen Kontexten. Die Bevölkerung Senegals ist heterogen und setzt sich aus mehr als 20 Ethnien mit sehr verschiedenen Strukturierungsmustern zusammen.

Im Norden, der sowohl klimatisch als auch gesellschaftlich der Sahelzone zugeordnet wird, herrschen streng hierarchisch gegliederte Gesellschaften vor. Der größte Teil des heutigen Senegal gehörte zu den westafrikanischen Großreichen des Mittelalters – Ghana, Mali und Songhai.² Diese wurden im 17. und 18. Jahrhundert durch kleinere senegalesische Königreiche abgelöst, die eine der Grundlagen der heute existierenden 14 Regionen darstellen: Walo und Futa Toro im Norden, Diolof, Kayor und Baol im nördlichen Zentrum sowie Gabu, Sine und Saloum im südlichen Zentrum. Sowohl die Großreiche als auch die Königtümer basierten auf einer Unterteilung der Gesellschaft in „Kasten“, die wie im europäischen Mittelalter unter anderem aus einer Arbeitsteilung resultierten. Bis heute ist in den Ethnien der ehemaligen Reiche diese gesellschaftliche Aufteilung lebendig, besonders bei Manding, Wolof, Toucouleur und teilweise auch bei den Serer. Die starke Hierarchisierung ging jedoch mit einer traditionellen Form von Demokratie³ einher. Frauen haben in den Gesellschaften und Regierungsstrukturen der Königreiche vom 7. bis zum 19. Jahrhundert häufig wichtige, manchmal auch herausragende Rollen gespielt,⁴ insbesondere als Königsmütter, -frauen, oder -schwestern,⁵ und nicht selten auch als Königinnen sowie später als antikoloniale Kämpferinnen.

Frauen haben die Gesellschaft und die Politik Senegals immer in unterschiedlichen Kontexten mitbestimmt. Die Bevölkerung Senegals umfasst mehr als 20 Ethnien mit verschiedenen Strukturierungsmustern.

2 | Vgl. hierzu: Joseph Ki-Zerbo, *Die Geschichte Schwarzafrikas*, Peter Hammer Verlag, Wuppertal, 1979, 137-153; *Histoire Générale de l'Afrique IV.: L'Afrique du XI^{ème} au XVI^{ème} siècle*, UNESCO/NEA, 1985.

3 | Vgl. Pathé Diagn, „De la démocratie traditionnelle“, *Présence Africaine*, 97, 1976.

4 | Ebd., 32.

5 | Boubacar Barry, *Le Royaume du Waalo. Le Sénégal avant la Conquête*, François Maspéro, Paris, 1972.

Im südlichen Teil Senegals (heute die Regionen der Casamance und teilweise Kedougou), lebten und leben viele Ethnien mit vorwiegend egalitären Gesellschaftsformen, so

Viele Ethnien im südlichen Teil Senegals haben eine basisdemokratische Konzeption von politischer Partizipation, die auch Frauen einschließt.

beispielsweise die Diola,⁶ Balante und Manakagne in der unteren Casamance und in Guinea-Bissau sowie auch die Bassari,⁷ Beydik und Coniagi in der Region Kedougou und in Guinea. Sie haben eine basisdemokratische

Konzeption von politischer Partizipation, die auch Frauen einschließt. Die Stimme der älteren Männer und Frauen hat ein stärkeres Gewicht, weil sie eine hohe gesellschaftliche Achtung genießen. Alte Frauen gelten als Hüterinnen der Tradition und üben darüber hinaus nicht selten die Funktion der Priesterinnen aus. Die Erbfolge ist in der Regel matrilinear, vollzieht sich also über die Linie der Mutter. Sie wurde in den Gesellschaften der Diola⁸ und der Bassari⁹ intensiv erforscht und es wurde erklärt, warum Frauen in Ethnien mit egalitären und matrilinearen Strukturen maßgeblich bei allen politischen, ökonomischen und spirituellen Entscheidungen mitwirken. Bei den Diola beispielsweise waren und sind Priesterinnen keine Seltenheit.¹⁰ Häufig nehmen Frauen wichtige Funktionen als Vermittlerinnen zwischen der spirituellen und der materiellen Ebene ein, aber auch bei gesellschaftlichen Konflikten sind sie in der Mediation unabkömmlich, etwa im Separatistenkonflikt in der Casamance.¹¹

Die matrilineare Erbfolge war vor der Islamisierung ein Kennzeichen vieler westafrikanischer Ethnien. Bis heute identifizieren sich viele Senegalesen über die mütterliche Familienherkunft. In der vorkolonialen Gesellschaft

6 | Vgl. Françoise Ki-Zerbo, *Les sources du droit chez les Diola du Sénégal*, Karthala, Paris, 1979.

7 | Vgl. Pierre Gnanga Boubane, „Impacts des valeurs et des religions traditionnelles dans la promotion de la citoyenneté“, *Dakar, Le dialogue interreligieux*, Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS), Dakar, 2012, 10.

8 | Vgl. Odile Tendeng Weidler, „Développement social dans la société diola“, in: *Religion et développement social*, http://kas.de/wf/doc/kas_31260-1522-3-30.pdf [18.02.2013], 34.

9 | Vgl. Jean Girard, *Les Bassari du Sénégal. Fils du Caméléon*, Harmattan, Paris, 2000.

10 | Vgl. Odile Goerg (Hrsg.), *Perspectives historiques sur le genre en Afrique*, Paris, Harmattan, 2007, 198.

11 | Vgl. Sévérine Awenengo Dalberto, „Ethnicité Joola et genre: femmes et constructions identitaires en Casamance au XX^{ème} siècle (Sénégal)“, in: Goerg, Fn. 10, 209.

war auch das Matriarchat eine in mehreren senegalesischen Ethnien verbreitete Herrschaftsform. Im Gegensatz zur matrilinearen Erbfolge, nach der die männlichen Nachfolger der Königsschwester den Thron erben, sind

Im Gegensatz zur matrilinearen Erbfolge, nach der die männlichen Nachfolger der Königsschwester den Thron erben, sind im Matriarchat die Frauen die Inhaberinnen der Macht und der Mittel.

im Matriarchat die Frauen die Inhaberinnen der Macht und der Mittel. Sie ließen sich bei der Mittelverwaltung nicht selten von ihren ältesten Söhnen vertreten, jedoch lag die endgültige Entscheidung bei ihnen.¹² Die senegalesische Juristin Fatou Kiné Camara forscht insbesondere über die Legitimierung der weiblichen Macht aus ihrer spirituellen Kraft heraus und schreibt: „Die Frauen sind die Wächterinnen des Wissens. Die Macht des Wissens (wissenschaftlich und mystisch) und die Stellung der Frau sind in Afrika eng verbunden, die Frau hält den Befehlsstab (oder königliches Zepter) als Zeichen dessen, der das Wissen beherrscht.“¹³

VORKOLONIALE UND ANTIKOLONIALE HELDINNEN

Wenn im Geschichtsunterricht in Senegal die Sprache auf Frauen in Machtpositionen kommt, werden in einem Atemzug die Königinnen Ndieumbeut Mbodj und ihre Schwester Ndate Yalla genannt, die in der Mitte des 19. Jahrhunderts das Königreich Walo am Senegalfluss regiert haben. Sie mussten es gegen Invasionen der Mauren aus der Region Trarza im heutigen Mauretania ebenso verteidigen wie gegen die vordringenden französischen Kolonisatoren. Wenn auch die offizielle Macht zur Zeit der Linguere (Königin) Ndieumbeut noch bei ihrem Mann lag, so war sie es, die die Regierung führte und die Verträge mit den Franzosen unterzeichnete. Linguere Ndate Yalla führte nach ihrem Tod die Regierung weiter und befehligte einen Kriegszug gegen die französischen Invasoren unter General Faidherbe. Sie wurde jedoch besiegt und ging ins Nachbarkönigreich Kayor ins Exil, wo sie ein Jahr später starb – als letzte Königin des Waalo.¹⁴

12 | Vgl. Issa Laye Thiaw, „Le matriarchat, source de l’acquisition des biens et de légitimation des pouvoirs politiques dans le Sénégal d’autrefois“, *Projet de Temple des femmes initiées*, COSEF, CREDILA, IDHP, Dakar, 2007, 30.

13 | Vgl. Fatou Kiné Camara, *Pouvoir et justice dans la tradition des peuples noirs. Philosophie et pratique*, Harmattan Etudes africaines, Paris, 2007, 193 (Übersetzung der Autorin).

14 | Barry, Fn. 5.

„Lieber tot als Sklavinnen“ war die Devise der „Amazonen von Nder“,¹⁵ die sich an einem Dienstag im November des Jahres 1819 verbrannten, um der Sklaverei zu entgehen. Bei einer Attacke von maurischen Invasoren hatten die Frauen des Dorfes Nder, in der Kleidung ihrer abwesenden Männer, den Soldaten Widerstand geleistet und sie zum Rückzug gezwungen. Diese, in ihrer Würde gekränkt, kamen jedoch zurück. Die Frauen sammelten sich daraufhin alle in einer großen Hütte und verbrannten sich – Heldinnen aus Verzweiflung und Symbol des Nationalstolzes.

Das Transportschiff, das Dakar mit der südlichen Region Casamance verbindet, trägt den Namen einer Heldin der kolonialen Epoche: Aline Sitoé Diatta. Diese Königspriesterin aus Kabrousse in der Casamance hatte während der ersten Kriegsjahre die Bewohner ihrer Region zum anticolonialen Widerstand aufgerufen und aufgefordert, den Franzosen die obligatorischen Reisabgaben für die Kolonialtruppen zu verweigern. Sie schuf eine Bewegung des zivilen Widerstandes in der ganzen Casamance und wurde schließlich 1943 gefangengenommen und nach Timbuktu ins Exil gesandt. Dort starb sie wenig später. Aline Sitoé Diatta gilt als Symbol für den Widerstand, aber auch für den Stolz auf die eigene Kultur. Die Funktion des Königs schließt bei den Diola die des Priesters ein. So erklärt sich der hohe Symbolwert von Aline Sitoé Diatta für die Stellung der Frau in der Gesellschaft der Diola.¹⁶

Die Erinnerung an Frauen in Entscheidungspositionen der vorkolonialen Epoche und der Kolonialzeit kann nicht über die Tatsache hinwegtäuschen, dass Frauen in Senegals Politik unterrepräsentiert waren und sind. Aufgrund des Gleichstellungsparagrafen, der am 24. Mai 2010 von der Nationalversammlung verabschiedet wurde, stellen sie zwar zumindest beinahe die Hälfte der Abgeordneten im senegalesischen Parlament. Von der ersten Parlamentsabgeordneten (1963-1978) und späteren Sozialministerin Senegals, Caroline Faye Diop, bis zur ersten Premierministerin, Mame Madior Boye (2000-2001), vergingen jedoch

15 | Vgl. Sylvia Serbin, *Reines et heroines d'Afrique*, Sepia, Paris, 2011.

16 | Vgl. Fatou Sarr, „De Ndaté Yalla à Aline Sitoé, un siècle de résistance“, Communication faite au Musée de la femme de Gorée, 2007, http://sengenre-ucad.org/Ndatt%E9_Yalla%20_%E0_%20Aline_Sitoye_Diatta.pdf [21.01.2013].

vier Jahrzehnte. Erst drei Mal hat sich eine Frau für das höchste Staatsamt beworben: Marième Ly war im Jahr 2000 die erste und lange Zeit einzige Präsidentschaftskandidatin in Senegal. Kurz vor der Wahl zog sie allerdings ihre Kandidatur zurück. Erst bei den Präsidentschaftswahlen 2012 stellten sich zwei Frauen tatsächlich zur Wahl, die Juraprofessorin Amsatou Sow Sidibé und die Modeschöpferin Diouma Dieng.¹⁷

FRAUEN IN DEN REGIERUNGEN VON SENGHOR, DIOUF, WADE UND SALL

Der Anteil der Frauen mit Ministerrang ist immer noch gering. Während in den ersten Regierungen der sozialistischen Senghor-Ära (1960-1980) lediglich ein bis zwei Frauen vertreten waren, erlangten in der ebenfalls sozialistischen Regierungszeit von Abdou Diouf (1980-2000) zwischen drei und vier Frauen Ministerrang. Die liberalen Regierungen erhöhten den Frauenanteil leicht, jedoch nicht maßgeblich, auf fünf bis acht. Angesichts der Tatsache, dass die Regierungen Senghors insgesamt kleiner waren (20 Minister), während sie später, unter Präsident Wade, bis zu 40 Minister hatten, war also insgesamt eine Stagnation des Frauenanteils festzustellen. Immerhin kann man dem dritten Präsidenten Senegals, Abdoulaye Wade (2000-2012), zugute halten, dass er Mame Madior Boye, eine Juristin mit internationalem Renommee und senegalesische Justizministerin seit 2000, im Jahr 2001 zur Premierministerin ernannte.¹⁸ Vielleicht hat die Tatsache, dass Boye sich nicht in einer politischen Formation engagiert, dazu beigetragen, dass ihr Mandat zwei Jahre später endete. Vor allem aber war die Premierministerin nach der Schiffskatastrophe des „Diola“¹⁹ im September 2002 mit ihrer Regierung ins Kreuzfeuer der Kritik geraten.

Ab 1980 erreichten zwischen drei und vier Frauen Ministerrang. Die liberalen Regierungen erhöhten den Frauenanteil ab 2000 leicht, jedoch nicht maßgeblich, auf fünf bis acht.

17 | Yandé Diop, „La présidentielle de 2012 Les sénégalais pas prêts à confier les rênes à une dame“, 07.02.2012, Rewmi.com, http://rewmi.com/_a56303.html [21.01.2013].

18 | Vgl. „Les femmes au Sénégal“, *Cahiers de l'Alternance*, Centre d'Études des Sciences et Techniques de l'Information (CESTI) und KAS, Graphi Plus, Dakar, 2006, 83-84.

19 | Vgl. Ute Gierczynski-Bocandé, „Regierung Senegals gerät nach Schiffskatastrophe ins Wanken“, KAS-Länderbericht, 07.02.2002, <http://kas.de/senegal-mali/de/publications/897> [21.01.2013].



Die damalige Premierministerin Mame Madior Boye geriet nach einer Schiffskatastrophe ins Kreuzfeuer der Kritik. Hier trifft sie Überlebende. | Quelle: © Seyllou / picture-alliance / dpa.

In der Regierung Macky Salls besetzen nach der Regierungsumbildung von Oktober 2012²⁰ sieben Frauen Ministerposten.²¹ Zwei Schlüsselministerien werden von Frauen geleitet: Protokollarisch an dritter Stelle sorgt die Juristin und Menschenrechtsaktivistin Aminata Touré für frischen Wind in der senegalesischen Justiz. Sie setzt sich auch mit unbequemen und unpopulären Maßnahmen durch,²² insbesondere im Hinblick auf die strafrechtliche Verfolgung von hohen Verantwortungsträgern des Wade-Regimes. Die Aufhebung der parlamentarischen Immunität von drei ehemaligen Ministern zwecks Untersuchung der ihnen vorgeworfenen Hinterziehungen von Staatsgeldern schlug Anfang 2013 in Senegal hohe Wellen und wurde von der nun oppositionellen ehemaligen Regierungspartei PDS vehement angefochten.²³

20 | Regierung Senegals, <http://www.gouv.sn/-Le-Gouvernement> [21.01.2013].

21 | Die Regierung vom 26.03.2012 umfasste 25 Minister, seit dem 12.10.2012 sind es 31. Der Frauenanteil blieb jedoch unverändert.

22 | B. Dione, „Aminata Touré ministre de la justice: „Il n’y a aucune dimension politique ou politicienne“, *Le Soleil online*, 18.12.2012, http://lesoleil.sn/index.php?option=com_content&view=article&id=23623 [21.01.2013].

23 | Vgl. Agence de Presse Sénégalaise (APS), „Les Libéraux et démocrates veulent faire annuler la levée de l’immunité parlementaire de trois députés“, 10.01.2013, http://www.aps.sn/articles.php?id_article=107724 [21.01.2013].

In der protokollarischen Ordnung folgt der Justizministerin direkt Gesundheits- und Sozialministerin Awa Coll-Seck, die wie Aminata Touré auf eine internationale Karriere zurückblicken kann und einen ausgezeichneten Ruf als Fachfrau genießt. Sie arbeitet mit System und klar definierten Zielen an einer Gesundheitsreform und legt viel Wert auf die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften, die das Gesundheitswesen Senegals teilweise wochenlang gelähmt haben.²⁴

Drei Ministerinnen der sozialistischen Ära wurden nach dem Wahlsieg des liberalen Macky Sall und im Rahmen der großen Koalition, die sich im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen gegen Abdoulaye Wade gebildet hatte, wieder in Rang und Ehren versetzt. Aminata Mbengue Ndiaye, die sozialistische Bürgermeisterin der Regionalhauptstadt Louga, erhielt den Posten der Ministerin für Tierzucht, der vom Landwirtschaftsressort getrennt wurde – durch politisch motivierte Maßnahmen wie diese erklärt sich die hohe Zahl an Ministerien. Khoudia Mbaye von der ehemals kommunistischen Partei LD MPT wurde zur Ministerin für Städtebau und Wohnen ernannt und die ehemals sozialistische Koryphäe Mata Sy Diallo, die heute der sozialdemokratischen Partei angehört, besetzte die ersten drei Monate den Posten für Handel und Industrie. Inzwischen wurde sie jedoch aus Gesundheitsgründen wieder abgesetzt. Mit der Ernennung von Arame Ndoye als Ministerin für Raumplanung und Gebietskörperschaften²⁵ setzte Macky Sall ein Zeichen: Die langjährige Mitarbeiterin Salls in Sachen Dezentralisierung und engagierte Parteipolitikerin der APR (Alliance pour la République APR Yakaar, die Partei Macky Sall) soll die Dezentralisierungspolitik Senegals reformieren, rationalisieren und zu einer effizienten

Khoudia Mbaye von der LD MPT wurde zur Ministerin für Städtebau und Wohnen ernannt. Die ehemals sozialistische Koryphäe Mata Sy Diallo besetzte die ersten drei Monate den Posten für Handel und Industrie.

24 | Eugène Kaly, „8^{ème} congrès du SUTSAS: Awa Marie Coll Seck demande aux syndicalistes d'arrêter la rétention des données sanitaires“, *Le Soleil online*, 22.12.2012, http://lesoleil.sn/index.php?id=23730%3A&option=com_content&view=article [21.01.2013].

25 | Interview mit Arame Ndoye über die Herausforderungen der Gebietskörperschaften, „Mme Arame Ndoye, ministre de l'Amenagement du Territoire et des Collectivites locales: „Le Sommet Africités permettra de situer le rôle et la place des territoires dans la construction du continent africain“, *Le Soleil online*, http://lesoleil.sn/index.php?option=com_content&id=23204 [21.01.2013].

Entwicklung der Gebietskörperschaften beitragen. Dies scheint eine Grundlage für einen durchgehenden Erfolg der APR Yakaar bei den Lokalwahlen 2014 zu sein.



Gesundheits- und Sozialministerin Awa Marie Coll-Seck arbeitet an einer Gesundheitsreform. | Quelle: Robert Scoble / flickr (CC BY).

Aminata Tall, langjährige Ministerin und Präsidialamtsgeneralsekretärin von Abdoulaye Wade sowie ehemalige Bürgermeisterin von Diourbel, hatte sich in den letzten Jahren von Wade gelöst, ihre eigene politische Formation gegründet und diese dann mit Salls APR verschmolzen.²⁶ Nach dessen Wahlsieg ernannte er die erfahrene Politikerin und Verwaltungsexpertin wiederum zur Generalsekretärin des Präsidialamtes, was viele seiner Parteimitglieder erstaunte und manche sogar erzürnte.²⁷ Als Mitte Januar der Präsident des Wirtschafts- und Sozialrates starb, ernannte Macky Sall kurz entschlossen Aminata Tall zu seiner Nachfolgerin.²⁸ Nun steht eine Frau der zweitwichtigsten Institution des Landes vor, denn seit Abschaffung des Senats im Oktober 2012 ist der um die Umweltkomponente erweiterte Rat für

26 | Vgl. Arona Basse, „Fusion entre Apr et Set Sallal: Aminata Tall et Macky Sall, pour le meilleur et pour le pire“, Seneweb.com, http://seneweb.com/news/Politique/_n_81960.html [21.01.2013].

27 | SenewebNews, „Aminata Tall sur les attaques dirigées contre sa personne: ‚J’ai demandé à ma base de ne pas réagir‘“, Seneweb.com, http://seneweb.com/news/Politique/_n_81556.html [21.01.2013].

28 | Vgl. APS, „Aminata Tall portée à la tête du Conseil économique, social et environnemental“, http://aps.sn/articles.php?id_article=108065 [21.01.2013].

Wirtschaft, Soziales und Umwelt die nach dem Parlament wichtigste Institution Senegals.²⁹ Aminata Tall war vor dem Wahlkampf des letzten Jahres als Präsidentschaftskandidatin gehandelt worden – die Zukunft wird zeigen, wie sich ihre Karriere entwickelt.

FRAUEN IM PARLAMENT

Caroline Faye³⁰ war die erste Abgeordnete in der senegalesischen Nationalversammlung. Die Grundschullehrerin und Ehefrau des Abgeordneten und Ministers Demba Diop wurde 1963 in der zweiten Legislaturperiode des unabhängigen Senegal ins Parlament gewählt und war lange Zeit die einzige Frau von 80 Abgeordneten. Caroline Faye war ebenfalls die einzige Frau im Vorstand des politischen Büros des Bloc démocratique sénégalais (BDS), Vorläufer der sozialistischen Partei Senegals (PS) des ersten Staatspräsidenten Léopold Sédar Senghor, und dann jahrelang die Vorsitzende des sozialistischen Frauenverbands Senegals. 1964 wurde sie zur stellvertretenden Generalsekretärin des Panafrikanischen Frauenverbandes und zur Vizepräsidentin der senegalesischen Frauenunion gewählt. 1978 ernannte Senghor die Witwe von Demba Diop – der 1967 ermordet worden war – zur Ministerin für Frauen und Soziales.³¹

Genau zehn Jahre nach Caroline Faye wurde 1973 Awa Dia Thiam³² als zweite Frau ins senegalesische Parlament gewählt.³³ Sie hatte ebenfalls ihre „politischen Waffen“ in der sozialistischen Partei geschmiedet, die bis 1974 die einzige effektiv arbeitende Partei Senegals war. Noch einmal zehn

29 | Die Mitglieder des Rats werden vom Staatschef „handverlesen“ und für eine Amtsdauer von fünf Jahren ernannt, um Regierung, Parlament und Gerichte zu beraten. Die Auswahl der Mitglieder entspricht nicht präzise den Vorstellungen einer lupenreinen Demokratie, jedoch galt dies auch für den abgeschafften Senat: zwei Drittel der Senatoren waren vom Staatschef ernannt und ein Drittel von regimenehnen so genannten Großen Wählern bestellt worden.

30 | Vgl. auch: CESTI und KAS, Fn. 18, 78.

31 | Ben Cheikh, „Homage: Caroline Faye, pionnière de l'émancipation de la femme“, *Le Soleil online*, 23.03.2011, http://lesoleil.sn/?option=com_content&view=article&id=2751 [21.01.2013].

32 | Vgl. CESTI und KAS, Fn. 18, 81.

33 | APS, „Awa Dia Thiam, deuxième députée du Sénégal: Une grande militante tombée en politique par un curieux hasard“, 27.06.2012, http://aps-sn.net/articles.php?id_article=98525 [21.01.2013].

Jahre später kam die „Mutter der sozialistischen Partei“, Adja Arame Diene,³⁴ in die Nationalversammlung, wo sie bis 2001, vier Jahre vor ihrem Tod, die Interessen der senegalesischen Frauen vertrat. Die Vorsitzende des sozialistischen Frauenverbandes setzte als erste Abgeordnete durch, dass im Parlament die Nationalsprache Wolof gesprochen werden konnte. Bis dahin war die offizielle, aber von weniger als zehn Prozent der Bevölkerung beherrschte Sprache Französisch das einzige Ausdrucksmittel gewesen. Arame Diene hat somit maßgeblich zu einer sprachlichen Demokratisierung des parlamentarischen und gesellschaftlichen Lebens beigetragen.

Als erste Abgeordnete der Opposition wurde 1978 die Liberale Coumba Ba ins Parlament gewählt. Sie war gleich nach der Gründung der liberalen Partei Parti Démocratique Sénégalais (PDS) des damaligen Oppositionspolitikers und späteren Präsidenten Abdoulaye Wade eingetreten und vertrat die Partei von 1978 bis 1983 und von 1988 bis 1998 im Parlament. In der folgenden Generation der Politikerinnen kann Aminata Tall, die aktuelle Vorsitzende des Wirtschafts-, Sozial- und Umweltrates, auf eine reiche parlamentarische und ministerielle Karriere zurückblicken. Ebenso wie Awa Diop und Aida Mbodj gehört sie zu den ersten starken Frauen des liberalen Regimes, hatte aber schon vor dem Wahlsieg Abdoulaye Wades im Jahr 2000 ministerielle und parlamentarische Funktionen ausgeübt.³⁵

Aminata Tall gehört zu den ersten starken Frauen des liberalen Regimes, hatte aber schon vor dem Wahlsieg Abdoulaye Wades im Jahr 2000 ministerielle und parlamentarische Funktionen ausgeübt.

Wenn auch immer wieder starke Frauen der großen Parteien die Debatten und Entscheidungen des Parlaments mitbestimmt haben und der Frauenanteil proportional ständig stieg, so ist doch offensichtlich, dass Frauen bis in die letzte Legislaturperiode in der Nationalversammlung unterrepräsentiert waren.³⁶ Die Zahlen sprechen für sich: 1963 gab es einen Frauenanteil von 0,8 Prozent, 1983 immerhin schon sieben Prozent, 1993 sogar 13 Prozent, und bis 2010 lag der Anteil immer noch unter 25 Prozent. Erst

34 | Dakar actu, „Adja Arame Diène, la fidélité érigée au rang de culte“, 21.06.2012, http://dakaractu.com/_a25638.html [21.01.2013].

35 | Vgl. CESTI und KAS, Fn. 18, 87-89.

36 | Vgl. Aissatou De, „Femmes à l'Assemblée nationale du Sénégal“, *Démocratie, où est tu?*, COSEF, Dakar 1999, 63-70.

das 2010 verabschiedete Geschlechtergleichstellungsgesetz für die Parteilisten konnte schließlich bewirken, dass der Frauenanteil in der Nationalversammlung auf 43 Prozent stieg.³⁷ Der Gesetzesvorschlag wurde am 24. Mai 2010 von der Nationalversammlung und wenig später vom Senat verabschiedet und besagt, dass sich auf allen Parteilisten, die zu Wahlen antreten, Männer und Frauen abwechseln müssen.³⁸ Die absolute Gleichstellung wurde aus verschiedenen Verfahrensgründen nicht erreicht. So stellte bei den Parlamentswahlen 2012 beispielsweise nur eine Partei eine Frau an die Spitzenposition ihrer Liste. Weiterhin sind Frauen im Präsidium der Nationalversammlung die Minderheit, sie stellen sechs von 16 Vorstandsmitgliedern.

FRAUEN IN POLITISCHEN PARTEIEN: VON DER BÜRGERMEISTERIN ZUR PRÄSIDENTIN?

Die politischen Parteien spiegeln die gesellschaftlichen Strukturen, und so ist es nicht erstaunlich, dass auch die aktiven Mitglieder vieler politischer Parteien vorwiegend Männer sind. In mehreren Parteien haben sich starke Frauen als „Galionsfiguren“ profiliert, wie Aminata Mbengue Ndiaye und Aissatou Tall Sall in der PS oder Aida Mbodj und Aminata Diallo in der PDS. In den Lokalwahlen zeigt sich dann oft ihr tatsächliches politisches „Gewicht“. Zwar wurden diese Politikerinnen Bürgermeisterinnen in ihren Städten.³⁹ Dies kann jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass in insgesamt 166 Städten und Kommunen nur sieben Frauen dieses Amt ausüben. Zumindest in den Stadt- und Gemeinderäten hat der Frauenanteil in den letzten Jahren leicht zugenommen. Es bleibt abzuwarten, ob das Gleichstellungsgesetz auch zu einer maßgeblichen Erhöhung des Frauenanteils bei den

In insgesamt 166 Städten und Kommunen üben nur sieben Frauen das Amt des Bürgermeisters aus. Zumindest in den Stadt- und Gemeinderäten hat der Frauenanteil in den letzten Jahren leicht zugenommen.

37 | Vgl. Ute Gierczynski-Bocandé, „Parlamentswahlen in Senegal“, KAS-Länderbericht, 07/2012, 2, http://kas.de/wf/doc/kas_31564-1522-1-30.pdf [21.01.2013]; Souleymane Faye, „Percée des femmes à l'Assemblée nationale“, Inter Press Service (IPS), 12.07.2012, http://ipsinternational.org/fr/_note.asp?idnews=7122 [21.01.2013]; AFP, „L'Assemblée nationale adopte la loi sur la ‚parité absolue‘“, *Jeune Afrique*, 15.05.2010, <http://jeuneafrique.com/Article/DEPAFP20100515185422> [21.01.2013].

38 | AFP, ebd.

39 | Koffigan E. Adigbli, „Les femmes toujours marginalisées dans les élections“, IPS, 02.04.2009, http://ipsinternational.org/fr/_note.asp?idnews=5287 [21.01.2013].

Lokalwahlen im Jahre 2014 führen wird. Die Vizepräsidentin des Regionalrates in Thies, Elene Tine, war lange Jahre die Parteisprecherin der Alliance des Forces de Progrès (AFP) des aktuellen Parlamentsvorsitzenden Moustapha Niassa. Als die beliebte und charismatische Politikerin jedoch weder einen Ministerposten noch einen interessanten Listenplatz in ihrer Partei erhielt, trat sie zu den Parlamentswahlen als Listenzweite der Partei des Marabuts Djamil Mansour Sy an und wurde ins Parlament gewählt.⁴⁰

Die eigentliche Arbeit muss auf der Parteebene geschehen. Solange beinahe alle Parteichefs und Parteivizevorsitzenden Männer sind, liegt die Gleichberechtigung der Frauen in der senegalesischen Politik noch in weiter Ferne. Nur eine Frau ist Parteichefin: Marième Wone Ly gründete in den 1990er Jahren die Parti pour la Renaissance Africaine (PARENA). Sie war es, die im Jahr 2000 als einzige

Marième Wone Ly unterstützte Wade während der gesamten Amtsperiode und gab nach Macky Salls Wahlsieg 2012 zu verstehen, dass sie erneut zu einer Zusammenarbeit mit der Regierung bereit sei.

Frau gegen Präsident Wade antrat, ihre Kandidatur jedoch wieder zurückzog. Der erfolglose Versuch, das höchste Amt der Republik zu erlangen, minderte nicht ihren Erfolg als politische Meinungsführerin. Ly unterstützte Wade während der gesamten Amtsperiode

und gab nach Macky Salls Wahlsieg 2012 zu verstehen, dass sie erneut zu einer Zusammenarbeit mit der Regierung bereit sei.⁴¹ Damit präsentiert sie sich als kompromissbereite Politikerin, offenbart jedoch auch einen Mangel an Profil. Zudem hat sie keine lokale politische Basis, hierin ähnelt sie zwei Präsidentschaftsanwärterinnen von 2012.

Im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen 2012 präsentierte sich die Juraprofessorin und Direktorin des senegalesischen Instituts für Menschenrechte und Frieden an der Universität Dakar (Institut des droits humains et de la paix, IDHP), Amsatou Sow Sidibé, an der Spitze einer Bürgerbewegung ohne Parteistatus, für die sie als Präsidentschaftskandidatin antrat. Sow Sidibé erlangte allerdings noch nicht einmal zwei Prozent der Wählerstimmen, und auch eine weitere weibliche Kandidatin, die Modestylistin Diouma Dieng, lag weit unter der Zweiprozentmarke – was niemanden erstaunte. Überrascht waren Beobachter vielmehr davon,

40 | Vgl. Gierczynski-Bocandé, Fn. 37, 3.

41 | Vgl. „Transhumance: Marieme Ly wone de parena veut abandonner abdoulaye wade pour Macky Sall“, Seninfos.com, <http://seninfos.com/index.php/actualite/7745> [21.01.2013].

wie die politisch völlig unerfahrene Diouma Dieng auf die Kandidatenliste gelangt war, während Amsatou Sow Sidibé mit ihrer Organisation *Convergence des acteurs pour la défense des valeurs républicaines* (Vereinigung der Akteure zur Verteidigung der republikanischen Werte, CAR Lennen)⁴² immerhin schon einige Zeit vor den Wahlen die politische Landschaft bereichert hatte.⁴³ Das gesellschaftliche Engagement Amsatou Sow Sidibés für die Gleichberechtigung von Frauen, gegen Ungerechtigkeiten und für den Frieden konnten ihr zwar keinen Wahlerfolg bei den Präsidentschaftswahlen bescheren – jedoch wirkt sie nun als Beraterin mit Ministerialrang⁴⁴ am politischen Entscheidungsprozess mit.

Vermutlich muss Senegal noch einige Jahre auf eine Präsidentin warten – es zeichnet sich auch bei der jungen Generation bislang noch keine herausragende Präsidentschaftskandidatin in den politischen Parteien ab. Allerdings kann sich die Lage schnell ändern. In diversen Parteien, aber auch Organisationen der Zivilgesellschaft treten immer mehr junge und engagierte Frauen in den Vordergrund.

RECHT UND RELIGION: WO STEHT DIE FRAU?

Vor dem Hintergrund der hohen Stellung der Frau in den vorkolonialen und vorislamischen Gesellschaften Westafrikas haben die Islamisierung des Landes, aber auch die Kolonialepoche gewiss dazu beigetragen, die politische und wirtschaftliche Rolle der Frauen zu mindern. In Senegal können im Familien- und im Landrecht je nach Sachlage drei Rechtsprechungen angewandt werden:⁴⁵ die traditionelle, die

Die Islamisierung des Landes, aber auch die Kolonialepoche, haben dazu beigetragen, die politische und wirtschaftliche Rolle der Frauen zu mindern.

42 | Vgl. Sénégal 2012, „Amsatou Sow Sidibé Profile Page“, <http://sunu2012.sn/index.php/component/comprofiler/userprofile/91.html> [21.01.2013].

43 | Vgl. Mansour Ndiaye, „Amsatou Sow Sidibé reparle de sa candidature en 2012: ‚Je ne joue pas!‘“ (Amsatou Sow Sidibé spricht über ihre Kandidatur: ‚Das ist kein Spiel für mich!‘), *L’office*, 09.03.2011, <http://loffice.sn/AMSATOU-SOW-SIDIBE-REPARLE-DE-SA.html> [21.01.2013].

44 | Vgl. Tapa Tounkara, „Amsatou Sow Sidibé nommée ministre-conseiller de Macky Sall“ (Amsatou Sow zur Beraterin mit Ministerrang ernannt), 09.05.2012, *Rewmi.com*, http://rewmi.com/_a61444.html [21.01.2013].

45 | Vgl. Serge Guinchard, „Le mariage coutumier en droit sénégalais“, *La revue internationale de droit comparé*, 1978, Bd. 30, Nr. 3, 811-832.

islamische und die moderne, wobei letztere im Zweifelsfall maßgeblich ist. Dies ist problematisch, denn die Gesetze basieren auf dem französischen Familienrecht aus de Gaulles Zeiten bzw. auf dem Code Napoléon.

Die massive Islamisierung des Landes hat dazu geführt, dass Frauen in Familien- und Landangelegenheiten benachteiligt werden. Neben dem modernen Erbrecht kann auf Wunsch der Familie auch islamisches Recht angewendet werden.

So ist laut senegalesischem Familienrecht immer noch der Mann der „Chef der Familie“. Er entscheidet über alles, was die Familie betrifft, z.B. über den Wohnort. Die massive Islamisierung des Landes insbesondere ab dem 19. Jahrhundert hat ihrerseits dazu geführt,

dass Frauen in Familien- und Landangelegenheiten benachteiligt werden. Das senegalesische Erbrecht wird von den modernen Gesetzen geregelt, kann aber auf Wunsch der Familien auch vom islamischen Recht ausgehen. Dieses Recht war laut Experten ein Fortschritt für die Stellung der Frau in den mittelalterlichen arabischen Gesellschaften.⁴⁶ Im modernen Staat Senegal und angesichts der matriarchalischen Traditionen⁴⁷ des Landes scheint die parallele Anwendung verschiedener Rechtsprechungen jedoch nicht mehr angemessen. So ist es beispielsweise in der Praxis nicht selten, dass eine Frau nur die Hälfte des Erbteils eines Mannes bekommt.

Die senegalesischen Juristinnen in der Association des Juristes Sénégalaises (AJS),⁴⁸ der senegalesische Frauenrat Conseil Sénégalais des Femmes (COSEF) und zahlreiche andere Frauenorganisationen kämpfen seit Langem für die Gleichberechtigung vor dem Gesetz. Am prestigereichen, der Universität Dakar angegliederten Institut Fondamental d'Afrique Noire (Wissenschaftliches Forschungsinstitut Schwarzafrikas, IFAN) wurde ein Genderlaboratorium⁴⁹ eingerichtet, das von der feministischen Professorin Fatou Sow Sarr geleitet wird. 2009 organisierten die senegalesischen Juristinnen ein Symposium zum Familienrecht mit

46 | Vgl. Abdou Aziz Kebe, „Islam, droits de l'Homme et famille“, *Communication au Forum universitaire régional, Famille et droits de l'Homme en Afrique de l'Ouest francophone*, Université de Ouagadougou, 25-28.02.2008.

47 | Vgl. Fatou Kiné Camara, „Les femmes et le pouvoir politique dans la tradition noire africaine“, *ANKH*, Nr. 18/19/20, 2009/2010/2011.

48 | Vgl. *La Citoyenne. La revue de l'Association des Juristes Sénégalaises*, Dakar, 07/2007, 7.

49 | Vgl. Laboratoire Genre et Recherche scientifique à l'Institut Fondamental D'Afrique Noire (Ifan), <http://www.ceafri.net/site/spip.php?article39&artsuite=3> [21.01.2013].

dem Ziel einer Harmonisierung des senegalesischen Familienrechts. Senegal hat zahlreiche internationale Konventionen zur Gleichstellung der Frau im Familienrecht unterzeichnet, die jedoch nur ungenügend in die Tat umgesetzt werden.⁵⁰ Einige Erfolge konnten erzielt werden, etwa der Gleichstellungsparagraf auf den Parteilisten, aber vieles steht noch aus. So haben Frauen immer noch nicht das gleiche Recht auf Ackerland wie Männer. Was früher selbstverständlich war,⁵¹ wurde durch koloniales und islamisches Recht erschwert. Während bei den Serer und bei den Diola die Frauen das Land verwalteten, haben Frauen heute Probleme, überhaupt Ackerland zugeschrieben zu bekommen.

Der Juristinnenbund AJS setzt sich für eine Gesetzesänderung ein, die Frauen und Männern den gleichen Zugang zu Ackerland ermöglichen soll, und sensibilisiert hierzu landesweit Juristen, gewählte Vertreter und Frauenorganisationen. In verschiedenen Bereichen hat ihre Arbeit schon Erfolge gezeitigt: Die Präsidentin von AJS, Marie-Delphine Ndiaye, unterstreicht, dass ihre Aktivitäten dazu geführt haben, dass nun auch Frauen ihre Männer und Kinder versichern und Kinder die Staatsbürgerschaft ihrer Mütter tragen können.⁵² Die amtierende Justizministerin, Aminata Touré, ist aktives und engagiertes Mitglied von AJS, ebenso wie die ehemalige Vorsitzende des Verfassungsrates, Mireille Ndiaye, die ehemalige Vorsitzende des Obersten Gerichts, Andresia Vaz, und natürlich die Premierministerin a.D., Mame Madior Boye, die heute in internationalen Organisationen tätig ist. Die Kommission der Afrikanischen Union hat sie zur Beauftragten für den Schutz der Zivilbevölkerung ernannt, zudem ist sie häufig als Vermittlerin in afrikanischen Konfliktgebieten im Einsatz.

Penda Mbow, Universitätsprofessorin für mittelalterliche und Religions-Geschichte, tritt seit Jahren im Rahmen der von ihr gegründeten „Bürgerbewegung“ (Mouvement Citoyen) und ihrer akademischen Aktivitäten für die Gleichberechtigung der Frau ein. Sie richtet sich insbesondere

50 | Symposium sur l'harmonisation du code de la famille avec la constitution et les conventions. Signées, ratifiées et publiées par le Sénégal Rapport scientifique du symposium organisé par AJS, FKA et UN droits de l'homme, Dakar, 07/2009.

51 | Vgl. Thiaw, Fn. 12.

52 | Vgl. AWA, „L'AJS pose la problématique de l'accès des femmes à la terre“, <http://awa-net.net/L-AJS-pose-la-problematique-de-> [21.01.2013].

gegen die Versuche von islamisch-fundamentalistischen Vereinigungen, die eine Reform des Familienrechts nach muslimischem Recht fordern: „Islam und Modernität sind nicht inkompatibel. Wenn man mit einer ‚reflexiven Interpretationsmethode‘ an die Texte geht, ermöglicht der Islam den Muslimen eine persönliche Interpretationsinitiative, um die zeitlichen und räumlichen Veränderungen innerhalb der Gesellschaft zu verstehen. Der Glaube ist nicht ein Abdanken der Intelligenz, im Gegenteil, der Islam ist eine Religion des Wissens. Die Entwicklung der Familie, der Frau, der Beziehungen zwischen Islam und Politik können und sollen hinterfragt werden.“⁵³

Die umtriebige Professorin, die auf Grund ihrer unverhohlenen geäußerten Meinungen schon mehrmals Ziel von Angriffen islamistischer Extremisten war, erhielt im Jahre 2011 den nach Papst Johannes Paul II benannten Friedenspreis⁵⁴ für besonderes Engagement im Bereich des interreligiösen Dialogs und der Verständigung zwischen Religionen und Nationen. Mbow gilt in Senegal als eine der

Mbow gilt in Senegal als eine der Galionsfiguren der Bürgerbewegungen, da sie seit der Senghor-Ära für mehr Demokratie, Transparenz und Partizipation an der Basis eintritt.

Galionsfiguren der Bürgerbewegungen, da sie seit der Senghor-Ära für mehr Demokratie, Transparenz und Partizipation an der Basis eintritt. Von Trust Africa wurde sie als Referenzperson für diese Prinzipien aufgeführt.⁵⁵ Nach der Wahl Macky Salls hatte sie ihre Bereitschaft erklärt, mit der neuen Regierung konstruktiv zusammenzuarbeiten. Sie wurde zur persönlichen Repräsentantin des Staatschefs bei der Frankophonie⁵⁶ ernannt.

53 | Vgl. Penda Mbow, „Contexte de la Réforme du Code de la Famille au Sénégal“, *Droit et Cultures. Revue internationale interdisciplinaire*, L'Harmattan, Paris, Nr. 59, 2010.

54 | Vgl. Außenministerium Senegals, Botschaft im Vatikan, „Penda Mbow reçoit le Prix Jean-Paul II pour la paix“, <http://ambasenromevatican.over-blog.org/article-penda-mbow-re-oit-le-prix-jean-paul-ii-pour-la-paix-74466794.html> [21.01.2013].

55 | Vgl. OMD3 de TrustAfrica, „Penda Mbow Sénégal“, 03/2011, <http://omd3blog.trustafrica.org/wp-content/uploads/2011/03/Penda-Mbow.pdf> [21.01.2013].

56 | Vgl. „Sénégal: Penda Mbow nommée Représentante personnelle de Macky Sall à la Francophonie“, *Diasporas.fr*, 22.12.2012, <http://diasporas.fr/senegal-penda-mbow-nomme-representant-speciale-de-macky-sall-a-la-francophonie> [21.01.2013]; *Afrik.com*, „Femmes et religion au Sénégal: quel espace aujourd'hui?“, 14.03.2009, <http://afrik.com/article16421> [21.01.2013].

Obgleich häufig unreflektierte Assoziation von traditionellem und modernem Recht sowie von Religion nicht selten zu Benachteiligungen der Frauen geführt haben, muss doch angemerkt werden, dass auch die religiöse Welt Senegals von Frauen geprägt wird. Die patriarchalischen abrahamitischen Religionen werden zwar von Männern bestimmt, wenn man die hierarchischen Strukturen betrachtet. Von der vorkolonialen Priesterin ist nur der Bootsname der Casamancefähre übrig geblieben. In der Realität jedoch sind Frauen Motoren des religiösen Lebens in Senegal, sowohl bei den Muslimen⁵⁷ als auch bei den Christen⁵⁸ und in den traditionellen Religionen. Sie engagieren sich im Rahmen ihrer Organisationen für mehr Demokratie, mehr Dialog und treten mit Nachdruck für eine aktive Bürgergesellschaft ein.

Viele Frauengruppen engagieren sich im Kampf gegen Genitalverstümmelung von Mädchen, gegen Kinderheirat und Frühschwangerschaften. Im Südosten und Süden Senegals gehört die weibliche Genitalverstümmelung noch zu den häufig traditionsbedingten und -begründeten

Praktiken. Obwohl sie seit mehr als zehn Jahren gesetzlich verboten ist, besteht die Praktik weiter.⁵⁹ Die Lösung dieses Problems kann nur in einer Synergie der Akteure und Aktionen von Rechtsprechung und Sensibilisierung erreicht werden.⁶⁰ Zahlreiche Organisationen

der Zivilgesellschaft, insbesondere von Frauen, setzen sich in diesem Bereich ein, ebenso wie im Kampf gegen Kinderheiraten und Frühschwangerschaften sowie für die zeitige Einschulung von Mädchen. FAWE Senegal beispielsweise

Zahlreiche Organisationen der Zivilgesellschaft, insbesondere von Frauen, setzen sich im Kampf gegen Kinderheiraten und Frühschwangerschaften sowie für die zeitige Einschulung von Mädchen ein.

57 | Vgl. Afrik.com, ebd.

58 | Gespräch mit der Präsidentin des katholischen Frauenbundes Clémentine Diop: „Les femmes catholiques plaident pour le retour du dialogue“, Seneweb.com, 18.02.2009, http://www.seneweb.visiobooks.com/news/Societe/_n_21237.html [21.01.2013].

59 | Vgl. Ute Gierczynski-Bocandé, „Recht haben oder Resultate? Der schwierige Kampf gegen Mädchenbeschneidung in Senegal“, KAS-Länderbericht, 20.04.2010, http://kas.de/wf/doc/kas_19375-1522-1-30.pdf [21.01.2013].

60 | Vgl. „Abandon de l'excision, programme conjoint: L'Unfpa engagé dans le processus d'abandon total de l'excision d'ici 2015“, *Le Soleil online*, 05.05.2012, http://lesoleil.sn/index.php?option=com_content&view=article&id=14877 [21.01.2013].

arbeitet mit Lehrern und Lehrerinnen zusammen und hält Mädchen mit Stipendien und anderen Anreizen in der Schule.⁶¹

FRAUEN ORGANISIEREN SICH

Verschiedene Frauenverbände haben sich zu Föderationen zusammengefunden, wie im Rahmen der Fédération des Associations des Femmes du Sénégal (FAFS),⁶² um die Interessen der Frauen und Mädchen gezielt und wirksam zu vertreten. Sie arbeiten für eine bessere Repräsentation von Frauen in den gewählten Instanzen und generell in Entscheidungspositionen sowie für den Zugang zu Schulbildung und deren vollem Umfang auch für Mädchen. Des Weiteren kämpft die Organisation für Chancengleichheit in allen Bereichen, in der Aufklärung und Sensibilisierung in den Bereichen Soziales, Gesundheit und Politik.

Frauenverbände arbeiten für eine bessere Repräsentation von Frauen in den gewählten Instanzen und generell in Entscheidungspositionen sowie für den Zugang zu Schulbildung in vollem Umfang auch für Mädchen.

An der Basis, in den Dörfern und Stadtvierteln, sind quasi alle Frauen organisiert. In jeder Ansiedlung gibt es Frauengruppen, die sich in Form von Spar- und Kreditclubs zusammengenommen haben und nun mit mehr oder weniger Erfolg am wirtschaftlichen Leben der Gemeinschaft teilnehmen. Selbst die Hirsestampferinnen, Wäscherinnen und Haushaltshilfen in den Slums von Dakar haben sich zu Selbsthilfegruppen zusammengenommen. Diese Zusammenschlüsse sind nötig, denn das Leben der Frauen Senegals ist hart, sehr hart. Es ist nicht verfehlt, sie wie der bekannte senegalesische Filmemacher Sembène Ousmane „Heldinnen des Alltags“ zu nennen, die Wäscherinnen der Hauptstadt, die Salzschrüferinnen in Fatick, die Erdnussverkäuferinnen am Straßenrand, die Dorfbewohnerinnen, die Wasser, Holz und Lebensmittel kilometerweit herantragen müssen, um ihre Familie zu ernähren.⁶³

61 | Vgl. ExcelAfrica, „FAWE-SENEGAL: Une force de plaidoyer pour la réussite des filles à l'école“, 03.02.2011, <http://excelafrica.com/fr/2011/02/03/education-fawe-senegal> [21.01.2013].

62 | Courants de Femmes, Fédération des Associations de Femmes Sénégalaises (FAFS), http://courantsdefemmes.free.fr/Assoces/Senegal/FAFS/fafs_senegal.html [21.01.2013].

63 | Vgl. „Les damnées de la capitale“, in: CESTI und KAS, Fn. 18, 111-125.

Kleine Gruppen finden sich häufig auf einer höheren Ebene zusammen, wo sie Bildungs- und andere Maßnahmen erhalten können. Dorfgruppen organisieren sich auf Kreis-ebene und Kreisgruppen auf Regionsebene. Ein Beispiel der Zusammenarbeit von zunächst wenigen, mittlerweile aber mehr als 100 Frauengruppen mit mehr als 6.000 Mitgliedern zu einem effizienten Produktions- und Vertriebsnetzwerk ist die Groupe de recherche et d'appui aux initiatives féminines (GRAIF).⁶⁴ Die Initiative begann mit drei Frauengruppen, die in der Regenzeit gemeinsam Bohnen angepflanzt, dann mit gutem Gewinn verkauft und den Ertrag wieder investiert hatten. Daraus entstand ein Verband, der unter Leitung von Josephine Ndione den Mitgliedern ein Ausbildungsangebot macht (Alphabetisierung, Familienplanung, Gesundheit, politische Bildung, Leadership-Kurse) und der seit einigen Jahren mit Erfolg und in schon drei Regionen des Landes das Produktions- und Vertriebsnetzwerk lokaler Erzeugnisse betreibt.⁶⁵ Die politischen Leadership-Schulungen haben dazu beigetragen, dass in den Einsatzzonen die Anzahl der Frauen in den Gemeinderäten maßgeblich gestiegen ist – ein Beweis dafür, dass Bildung und Information nicht nur zu einem Anstieg des Lebensstandards der Frauen führen, sondern auch zu einer stärkeren politischen Repräsentation.

FRAUEN IN DEN MEDIEN

Dass sich das Bild der Frau im öffentlichen Leben Senegals in den letzten Jahrzehnten verändert hat, ist auch ein Verdienst der Medien. Einerseits trägt die Medienberichterstattung natürlich stark zu einer Veränderung der Wahrnehmung der Belange, Probleme und Rechte der Frauen bei. Einige Frauen haben die senegalesische Medienlandschaft geprägt und maßgeblich zu einer Aufwertung des Frauenbildes in der Gesellschaft

Die Medienberichterstattung trägt zu einer Veränderung der Wahrnehmung bei. Einige Frauen haben die senegalesische Medienlandschaft geprägt und maßgeblich zu einer Aufwertung des Frauenbildes beigetragen.

64 | Vgl. Joséphine Ndione und Séverine Benoit, „Critères, conditions et démarche d'appui du GRAIF (Thiès, Sénégal)“, 06/2001, <http://base.d-p-h.info/fr/fiches/premierdph/fiche-premierdph-5599.html> [21.01.2013]; siehe auch: Ute Gierczynski-Bocané, „Forum über die Rolle der Frauen in der Sozialen Marktwirtschaft. Mehr als 2.000 Kleinunternehmerinnen feierten ihren Erfolg in Wirtschaft und Politik“, KAS-Veranstaltungsbeitrag, 03/2010, http://kas.de/wf/doc/kas_19090-1522-1-30.pdf [21.01.2013].

65 | Vgl. CESTI und KAS, Fn. 18, 130 f.

beigetragen. Eine wichtige Rolle in den senegalesischen Medien spielen Annette Mbaye d'Erneville,⁶⁶ Eugénie Aw und Diattou Cissé Badiane. Die 87-jährige D'Erneville hat in Senegal Medien- und Frauengeschichte geschrieben. Sie gehörte zu den ersten Frauen in der Kolonialzeit, die im Senegal und in Frankreich studieren konnten. Nach ihrer Rückkehr war sie lange Jahre Programmdirektorin des nationalen senegalesischen Radiosenders RTS, und dies schon vor der staatlichen Unabhängigkeit.⁶⁷ Im Jahr 1957 gründete sie die erste afrikanische Frauenzeitschrift *Femmes du Soleil* (Frauen der Sonne), die später in *Awa* (Eva) umgetauft wurde. Sie schrieb Kinderliteratur⁶⁸ und Beiträge zu verschiedenen Zeitschriften und verwirklichte 1994 das Frauenmuseum Henriette Bathily auf der ehemaligen Sklaveninsel Gorée.⁶⁹

Die Journalistenakademie der Universität Dakar, das Centre d'Études des Sciences et Techniques de l'Information (CESTI), wurde sechs Jahre lang von der international bekannten Journalistin Eugénie Aw geleitet – damit war sie die erste Frau, die in die Direktion eines großen universitären Instituts gewählt wurde. Eugénie Aw hat eine bewegte Karriere hinter sich: Als junge Politikerin einer nicht zugelassenen Partei kam sie zweimal ins Gefängnis, studierte dann Journalismus in Paris und war eine der ersten Journalistinnen in der nationalen Tageszeitung *Dakar Matin*, die dann in *Le Soleil* umbenannt wurde.⁷⁰ Für die

66 | Vgl. Senegal Célébrités, „Biographie Annette Mbaye d'Erneville“, <http://senegalcelebrities.com/biographie-annette-mbaye-d-erneville.html> [21.01.2013].

67 | The University of Western Australia (Archiv), „Annette Mbaye d'Erneville“, 23.12.1995, <http://aflit.arts.uwa.edu.au/MbayeErnevilleAnnette.html> [21.01.2013].

68 | Radio France Internationale (rfi), „1. Annette Mbaye d'Erneville (rediffusion)“, 30.12.2011, <http://rfi.fr/emission/20111230-1-annette-mbaye-erneville-rediffusion> [21.01.2013].

69 | Musée de la Femme Henriette Bathily, <http://mufem.org> [21.01.2013]. D'Erneville's Sohn, der Kinoregisseur William Mbaye, realisierte den Dokumentarfilm „Mère bi“ (Die Mutter), der ein eindrucksvolles Zeugnis dieser Medienpionierin in Senegal gibt. Vgl. „Annette Mbaye d'Erneville: Mère-bi“, African Women in Cinema Blog, 21.09.2010, <http://africanwomenincinema.blogspot.com/2010/09/annette-mbaye-derneville-mere-bi.html> [21.01.2013].

70 | Bassératou Kindo, „Eugénie AW Rokhaya, Directrice du centre d'étude des sciences et technique de l'information de Dakar (Sénégal): „J'ai fait la prison deux fois dans l'exercice de mon métier“, lefaso.net, 07.10.2010, <http://lefaso.net/spip.php?article38839> [21.01.2013].

katholische Zeitschrift *Afrique Nouvelle* recherchierte sie in Konfliktgebieten in Ost- und Zentralafrika. Als anerkannte Expertin für Frauen in Kommunikation, Medien und Konflikten, kommunale Radios und Entwicklung⁷¹ sowie als Vorsitzende mehrerer Organisationen von Journalistinnen und Kommunikationsfachleuten illustriert Aw deutlich, wie die Rolle einer „Medien-Frau“ nachhaltig zur Entwicklung des Frauenkonzepts in der Gesellschaft beitragen kann.



Eugénie Aw gilt als Medienpionierin. Sie leitete die Journalistenakademie CESTI in Dakar von 2005 bis 2011. Hier (rechts) mit Absolventen (links und Mitte) und der Autorin (2.v.l.) bei einer Diplomfeier 2010. | Quelle: © KAS Dakar.

Diattou Cissé Badiane, das dritte herausragende Beispiel einer Frau in den senegalesischen Medien, stand der Mediengewerkschaft SYNPICS⁷² vor. Unter ihrer Führung entwickelte sich die SYNPICS zu einer der einflussreichsten Gewerkschaften des Landes und erreichte viele Ziele, von denen noch Jahre zuvor niemand zu träumen gewagt hätte, wie rechtlich einwandfreie Tarifverträge für Journalisten in allen Medien und deren Anwendung durch viele Presseorgane, eine Verbesserung der Stellung der Frau in den Medien, eine Erweiterung der Pressefreiheit unter Achtung der journalistischen Ethik. Die Fernsehjournalistin nimmt

71 | WorldCat Identities, „Aw, Eugénie“, <http://worldcat.org/identities/lccn-no2010-95634> [21.01.2013].

72 | Ndèye Fatou Diouf, „Diattou Cissé sort par la grande porte“, *Sud Quotidien*, 05.12.2012, http://sudonline.sn/diattou-cisse-sort-par-la-grande-porte_a_11485.html [21.01.2013].

kein Blatt vor den Mund, wenn es darum geht, die Interessen der Frauen in den Medien und in der Gesellschaft zu verteidigen.

Die Vorbildfunktion allein dieser drei Medienpionierinnen in Senegal hat dazu beigetragen, dass Frauen von den Medien und Frauen in den Medien anders wahrgenommen werden – auch in der Politik. Während es in der kolonialen und frühen nachkolonialen Zeit für eine Frau fast als Makel galt, sich in der Öffentlichkeit zu äußern, womöglich noch konträr zur herrschenden Meinung, haben diese engagierten Frauen permanent Tabus gebrochen, haben Spott und Hohn, teilweise Gefängnis und Drohungen ertragen müssen – und damit mehr Freiheit und mehr Rechte für die Frauen im Senegal erkämpft.

Nicht zuletzt haben senegalesische Schriftstellerinnen einen Beitrag zur Geschlechtergleichheit geleistet. Mariama Ba zum Beispiel hat mit ihrem preisgekrönten Roman „Ein so langer Brief“⁷³ der Befreiung der Frau aus familiären Zwängen und Polygamie ein Denkmal gesetzt.⁷⁴ An den senegalesischen Universitäten sind Forschung und Lehre gewiss noch von Männern dominiert, jedoch drängen mehr und mehr Frauen auf Lehrstühle, und manche Professorinnen sind international bekannt. Dennoch scheint der Weg noch lang, bis die Universität Dakar von einer Rektorin geleitet wird.

UNTERNEHMERINNEN UND MEHR

Unternehmerinnen sind rar und zahlreich in Senegal, je nachdem, wie der Begriff verstanden wird. Wie erwähnt, haben sich in Senegal etliche Frauengruppen organisiert, die lokale Produkte herstellen, vermarkten und teilweise sogar exportieren. In diesem Bereich sind Frauen engagierter als ihre männlichen Kollegen: Sie organisieren sich zunächst, um den Lebensstandard ihrer Familien zu heben, und erzielen manchmal bemerkenswerte Erfolge. In der „großen Wirtschaft“ sind Unternehmerinnen jedoch rar. Beinahe alle großen Unternehmen des Landes werden

73 | Vgl. Mariama Ba, *Une si longue lettre*, NEA, Dakar, 1979 (Dt. *Ein so langer Brief*, Fischer, 1994).

74 | Siehe dazu: „Mal an der Reihe“, *Der Spiegel*, Nr. 8/1981, 16.02.1981, <http://spiegel.de/spiegel/print/d-14326804.html> [21.01.2013].

von Männern geleitet, und auch in den Leitungsetagen sind Frauen noch nicht sehr zahlreich vertreten. Der größte nationale Unternehmerdachverband Conseil National du Patronat (CNP) hat unter den Mitgliedern eine Frauenunternehmerunion – eine Premiere in Senegal. Darin organisiert sind unter anderem eine erfolgreiche Straßenbauunternehmerin und mehr als 60 Gründerinnen und Leiterinnen von kleinen bis mittleren Betrieben.⁷⁵

Eine Frau hat während der Regierungszeit Wades viel Macht und Einfluss im Wirtschaftsleben erlangt: Aminata Niane,⁷⁶ die Direktorin der nationalen Agentur für Unternehmensgründung, Investitionen und Großprojekte (APIX). Nach dem Regierungswechsel wurde sie zwar abgelöst, kurz darauf aber zur Beraterin mit Ministerrang des Präsidenten Macky Sall in Investitions- und Wirtschaftsfragen ernannt.⁷⁷

FAZIT

Wenn auch Frauen in den großen Unternehmen wie in den politischen Parteien und in den Medien unterrepräsentiert sind, so stellen sie doch eine nicht zu unterschätzende Wirtschaftskraft in Senegal dar, und nicht etwa nur als Konsumentinnen. Frauen gewährleisten dank ihres Engagements in allen Bereichen, dass Entwicklung stattfindet. Die Fraueninitiativen an der Spitze und an der Basis haben zu unerwarteten Erfolgen geführt. Durch die permanenten wirtschaftlichen Erfolge und die unternehmerische Kreativität der Frauen an der „Basis“ der Gesellschaft hat sich das Lebensniveau zumindest teilweise erhöht. Die Mütter legen großen Wert auf die Bildung der Kinder und insbesondere der Töchter, und diese

Die Mütter legen großen Wert auf die Bildung insbesondere der Töchter. So gelangen immer mehr Frauen aus armen Bevölkerungsschichten in Entscheidungspositionen.

75 | In der Auflistung der Zusammenschlüsse von Unternehmerinnen sind mehrere von ihnen aufgelistet, unter anderem auch eine dem CNP angegliederte Beratungsorganisation für Unternehmerinnen. Vgl. Trade Point Sénégal, „Liste des organisations patronales et syndicales“, <http://www.tpsnet.org/OrganisationPatronale.asp> [21.01.2013].

76 | „Aminata Niane (Sénégal)“, *Les Afriques*, <http://lesafriques.com/100-africains/aminata-niane-senegal.html?Itemid=195?articleid=9633> [21.01.2013].

77 | „Macky allonge la liste des ministres-conseillers: Aminata Niane ex-Dg de l'Apix consacrée“, *Senego*, 14.09.2012, http://actu-senegalaise.senego.com/macky_36028.html [21.01.2013].

ergreifen Berufe, die lange Männern vorbehalten waren. So gelangen immer mehr Frauen aus armen Bevölkerungsschichten in Entscheidungspositionen und setzen sich für die Rechte der Frauen und die Entwicklung der ländlichen Gebiete ein. Diese Entwicklung wird auch nicht von temporären Bedrohungen wie der Malikrise in Frage gestellt. Der Bewusstseinsgrad, den die Frauen durch jahrzehntelange Sensibilisierungsarbeit erlangt haben, führt dazu, dass ihre Ansprüche auf eine durchgehende Realisierung ihrer Rechte gestiegen sind und sie bereit sind, dafür zu kämpfen.

Trotz immer noch schmerzlicher Armut vor allem der Frauen, trotz Ausbeutung, Misshandlung, Gewalt, trotz zahlreicher Nachteile, mit denen Frauen in hohen gesellschaftlichen Positionen konfrontiert sind, bessert sich die Stellung der Frau in Senegal. Vieles weist darauf hin, dass Frauen in den kommenden Jahren weiterhin an Wirtschaftsmacht und politischem Einfluss gewinnen werden. Deshalb ist die These nicht abwegig, dass der nächste Staatschef des Landes eine Frau sein könnte, wie die stellvertretende Bürgermeisterin des Dakarer Viertels Point E, Fanta Diallo, bemerkte: „Angela Merkel in Deutschland, Helen Sirleaf Johnson in Liberia, wir folgen Euch!“

Die Bürgermeisterin stellt in dieser Äußerung die Erfolgsgeschichten moderner Frauen in den Vordergrund – für afrikanische Frauen bedeutet dies auch, dass sie sich auf die Stellung der Frau in der vorkolonialen Geschichte beziehen. Die Frauen waren Priesterinnen, sie waren Prinzessinnen und sie streben heute zum Präsidentsamt. Aber was wirklich zählt, ist nicht eine Frau in einer herausgehobenen Position. Viel wichtiger ist eine echte Chancengleichheit für Frauen und Männer aus städtischen und ländlichen Gebieten. Eine Präsidentin wäre sicher eine Genugtuung für viele Frauen. Ein wahrer Erfolg wäre jedoch, wenn alle Mädchen eingeschult und befähigt werden, selber über ihr Lebensziel zu entscheiden und aktiv an der Entwicklung ihres Landes mitzuwirken.

Auslandsinformationen online

**Aktuelle Ausgaben schon vor dem Erscheinen der
Printausgabe und sämtliche Beiträge seit 1995:**

www.kas.de/auslandsinformationen

- früher informiert
- barrierefrei
- immer verfügbar



deutschsprachige Ausgabe
kas.de/auslandsinformationen



**Konrad
Adenauer
Stiftung**

50 YEARS OF WORLDWIDE COOPERATION



Suna Güzin Aydemir ist Projektkoordinatorin im Büro der Konrad-Adenauer-Stiftung in Ankara.

TÜRKISCHE FRAUEN IN POLITIK, WIRTSCHAFT UND GESELLSCHAFT

Suna Güzin Aydemir

In der Türkei ist die Stellung der Frauen immer wieder Gegenstand aktueller Diskussionen. Insbesondere die Kopftuchfrage beschäftigt die türkische Öffentlichkeit. Das Kopftuchverbot an den Universitäten wurde, ohne irgendeine gesetzliche Regelung einzuführen, in der Praxis aufgehoben. Allerdings begannen damit die Diskussionen über das Kopftuch in den Sekundarstufen der Schulen und im öffentlichen Dienst. Diese Diskussion hat mit der Aufhebung der Schuluniformpflicht im Jahre 2012 und der damit verbundenen Regelungen bezüglich der Bekleidungsvorschrift für Schülerinnen eine neue Dimension gewonnen.

Premierminister Recep Tayyip Erdoğan, erklärter Gegner des Kopftuchverbots, lässt keine Gelegenheit aus, darauf hinzuweisen, dass es für die Zukunft der Türkei unbedingt erforderlich sei, dass jede Frau drei Kinder zur Welt bringe. Auf dem bislang letzten Frauenparteitag seiner Partei am 27. Mai 2012 erklärte er seine ablehnende Haltung nicht nur gegen Abtreibung, sondern auch gegen Kaiserschnittgeburten, wodurch er eine intensive Diskussion auslöste. Die gemeinhin mit der Formel „4+4+4“ bezeichnete Schulreform des aktuellen 61. Kabinetts der Türkei hat mit Blick auf die Rechte der Frauen ebenfalls Anlass zu heftigen Diskussionen gegeben. Einige Gesellschaftsschichten befürchten, dass die beschlossene, auf vier Abschnitte aufgeteilte zwölfjährige Schulpflicht zu einer Zunahme der Anzahl minderjährig verheirateter Mädchen führen wird.¹

1 | Hierzu siehe Erklärung von Güler Sabancı, eine der wichtigsten Persönlichkeiten des gesellschaftlichen Lebens und der Wirtschaft in der Türkei: „Sabancı’dan 4+4+4 açıklaması: Kaygı; çocuk gelin ve çocuk işçilerin artması“, *Zaman*, 24.02.2012, http://zaman.com.tr/_1250177.html [15.02.2013].

Aufgrund der häufigen Fälle von Verbrechen gegen Frauen tritt auch die Frage der häuslichen Gewalt und deren Prävention immer wieder in den Blickpunkt der Medien.

Dass Diskussionen um die Probleme der Frauen weiterhin die Tagesordnung bestimmen, liegt an den sich überschneidenden Interessen, die durch diese Probleme berührt werden: Zum einen kommt angesichts der seit 2005 laufenden Verhandlungen mit der Europäischen Union über eine Vollmitgliedschaft den Lebensentscheidungen von Frauen und dem Grad der gesellschaftlichen Akzeptanz dieser Entscheidungen eine große Bedeutung zu. Auch die Diskussionen über die Kleiderdiskriminierung durch das Kopftuch müssen vor diesem Hintergrund betrachtet werden.

Zum anderen hat die Türkei zu Beginn des 20. Jahrhunderts unter der Führung kemalistischer Kader parallel zu einem radikalen Modernisierungsprojekt einen Wandel von einem absolutistischen Imperium zu einem laizistischen Nationalstaat durchlaufen. Damit ist das Land eine Ausnahmeerscheinung in der „muslimischen Welt“. Obgleich nicht immer ganz problemlos, sind die Prinzipien des Rechtsstaats, der Gewaltenteilung und der Mehrparteiendemokratie in der Türkei Realität, und in den vergangenen zehn Jahren wurden wichtige Schritte unternommen, um die verbliebenen Probleme zu überwinden. Die Türkei ist, gemessen an der Erfüllung der Kriterien eines modernen Staates, das am weitesten fortgeschrittene Land in der Region. Auch aus politischer und wirtschaftlicher Sicht vermittelt die Türkei Stabilität. Aus diesen Gründen wird angesichts der auch als Arabischer Frühling bezeichneten Welle der revolutionären Umbrüche und des Endes von Diktaturen das Vermögen der Türkei diskutiert, als Modellstaat zu dienen. Gleichzeitig aber stellt sich die Frage, inwiefern die Türkei von den in der Region erstarkenden islamistischen Strömungen beeinflusst wird.² Bei der Suche nach einer Antwort auf diese Frage stellt die Politik der Regierungspartei AKP, die ihre Wurzeln im Islamismus hat und ihr heutiges Profil als „nicht islamistisch, sondern konservativ demokratisch“ definiert,

2 | Mit dem Ziel, die Beteiligung der Frauen des Nahen Ostens und Nordafrikas an diesem grundlegenden Wandel zu stärken, ihre Zukunftserwartungen und -ängste zu verstehen und ihnen eine Plattform zum Austausch ihrer Erfahrungen zu geben, wurde in Zusammenarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) und dem Verein KAGİDER am 21.12.2011 in Istanbul ein ▶

im Hinblick auf Frauen eine Art Gradmesser dar. Die Diskussionen, die rund um die Bestrebungen für ein neues Abtreibungsgesetz und die Bildungsreform angesiedelt sind, müssen in diesem Lichte verfolgt werden.

RECHTLICHE UND INSTITUTIONELLE ENTWICKLUNGEN AUF DEM GEBIET DER GESCHLECHTERGLEICHHEIT

Die CEDAW-Frauenrechtskonvention hat den Status eines verbindlichen Vertrags. Ob die Vertragsstaaten ihre daraus resultierenden Verpflichtungen erfüllen, wird alle vier Jahre überprüft.

Die Türkei hat sich durch Ratifizierung des Übereinkommens zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW) im Jahre 1985 zur Geschlechtergleichheit verpflichtet. Die CEDAW-Frauenrechtskonvention hat den Status eines verbindlichen Vertrags. Ob die Vertragsstaaten ihre daraus resultierenden Verpflichtungen erfüllen, wird anhand von durch die Vertragsstaaten alle vier Jahre erstellten Statusberichten seitens einer CEDAW-Kommission überprüft. Das CEDAW-Abkommen ist als eines der internationalen Abkommen mit der höchsten Beteiligung, aber auch mit den größten Vorbehalten seiner Vertragsparteien bekannt. Die Türkei hat ihre Vorbehalte im September 1999 zurückgezogen.³ Am 30. Juli 2002 hat sie das verbindliche Zusatzprotokoll zu CEDAW ratifiziert. Ein weiteres Abkommen, mit dem die Türkei im Bereich der Geschlechtergleichheit Verpflichtungen eingegangen ist, ist die Europäische Sozialcharta. Außerdem hat das Land zahlreiche Übereinkommen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) unterzeichnet.⁴ Das bislang letzte Abkommen im Bereich der Frauenrechte, dem die Türkei beitrug, ist das am 7. April 2011 in Straßburg unterzeichnete

Workshop mit dem Titel „Regional Meeting on Women's Empowerment In The Economic, Social and Political Transformation of the Middle East“ veranstaltet. Nach Ende des Workshops wurden ein Bericht (Englisch und Türkisch) sowie die Sitzungsprotokolle (Englisch) und eine Sammlung von Artikeln (Englisch) veröffentlicht: http://kas.de/wf/doc/kas_31725-1522-1-30.pdf [25.02.2013].

3 | Vgl. İkinci Kadın Devrimi, „Feminizm, İslam ve Türkiye Demokrasisinin Olgunlaşması“, Avrupa İstikrar Girişimi – European Stability Initiative (ESI), Istanbul/Berlin/Brüssel, 2007, 8.

4 | Vgl. „Türk Siyasetinde Kadın: Çok Oluyoruz!“, Uluslararası Stratejik Araştırmalar Kurumu (USAK), USAK-Bericht Nr. 11-05, Ankara, 08.06.2011, <http://www.usak.org.tr/rapor.asp?id=123> [15.02.2013]. Dem Aktionsplan der Regierungspartei AKP von 2010 zur Frauen- und Beschäftigungspolitik zufolge muss die Türkei das ILO-Abkommen Nr. 183 über den Schutz von Mutterrechten zwar unterzeichnen, dennoch ist in dieser Angelegenheit bislang keine Entwicklung zu verzeichnen.

„Übereinkommen zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt“ des Europarats. Die Türkei hat dieses wichtige Dokument, das erste Vertragswerk dieser Art mit Sanktionsgewalt,⁵ als erster Staat ratifiziert.

Durch die gesetzlichen Reformen der vergangenen zehn Jahre hat die Türkei einen rechtlichen Rahmen geschaffen, der im Einklang mit den grundlegenden Richtlinien des CEDAW-Abkommens steht. Diese Reformen stellen einen großen Erfolg dar, den sich insbesondere zivile Organisationen und die unabhängige Frauenrechtsbewegung zuschreiben können. Zwei Verfassungsänderungen aus den Jahren 2004 und 2010 sind aus Sicht der Geschlechtergleichheit von großer Bedeutung. Im Jahre 2004 wurde in Artikel 10 der Passus „Frauen und Männer verfügen über gleiche Rechte; der Staat ist verpflichtet, die Umsetzung dieser Gleichheit zu ermöglichen“ hinzugefügt. 2010 wurde derselbe Artikel ergänzt: „Zu diesem Zweck zu treffende Maßnahmen dürfen nicht als zu dem Gleichheitsgrundsatz in Widerspruch stehend interpretiert werden.“ Dadurch ist die Türkei eines der wenigen Länder, in denen positive Diskriminierung in der Verfassung verankert ist. An der Ausarbeitung einer neuen Verfassung, mit der nach den Parlamentswahlen vom 12. Juni 2011 begonnen wurde, sind Frauen durch die Gründung einer „Frauenplattform für das Grundgesetz“ beteiligt, die bereits unterschiedliche Eingaben an die Kommission getätigt hat.⁶

Auch auf einfachgesetzlicher Ebene hat es Reformen gegeben, beginnend mit dem bereits am 17. Februar 1926 verabschiedeten ersten bürgerlichen Gesetzbuch. Dieses war ein Meilenstein für die Geschlechtergleichheit in der Türkei: Das Gebot der Monogamie und der gesetzlichen Eheschließung, das Recht der Frau auf Scheidung und Sorgerecht für die Kinder und die Gleichstellung bei der Verteilung von Erbschaften sind

Das bürgerliche Gesetzbuch vom 17. Februar 1926 war ein Meilenstein für die Geschlechtergleichheit in der Türkei: Das Gebot der Monogamie und das Recht der Frau auf Scheidung sind darin verankert.

5 | Nazan Moroğlu, „Kadına Yönelik Şiddetin Önlenmesi 6284 Sayılı Yasa ve İstanbul Sözleşmesi“ (Gesetz über die Verhinderung von Gewalt gegen Frauen Nr. 6284 und Istanbul Abkommen), http://portal.ubap.org.tr/App_Themes/Dergi/2012-99-1169.pdf [25.02.2013].

6 | „Eşitlikçi, Demokratik ve Özgürlükçü Bir Anayasa. Anayasa Kadın Platformunun Talepleri“, http://ka-der.org.tr/tr/images/belgeler//Anayasa_kadin_platformu_talepler.pdf [15.02.2013].

Errungenschaften, die damit verbunden sind. Allerdings enthielt das Zivilgesetzbuch auch einige im ausklingenden 20. Jahrhundert nicht mehr tragbare diskriminierende Regelungen. Die Frauenrechtsorganisationen haben, nachdem die Türkei 1999 ihre Vorbehalte gegen das CE-DAW-Abkommen zurückgenommen hatte, auch mit Unterstützung der EU ihre Lobbyarbeit für eine Reform dieses Gesetzeswerks intensiviert. Als Ergebnis der Anstrengungen von 126 Frauenrechtsorganisationen aus der gesamten Türkei wurde am 22. November 2001 das Neue Zivilgesetzbuch der Türkei verabschiedet, das am 1. Januar 2002 in Kraft getreten ist. Zum Beispiel wurden den Begriff des „Familienoberhaupts“ betreffende Bestimmungen und damit verbundene Geschlechterungleichheiten aus dem Gesetz entfernt. Die größte Errungenschaft, die die Reform gebracht hat, ist die nunmehr zu gleichen Teilen vorgesehene Aufteilung von während der Ehe erworbenem Eigentum im Falle der Scheidung. Auf diese Weise wurde den häuslichen Anstrengungen der Frau ein materieller Wert beigemessen. Dies ist ein Anzeichen für einen Paradigmenwechsel. Im Rahmen der Reform wurden zum 1. Januar 2003 Familiengerichte gegründet, die für Familienrecht im Allgemeinen und Verfahren bei häuslicher Gewalt zuständig sind. Zudem wurde am 22. Mai 2003 das Arbeitsgesetz Nr. 4857 verabschiedet. Arbeitgeber sind dazu verpflichtet, Geschlechterdiskriminierung zu unterlassen. Außerdem wird sexuelle Belästigung durch den Arbeitgeber als Handlung definiert, die für den Arbeitnehmer einen berechtigten Grund für die fristlose Kündigung darstellt. Eine weitere wichtige Neuerung des neuen Arbeitsgesetzes ist die Regelung, nach der Arbeitnehmerinnen acht Wochen vor und acht Wochen nach der Geburt eines Kindes von der Arbeit freigestellt werden müssen.⁷

Mit dem 1998 in Kraft getretenen Gesetz über den Schutz der Familie wurde häusliche Gewalt erstmalig als Straftat definiert und Maßnahmen wie Hausverbote für den Gewalttätigen gesetzlich manifestiert. Durch Änderungen im Jahre 2007 wurde zwar der Geltungsbereich des Gesetzes erweitert, allerdings war auch diese Revision nicht ausreichend, so dass ein neues Gesetz erforderlich wurde. Das Gesetz

7 | Nazan Moroğlu, „Kadın ve Yurttaş Hakları“ (Frauen und Bürgerrechte), Türk Üniversitesi Kadınlar Derneği, <http://tukd.org.tr/makaleler.asp> [15.02.2013].

Nr. 6284 über den Schutz der Familie und Verhinderung von Gewalt gegen Frauen ist am 20. März 2012 in Kraft getreten.

Das von 1926 bis 2004 geltende alte türkische Strafgesetzbuch wurde ursprünglich durch Anpassung des Strafgesetzbuches Italiens von 1889 an türkische Werte und Traditionen formuliert und barg insbesondere hinsichtlich der Beurteilung sexueller Straftaten einige Probleme. Vergewaltigungen wurden im Kontext der Verletzung der Ehre betrachtet, weshalb insbesondere die Vergewaltigung in der Ehe nicht als Straftatbestand anerkannt war; gleichzeitig war der Vergewaltiger, wenn die Frau die Eheschließung mit ihm akzeptierte, von der Strafverfolgung befreit; wurde eine Frau gleich von mehreren Männern vergewaltigt, war es ausreichend, wenn sie die Ehe mit einem der Vergewaltiger eingeht, damit die Anschuldigungen gegen die anderen Täter fallengelassen würden. Während die Entführung einer unverheirateten Frau mit einer Freiheitsstrafe von bis zu drei Jahren geahndet wurde, wurde die gleiche Tat bei verheirateten Frauen (wegen der Schädigung des Ehemannes) mit mindestens sieben Jahren Freiheitsstrafe bestraft.⁸

Das neue Strafgesetzbuch wurde am 26. September 2004 verabschiedet und trat am 1. Juni 2005 in Kraft. Im Zusammenhang mit Frauenrechten und der sexuellen Freiheit von Frauen wurden darin insgesamt 35 Artikel geändert. Mit der Reform wurden Straftaten gegen die Sexualität von Frauen aus dem Kontext der „Straftaten gegen die gesellschaftliche Moral“ herausgenommen und als „Verletzung von Persönlichkeitsrechten“ eingestuft. Konkret wurden mit der Reform folgende Änderungen vorgenommen: Erschwerte lebenslange Freiheitsstrafe bei vorsätzlichem Mord mit „Ehrenmotiven“, „Freiheitsstrafe von bis zu drei Jahren bei sexueller Belästigung am Arbeitsplatz“; „Anerkennung von Vergewaltigung in der Ehe als Straftat auf Anzeige der vergewaltigten Person“; „Nichtaufnahme der Regelung der Aufhebung der Strafverfolgung bei Vergewaltigung, wenn die Frau den Vergewaltiger heiratet/mit ihm verheiratet wird“. Darüber hinaus wird den neuen Bestimmungen

Mit der Reform des Strafgesetzbuches wurden Straftaten gegen die Sexualität von Frauen aus dem Kontext der „Straftaten gegen die gesellschaftliche Moral“ herausgenommen und als „Verletzung von Persönlichkeitsrechten“ eingestuft.

zufolge die dauerhafte Anwendung häuslicher Gewalt als Straftatbestand im Sinne einer „Misshandlung“ eingestuft.⁹

Die Änderung des Strafgesetzbuches ist eine der wichtigsten Erfolge der unabhängigen Frauenrechtsbewegung. Die Vereine Menschenrechte von Frauen – Neue Lösungen (Kadının İnsan Hakları – Yeni Çözümler Derneği), Istanbul, und Fliegender Besen (Uçan Süpürge), Ankara, haben gemeinsam eine äußerst effektive Kampagne koordiniert. Allerdings kann noch nicht behauptet werden, dass der mit den oben genannten Reformen geschaffene gesetzliche Rahmen den aktuellen Gegebenheiten absolut entspricht, da bei den Reformen stets ein Aspekt außer Acht gelassen wurde:¹⁰ Obgleich mit der Reform des Zivilgesetzbuches das Heiratsfähigkeitsalter von Männern und Frauen angeglichen wurde, hat die Festlegung auf ein Mindestalter von 17 Jahren schwerwiegende Folgen mit sich gebracht. Denn Ehen, bei denen einer der Ehepartner unter 18 Jahren alt ist, sind in den auch durch die Türkei ratifizierten Abkommen als „Kinderehen“ definiert.

Die im Arbeitsrecht definierten Mechanismen, die die Geschlechtergleichheit sicherstellen sollen, sind nicht ausreichend detailliert dargestellt. Wichtige Aspekte wie Aufstiegsbedingungen und die Gewährung von innerbetrieblichen Weiterbildungsmöglichkeiten sind darin nicht geregelt. Feride Acar zufolge können die Mängel und Ungereimtheiten, die schon bei der Ausarbeitung des Gesetzes sichtbar geworden sind, darauf zurückgeführt werden, dass die Personen, die daran beteiligt waren, nicht an die Notwendigkeit dieser Änderungen oder an den Zweck dieses Gesetzes geglaubt hatten. Hier zeigt sich, dass zwischen der schwachen Haltung, die der Gesetzgeber in Sachen Geschlechtergleichheit immer wieder an den Tag legt, und dem geringen Anteil an Frauen in der Politik ein direkter Bezug besteht.

9 | Moroğlu, Fn. 7.

10 | Vgl. Feride Acar, „Türkiye’de Kadınların İnsan Hakları: Uluslararası Standartlar, Hukuk ve Sivil Toplum“ (Menschenrechte der Frauen in der Türkei: Internationale Standards, Recht und Zivilgesellschaft), Istanbul, 2010, http://insan haklarimerkezi.bilgi.edu.tr/Books/khuku/turkiyede_kadınların_insan_hakları_uluslararası_standartlar.pdf [15.02.2013].

Institutionelle Entwicklungen

Die institutionelle Öffnung der Türkei durch Entwicklung von Projekten für die Geschlechtergleichheit ist erst nach der Unterzeichnung des CEDAW-Abkommens möglich geworden, das die Umsetzung spezieller politischer Maßnahmen für die Gleichheit zwischen Mann und Frau zur Bedingung macht.¹¹ An den Universitäten wurden Institute für Frauenfragen gegründet. In den einzelnen Provinzen wurden unter der Schirmherrschaft der Gouverneure Frauenbehörden eingerichtet. Viele Anwaltskammern haben Frauenrechtskommissionen gegründet. Die staatliche Statistikbehörde hat Frauenstatistiken in den Statistik-katalog aufgenommen. Es wurden Frauenhäuser eröffnet,¹² ebenso ein Kunst- und Informationszentrum für Frauen. An den juristischen Fakultäten wurde „Frauenrecht“ in den Lehrplan aufgenommen (z.B. an der juristischen Fakultät der Istanbuler Yeditepe-Universität). In der Großen Volksversammlung der Türkei, dem nationalen Parlament, wurde eine Kommission für Chancengleichheit unter den Geschlechtern gegründet und eine Untersuchungskommission für „Straftaten mit Traditions- und Ehrenmotiven“ eingerichtet.

Die größte Errungenschaft auf institutioneller Ebene ist das 1990 unter der Ägide des Ministeriums für Arbeit und soziale Sicherheit geschaffene Generaldirektorat für den Frauenstatus (KSGM). Die einschneidendste Entwicklung in der Dauer ihres Bestehens war sicherlich die Auflösung des übergeordneten Ministeriums für Frauen- und Familienpolitik zusammen mit allen anderen Staatsministerien am 8. Juni 2011. Anstelle des aufgelösten Ministeriums ist das Ministerium für Familien- und Sozialpolitik getreten. Die Auflösung des „Frauenministeriums“ hat den Protest sowohl von Frauenrechtsorganisationen als auch anderer Nichtregierungsorganisationen geweckt. Unter den Unterzeichnern einer gemeinschaftlichen Deklaration, in der diese Entwicklung als ein Rückschritt bezeichnet wurde, befanden sich wichtige Organisationen wie

Anstelle des aufgelösten Ministeriums für Frauen- und Familienpolitik ist das Ministerium für Familien- und Sozialpolitik getreten. Die Auflösung hat den Protest von NGOs geweckt.

11 | Moroğlu, Fn. 7.

12 | Auf die Entwicklungen zur Einrichtung von Frauenhäusern in der Türkei wird im Abschnitt „Geschlechterkampf in der Türkei: Schwierigkeiten von Frauen in Gesellschaft und Familie“ näher eingegangen.

der Verein Menschenrechte von Frauen – Neue Lösungen, der türkische Ärzteverband, der Verein zur Unterstützung und Bildung weiblicher Kandidaten (Kadın Adayları Destekleme ve Eğitim Derneği, KADER), das türkische CEDAW-Sekretariat oder Human Rights Watch.¹³ Auch weibliche Intellektuelle aus der AKP nahestehenden, islamistischen Kreisen haben diese Entwicklung kritisiert.¹⁴ Es besteht ein breiter Konsens darüber, dass das KSGM durch diese institutionelle Veränderung an Bedeutung und Wirksamkeit eingebüßt hat. Im Widerspruch dazu steht allerdings, dass das Budget der Behörde erst kürzlich verdoppelt wurde.

FRAUEN IN DER TÜRKISCHEN POLITIK

Die ersten Diskussionen über die Rechte von Frauen fanden in der Türkei nach den Tanzimat-Reformen des damaligen osmanischen Sultans (1839), also in den Anfängen der Ära der Modernisierung, statt. In dieser Zeit wurden insbesondere die Bildung der Frau und die Nachteile der Polygamie diskutiert. Nach der Zweiten Konstitutionalismusreform („Umsturz von 1908“) wurden die ersten Frauenorganisationen gegründet. Auf diese Art ist eine Bewegung entstanden, die sich für die Geschlechtergleichheit einsetzte und sogar eine „Frauenrevolution“ einforderte. So hat zum Beispiel die Organisation Mudafa'a al-Huqûq an-Niswan (Verteidigung der Rechte von Frauen) im Jahre 1921 das aktive und passive Frauenwahlrecht thematisiert.¹⁵ Allerdings dauerte es noch bis in die Zeit nach der Gründung der Republik, bis die Forderungen von Frauen nach politischen Rechten erfüllt wurden.

13 | „Women for Women's Human Rights: We Oppose The Closure Of The State Ministry Of Women's Affairs!“, *Kadının İnsan Hakları – Yeni Çözümler*, <http://kadinininsanhaklari.org/kategori/haberler/29968/kadindan> [25.02.2013].

14 | Als Beispiel der Kritik „muslimischer Frauen“ siehe Özlem Albayrak, „AK Parti ve kadın“, *Yeni Şafak*, 05.06.2011, <http://yenisafak.com.tr/yazarlar/OzlemAlbayrak/ak-parti-ve-kadin/28088> [15.02.2013].

15 | Mustafa Çadır, „Kadının Siyasal Yaşama Katılımında Siyasal Parti Kadın Kollarının Rolü“ (Rolle der parteilichen Frauenorganisationen bei der Teilhabe von Frauen am politischen Alltag), TC. Başbakanlık Kadının Statüsü Genel Müdürlüğü (Generaldirektorat für Frauenstatus, Premierministeramt), Ankara, 2011, http://kadininstatusu.gov.tr/upload/kadininstatusu.gov.tr/mce/eski_site/Pdf/uzmanlik_tezleri/mustafa_cadir_tez.pdf [25.02.2013].

Die bedeutendsten Entwicklungen bezüglich der politischen Rechte von Frauen in der Türkei haben innerhalb eines Zeitraums von zwölf Jahren nach Ausrufung der Republik im Jahre 1923 stattgefunden. Die erste Diskussion im Parlament dazu wurde zwar bereits im Jahr der Republikgründung geführt, blieb aber zunächst ergebnislos.¹⁶ Am 16. Juni 1923 wurde eine Partei mit dem Namen Volkspartei der Frauen (Kadınlar Halk Firkası) gegründet. Allerdings war der Versuch der Frauen, sich als Partei zu organisieren, in Ermangelung staatlicher Genehmigungen nicht von Erfolg gekrönt.¹⁷

Das aktive und passive Wahlrecht wurde Frauen erstmalig auf kommunaler Ebene zugesprochen. Im Jahr 1930 erhielten sie das passive und aktive Recht zu den Wahlen der Bürgermeister und Gemeinderäte, 1933 auch zu denjenigen der Ortsvorstände und Ältestenräte. 1934 wurde Frauen das Recht eingeräumt, sich bei den Parlamentswahlen als Kandidatinnen aufstellen zu lassen und von ihrem Stimmrecht Gebrauch zu machen. Nach den ersten Wahlen im Jahre 1935, an denen sich Frauen beteiligen durften, betrug der Anteil an weiblichen Abgeordneten im Parlament mit 18 Volksvertreterinnen 4,5 Prozent.¹⁸ Dieser Anteil wurde bis zu den Parlamentswahlen von 1999 nie wieder erreicht. In den vergangenen 64 Jahren war die Anzahl weiblicher Abgeordneter stets verschwindend gering. Einen Tiefpunkt erreichte der Wert im Jahre 1950 mit 0,6 Prozent (Tabelle 1). Dieser Umstand ist folgendermaßen zu erklären: Mit den Wahlen 1946 hat die Türkei erste Erfahrungen mit der Mehrparteiendemokratie gemacht. Damals genossen Themen wie die Marktwirtschaft, die demokratische Grundordnung, die Ausprägung einer Mehrparteienlandschaft und die Industrialisierung oberste Priorität. Angesichts dieser Themen rückte die Teilhabe von Frauen an der Politik und ihr relativ geringer Anteil im Parlament weit in den Hintergrund, und nicht zuletzt aufgrund des Wettbewerbs

1935, als sich Frauen erstmals an Wahlen beteiligen durften, betrug der Anteil weiblicher Abgeordneter im Parlament mit 18 Volksvertreterinnen 4,5 Prozent. Dieser Anteil wurde bis 1999 nie wieder erreicht.

16 | Kadın, Fn. 4, 10.

17 | Sibel Bozdoğan und Reşat Kasaba, in: Yesim Arat, *Türkiye'de Modernleşme Projesi ve Kadınlar* (Modernisierungsprojekt in der Türkei und die Frauen), 1998, 82-98; Beatrice Gorawantschy, „Türkei – Zwischen Tradition und Moderne“, *Die Frau in unserer Zeit*, Bd. 4, KAS, 1994, 45-50.

18 | Kadın, Fn. 4, 11.

zwischen den Parteien ist der Anteil von Frauen im Parlament stetig weiter gesunken.¹⁹

Tabelle 1

**Anteil weiblicher Abgeordneter in der
Volksversammlung nach Wahljahr**

Wahljahr	Zahl der Sitze	Davon Frauen	Anteil (Prozent)
1935	399	18	4,5
1939	429	16	3,7
1943	455	16	3,5
1946	465	9	1,9
1950	487	3	0,6
1954	541	4	0,7
1957	610	8	1,3
1961	450	3	0,7
1965	450	8	1,8
1969	450	5	1,1
1973	450	6	1,3
1977	450	4	0,9
1983	399	12	3,0
1987	450	6	1,3
1991	450	8	1,8
1995	550	13	2,4
1999	550	23	4,2
2002	550	24	4,4
2007	550	50	9,1
2011	550	79	14,3

Quelle: Türkisches Statistikamt (TÜİK), 2011; USAK, Fn. 4, 12.

19 | Çadır, Fn. 15, 36.

Heute haben Frauen mit 79 Sitzen in der Großen Volksversammlung der Türkei den höchsten Anteil seit Gründung der Republik erreicht (14,3 Prozent). Dennoch liegt der Anteil weit unter dem weltweiten Durchschnittswert. Der Frauenanteil im türkischen Parlament entwickelt sich parallel zu dem der arabischen Staaten, die im weltweiten Ranking die Schlusslichter darstellen. Mögliche Maßnahmen zur Gewährleistung der Geschlechtergleichheit im Parlament werden stets rund um den Begriff der Quote diskutiert. Türkische Frauenorganisationen fordern immer wieder die Einführung geeigneter Maßnahmen. Dennoch gibt es weder im Parteiengesetz noch im Wahlrecht positive Diskriminierungsregelungen. Tatsächlich ist die einzige Regelung in der Türkei zur Steigerung des Frauenanteils auf der Ebene staatlicher Institutionen mit Regulierungsauftrag von der Kapitalmarktbehörde (SPK) ausgegangen. Diese hat die Regel erlassen, dass in den Aufsichtsräten von Aktiengesellschaften, deren Anteile auf dem freien Markt gehandelt werden, mindestens eine Frau vertreten sein muss.²⁰

Die nur geringe Vertretung von Frauen im türkischen Parlament ist ein Indiz für die Probleme, die hinsichtlich ihrer Teilnahme am politischen Leben der Türkei bestehen. Die Zahlen der Frauen in der Kommunalpolitik unterstreichen dieses Erkenntnis. Bei den Kommunalwahlen 2009 waren von den in Kommunalvertretungen gewählten 301.759 Personen nur 3.709 Frauen, was einem Anteil von 1,22 Prozent entspricht. Von den gewählten annähernd 3.000 Bürgermeistern waren nur 27 Frauen. Von den 81 Provinzhauptstädten der Türkei wurden nur in zwei Fällen Frauen in das Amt des Bürgermeisters gewählt. In den Provinzräten waren Frauen mit 3,25 Prozent, in den Stadträten mit 4,21 Prozent vertreten. Allerdings muss hier auch eine positive Entwicklung unterstrichen werden. Die genannten Zahlen von 2009 stellen im Vergleich zu 2004 eine Zunahme von rund 100 Prozent dar.²¹

In der Schlusserklärung der ersten Weltfrauenkonferenz der Vereinten Nationen in Mexiko-Stadt wurde Gleichheit in der politischen Beteiligung als „gleiche Beteiligung von Frauen und Männern an allen politischen Konstrukten und

20 | Vgl. KAGİDER und KAS, Fn. 2.

21 | Çadır, Fn. 15, 42-43.

Prozessen zur Bildung öffentlicher Politik“ definiert. Vor diesem Hintergrund stimmen die durch KADER veröffentlichten Zahlen von 2011 und 2012 bedenklich:²² Nur eine von 26 Ministern, 26 von 2.924 Bürgermeistern, 65 von 34.210 Ortsvorstehern, eine von 81 Gouverneuren, fünf von 103 Rektoren, 21 von 185 Botschaftern waren Frauen. In den Führungsgremien der Bankenaufsichtsbehörde, unter den Richtern am Obersten Gerichtshof und am Rechnungshof waren Frauen ebenso wenig vertreten wie in den Führungsebenen der wichtigsten Gewerkschaften.



„Muss man Mann sein, um ins Parlament zu kommen?“ Ein Plakat aus der Kampagne von KADER für die allgemeinen Wahlen im Jahr 2007. | Quelle: © KADER.

Betrachtet man den Frauenanteil in den zentralen Exekutivgremien der vier aktuell im Parlament vertretenen Parteien, erhält man völlig unterschiedliche Ergebnisse: Während der Frauenanteil im zentralen Exekutivorgan der Friedens- und Demokratiepartei (BDP) 42,8 Prozent beträgt, liegt er bei der Partei der Nationalistischen Bewegung (MHP) bei nur 5,2 Prozent. Der Anteil der Frauen im Führungskader der regierenden AKP beträgt 15 Prozent. Die

22 | „2012 Kadın İstatistikleri“ (Frauenstatistiken 2012), Kadın Adayları Destekleme Derneği (Verein zur Unterstützung und Bildung weiblicher Kandidaten, KADER), Istanbul, 03/2012, http://ka-der.org.tr/tr/down/2012_KADIN_ISTATISTIKLERI.pdf [15.02.2013].

Führung der zweitstärksten Kraft im Parlament, der Republikanischen Volkspartei (CHP), besteht zu 23,5 Prozent aus Frauen.²³ Während die BDP diesen hohen Anteil durch die Anwendung einer Frauenquote erreicht, ist nach Auskunft der Frauenorganisation der AKP in deren Provinzverbänden praktisch eine Frauenquote von 30 Prozent Realität.

Die Frauenorganisationen der politischen Parteien haben in der Türkei durch den Militärputsch vom 12.

September 1980 einen schweren Rückschlag erfahren. Denn in den 15 Jahren nach dem Putsch bis in das Jahr 1995 waren parteiliche Frauen- und Jugendorganisationen verboten. Aus dieser Hinsicht ist der hohe Organisationsgrad, den die Frauenorganisation der AKP

In den 15 Jahren nach dem Putsch von 1980 waren parteiliche Frauen- und Jugendorganisationen verboten. Daher ist der hohe Organisationsgrad, den die Frauenorganisation der AKP erreicht hat, erstaunlich.

bis heute erreicht hat, erstaunlich. Die Zahl der Mitglieder der AKP-Frauenorganisation betrug am 15. Januar dieses Jahres 3.237.742. Damit verfügt die AKP über die größte politische Frauenorganisation weltweit. Diese Tatsache hängt mit der politischen Vergangenheit der AKP und der Vision ihres Vorsitzenden Erdoğan, die Organisationsstrukturen seiner Partei betreffend, zusammen. Als Erdoğan Provinzvorsitzender der islamistischen Wohlfahrtspartei (RP) in Istanbul war, hat er die Parteistruktur auf Stadtebene in einer unvergleichlichen Weise erweitert und diesen Erfolg insbesondere über die sozialen Beziehungen der weiblichen Anhänger seiner Partei erreicht. Mitte der 1990er Jahre hatte die RP ca. eine Million weibliche Mitglieder.²⁴

Die Fähigkeit der islamistischen und der jetzt post-islamistisch/konservativ-demokratischen Bewegung, durch Parteiarbeit Frauen für die Politik zu mobilisieren, ist bemerkenswert und war bereits mehrfach Gegenstand von Studien. Dabei muss allerdings angemerkt werden, dass die Frauenorganisationen in der Türkei weit davon entfernt sind, die politische Teilhabe von Frauen tatsächlich zu fördern.²⁵ Sie sind nicht als Zusammenschlüsse zu verstehen, in denen die Tagespolitik diskutiert und umgesetzt und Strategien zur Förderung der Geschlechtergleichheit entwickelt werden, sondern sie verfolgen vorrangig das Ziel,

23 | Vgl. KADER, Fn. 22.

24 | Devrimi, Fn. 3, 10.

25 | Çadır, Fn. 15.

neue Mitglieder zu gewinnen und das Wählerpotenzial bei Wahlen zu steigern. Die Arbeit der Frauenorganisationen ist weniger politischer als sozialer Natur: Sie beschäftigen sich mit Aktivitäten, die es der Partei erleichtern, das Volk zu erreichen, wie zum Beispiel mit Nachbarschaftstreffen, Handarbeitsbasaren und Spendenaktionen. Das Bestreben der Mitglieder der Frauenorganisationen, für politische Entscheidungspositionen zu kandidieren, ist nur gering ausgeprägt. Außerdem weisen die in den parteilichen Frauenorganisationen aktiven Frauen oft ein ähnliches Profil auf. Ein Großteil dieser Frauen hat das Lyzeum abgeschlossen oder einen gleichwertigen Schulabschluss oder es handelt sich um Hausfrauen oder Rentnerinnen. Der überwiegende Teil der Frauen, die in den Frauenorganisationen tätig sind, hat einen Ehemann oder einen nahen Verwandten, der ebenfalls Parteimitglied ist.²⁶ Nach wie vor ist für Frauen in der Türkei das Leben mit Parteibuch insbesondere dann möglich, wenn Unterstützung seitens der Familie gegeben ist.

Soziale und wirtschaftliche Probleme sowie damit verbundene Schwierigkeiten von Frauen, Bildungsangebote zu nutzen, erschweren deren politische Teilhabe.

Die Faktoren, die die politische Teilhabe von Frauen erschweren, sind vielfältig. Soziale und wirtschaftliche Probleme sowie damit verbundene Schwierigkeiten von Frauen, Bil-

dungsangebote zu nutzen, ferner die geschlechterdiskriminierende Kultur und Arbeitsteilung, mit der die Frauen in fast allen Bereichen, allen voran der Politik, konfrontiert sind, spielen eine Rolle. Eine durch den Verein KADER in Zusammenarbeit mit dem Forschungsinstitut KONDA durchgeführte Untersuchung hat allerdings gezeigt, dass auf Gesellschaftsebene diese geschlechterdiskriminierende Kultur kein so großes Hindernis für Frauen darstellt, am politischen Geschehen teilzuhaben.²⁷

Für die Untersuchung wurden in 36 Provinzen der Türkei persönliche Gespräche mit 5.434 Personen geführt. Dem Satz „Um politisch tätig zu sein und politische Verantwortung in Behörden und Ämtern wie dem Innenministerium, dem Parlamentspräsidium oder dem Verteidigungsministerium zu übernehmen, macht es keinen Unterschied, ob man ein Mann oder eine Frau ist“, haben 72 Prozent der

26 | Vgl. Çadır, Fn. 15, 155-57.

27 | „Siyasette Kadın Temsili Araştırması“, KONDA, 03/2011, http://ka-der.org.tr/tr/down/SIYASETTE_KADIN_TEMSILI_ARASTIRMASI.pdf [15.02.2013].

Befragten zugestimmt. 56 Prozent der Befragten haben ausgesagt, dass sie daran glauben, dass die Türkei sich weiterentwickeln und eine bessere Gesellschaft werden würde, würde die Anzahl der weiblichen Abgeordneten steigen. 71 Prozent der Probanden haben der Aussage widersprochen, es sei „nicht notwendig, dass Frauen in der Politik und im Parlament noch stärker vertreten sind“. Eine ähnliche Vorgabe lautete: „Auch wenn Frauen in der Politik sind, sind sie dennoch nicht in der Lage, sich ein angemessenes Urteil über wirtschaftliche, fiskal-, außen- und sicherheitspolitische Belange zu bilden.“ Damit waren 65 Prozent der Befragten nicht einverstanden. Unter den vorgegebenen Lösungsvorschlägen dazu, welche Maßnahmen ergriffen werden könnten, damit Frauen in der Politik eine größere Rolle einnehmen würden, entschieden sich 23,7 Prozent der Befragten für eine Quotenregelung und 49,1 Prozent für erleichterte Bedingungen für die Kandidaturen von Frauen. Nur 19,3 Prozent waren der Meinung, dass es keinerlei Sonderbehandlung bedürfe.

FRAUEN IM BERUFSLEBEN IN DER TÜRKEI

Die hohen Wachstumsraten, die die türkische Wirtschaft in den letzten Jahren erreicht hat, sind bemerkenswert. Mit ihrer Wirtschaftskraft steht die Türkei weltweit an 16. Stelle. Die Nachhaltigkeit dieses Wachstums hängt allgemeinen Einschätzungen zufolge von einer steigenden Beschäftigungsrate und insbesondere von einer quantitativen und qualitativen Zunahme der Erwerbstätigkeit von Frauen ab. Eine fünfprozentige Steigerung der Beschäftigung von Frauen käme einer Abnahme der Armut um 15 Prozent gleich.²⁸ Bislang halten sich die positiven Effekte des wirtschaftlichen Wachstums auf die Beschäftigungssituation von Frauen allerdings sehr in Grenzen. Die Türkei steht hinsichtlich der Teilhabe von Frauen an der wirtschaftlichen Entwicklung an 131. Stelle unter 134 Ländern, gefolgt nur noch von Saudi-Arabien, Pakistan und dem Jemen. Auch der Anteil, den Frauen am wirtschaftlichen Reichtum haben, ist gering. Nur neun Prozent des Grundbesitzes in der Türkei gehört Frauen.²⁹

28 | Kurzfilm über türkische Frauen in der Wirtschaft: TÜSİAD, „Çalışma Hayatında Kadın“, YouTube, 08.03.2012, http://youtu.be/GZ1Y7fGZ_08 [15.02.2013].

29 | Ebd.

Die Erwerbsquote (EQ)³⁰ ist zusammen mit der Erwerbstätigenquote eine von zwei grundlegenden Parametern zur quantitativen Bestimmung der Partizipation am Erwerbsleben.³¹ Betrachtet man den historischen Verlauf dieser Parameter, wird deutlich, dass die Erwerbsbeteiligung von Frauen in der Türkei seit Mitte der 1950er Jahre bis in die Mitte der 2000er Jahre rückläufig ist.

Die Erwerbsbeteiligung von Frauen ist seit Mitte der 1950er Jahre bis in die Mitte der 2000er Jahre rückläufig. Der wichtigste Grund dafür ist der schwindende Anteil des Agrarsektors an der Gesamtwirtschaft.

Der wichtigste Grund für diese Entwicklung ist der schwindende Anteil des Agrarsektors an der Gesamtwirtschaft und die damit einhergehende Urbanisierung. Während die Erwerbsbeteiligung von Frauen 1950 noch 81,5 Prozent betrug, ist dieser Anteil 2005 auf 23,3 Prozent gefallen. 2010 ist erstmalig mit einer Steigerung um 4,3 Prozent auf 27,6 Prozent eine Zunahme verzeichnet worden.³² Die Erwerbsbeteiligung von Frauen befindet sich ähnlich der Vertretung von Frauen im türkischen Parlament weit unter dem weltweiten Durchschnitt und weist eine parallele Entwicklung mit nordafrikanischen Ländern und den Ländern des Nahen Ostens auf. Daten der türkischen Statistikbehörde TÜİK für 2012 zeigen die große Kluft, die zwischen der Partizipation von Männern und Frauen am Erwerbsleben bestehen. Demnach beträgt bei den 15- bis 24-Jährigen die Erwerbsbeteiligung von Frauen 30,1 Prozent, die von Männern 71,9 Prozent.³³ Offensichtlich mangelt es in der Türkei an politischen Maßnahmen zur Stärkung der Erwerbstätigkeit von Frauen.

30 | $EQ = \text{Erwerbstätige} + \text{Erwerbslose} \div \text{Erwerbsbevölkerung} \times 100$. Siehe z.B. Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät, Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder), http://www.wiwi.europa-uni.de/de/lehrstuhl/fine/econpol/lehre/downloads/eabp/Definitionen_zur_Arbeitslosigkeit.pdf [25.02.2013].

31 | Für Daten bzgl. der Qualität und Quantität der Erwerbstätigkeit von Frauen in der Türkei wurde hauptsächlich herangezogen: İlyas Karabıyık, „Türkiye’de Çalışma Yaşamında Kadın İstihdamı“ (Beschäftigung von Frauen in der Arbeitswelt der Türkei), <http://iktisat.marmara.edu.tr/iysdosya/iktisat/iibf%20dergisi/2012-1/12-karabiyik.pdf> [25.02.2013].

32 | Vgl. „Türkiye İşgücüne Katılım Oranı“, Türkische Statistikbehörde (TÜİK), Ankara, 2012, <http://tuik.gov.tr> [15.02.2013]. Den Zahlen von 2010 zufolge ist die Erwerbsbeteiligung von Frauen im ländlichen Bereich (36,3 Prozent) größer als in den Städten (23,7 Prozent). Allerdings arbeiten im ländlichen Bereich von 100 Frauen ca. 84 in der Landwirtschaft und davon 77 Prozent als unbezahlte Familienarbeiterinnen.

33 | Ebd.

Tabelle 2

**Erwerbstätigkeitsquote von Frauen weltweit,
nach Regionen (in Prozent)**

	2000	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Welt	48,6	48,9	48,9	48,9	48,6	48,1	47,8
Industrieländer (alle EU-Länder inbegriffen)	48,0	48,4	49,0	49,5	49,7	48,9	48,6
Mittel- und Südosteuropa (Nicht-EU-Länder) und GUS-Länder	44,0	44,1	44,5	45,1	45,3	44,7	45,1
Ostasien	67,1	65,7	65,6	65,6	64,8	64,6	64,6
Südostasien und Pazifikraum	55,6	54,3	54,4	55,1	55,5	55,5	55,5
Südasien	33,4	35,2	34,7	33,6	32,5	31,4	30,5
Lateinamerika und Karibik	42,9	46,1	46,5	47,2	47,7	47,5	48,4
Naher Osten	13,2	15,3	15,1	15,1	14,3	14,5	14,8
Nordafrika	17,5	18,2	18,6	19,8	19,9	19,8	20,0
Subsahara-Afrika	56,4	58,3	58,5	58,6	58,8	58,8	58,7
Türkei	31,2	20,7	21,0	21,0	21,6	22,3	24,0

Quelle: ILO Global Employment Trends, 2012, International Labor Office, Genf, 2012, 94.

Den Zahlen der TÜİK zufolge ist die Erwerbstätigkeitsquote von 24 Prozent 2010 auf 25,6 Prozent 2011 gestiegen. Gleichzeitig betrug die Arbeitslosenquote 11,3 Prozent (in der EU-27 betragen diese Zahlen 58,2 Prozent, bzw. 9,8 Prozent). Aus dem Bericht des Forschungsinstituts des Dachverbands der Türkischen Revolutionären Gewerkschaften (DİSK-AR) vom Juli 2012 wird die besondere Bedeutung der Arbeitslosigkeit unter Frauen in der Türkei deutlich. Demnach sind Frauen in der Türkei, die mindestens einen Sekundarabschluss haben, mehr als doppelt so häufig von Arbeitslosigkeit betroffen wie Männer.³⁴ Die Zahl der arbeitslosen Akademikerinnen hat im Juni 2012 sogar um 55.000 zugenommen, was einem Anstieg der Arbeitslosigkeit von 12,9 Prozent auf 15,5 Prozent bedeutet. Im

34 | „İşsizlik Verilerinde Tehlike Sinyalleri“, Confederation of progressive Trade Unions of Turkey (DİSK), <http://disk.org.tr/default.asp?Page=Content&ContentId=1430> [15.02.2013].

Einklang mit diesen Zahlen stehen auch das geschlechts-spezifische Lohngefälle in Höhe von 25 Prozent und die Armutsrate von Frauen, die bei 19 Prozent liegt.³⁵

Tabelle 3

Frauen erwerbstätig nach Status (in Prozent)

Jahre	Entgeltlich beschäftigt	Arbeitgeber	Auf eigene Rechnung	Unbezahlte Familienarbeitskraft
1990	21,6	0,4	8,7	69,2
2010	50,7	1,3	12,8	35,2

Einer der wichtigsten Gründe für die mangelnde Beschäftigung von Frauen ist der schwierige Zugang zur Kinder- und Altenbetreuung. Nur zwölf Prozent der berufstätigen Frauen können Betreuungsangebote für ihre Kinder nutzen.³⁶ Der Anteil der Kinder zwischen drei und sechs Jahren, die vorschulische Erziehung erhalten, beträgt 44 Prozent. In der Türkei werden nur 0,5 Prozent der alten Menschen (einer von 191) in einer Altenpflegeeinrichtung betreut.³⁷ Dass Teile der türkischen Politik das Problem erkannt haben, zeigte eine Kampagne des Ministeriums für Familien- und Sozialpolitik mit dem Titel „Die Arbeit meiner Mutter ist meine Zukunft“, die zum Ziel hat, in den Industriegebieten Kindertagesstätten zu schaffen.³⁸

Die Dimensionen der Problematik der Geschlechterungleichheit zeigen sich auch an den Arbeitsbedingungen von berufstätigen Frauen, also an der Qualität der Teilhabe von Frauen am wirtschaftlichen Leben. Das größte Problem, das sich anhand dieser Zahlen zeigt, ist die mit 1,3 Prozent geringe Anzahl an weiblichen Unternehmerinnen. Das zweitgrößte Problem ist die hohe Anzahl der unbezahlten Familienarbeitskräfte unter den Frauen. 35,2 Prozent waren im Jahr 2010 auf diese Weise beschäftigt. Hoffnungsvoll stimmt, dass es seit 1990 eine deutliche Entwicklung zugunsten bezahlter Beschäftigung und weg von unbezahlten Familienarbeitskräften gibt. Im Zeitraum von 1990 bis 2010 hat sich der Anteil an erwerbstätig Beschäftigten

35 | Vgl. Sabancı, Fn. 1.

36 | TÜSİAD, Fn. 28.

37 | Ebd.

38 | TC Aile ve Sosyal Politikalar Bakanlığı (Republik Türkei, Ministerium für Familie und Sozialpolitik), <http://www.aile.gov.tr/tr/html/4925/Organize-Sanayi-Bolgelerine-Kres> [15.02.2013].

unter den Frauen von 21,6 auf 50,7 Prozent mehr als verdoppelt. Gleichzeitig ist der Anteil an unbezahlten Familienarbeitskräften unter den Frauen von 69,2 auf 35,2 Prozent zurückgegangen.³⁹

Die Halbierung der Zahl der unbezahlten Familienarbeitskräfte und die gleichzeitige Verdoppelung der entgeltlich beschäftigten Frauen innerhalb der vergangenen 20 Jahre hat sich leider nicht gleichermaßen auf den Anteil beschäftigter Frauen ausgewirkt, die sozialversicherungspflichtig gemeldet sind. 58 von 100 erwerbstätigen Frauen in der Türkei arbeiten, ohne bei einer Sozialversicherungsanstalt gemeldet zu sein. Dieses Problem steht in unmittelbarem Zusammenhang mit der Frauenarmut.

Angesichts der geringen Beschäftigungszahlen von Frauen und der großen Unterschiede bei der Erwerbstätigkeit von Frauen und Männern hat die AKP-geführte Regierung 2010 ein Prinzipienpapier mit dem Titel „Steigerung der Erwerbstätigkeit von Frauen und Gewährleistung der Chancengleichheit“ veröffentlicht. Über die praktische Umsetzung dieses Leitfadens liegt eine Untersuchung der Initiative Frauenarbeit und Erwerbstätigkeit (Kadın Emeği ve İstihdamı Girişimi, KEİG) vor. Das Ergebnis: In zahlreichen Behörden und bei einer Großzahl von Amtsinhabern ist das Prinzipienpapier völlig unbekannt. Die Bevorzugung und besondere Berücksichtigung von Frauen in der Beschäftigung bleibt demnach von der individuellen Initiative der Entscheidungsträger abhängig. Der KEİG zufolge ist zwar, was die Projekte zur Steigerung der Erwerbs-

tätigkeit unter Frauen angeht, eine deutliche Zunahme zu verzeichnen, allerdings sind die Vorzeichen für eine erfolgreiche Umsetzung dieser Projekte nicht gegeben: Den durch staatliche Quellen und Fördergelder der EU finanzierten Projekten mangelt es meist an einer effektiven Koordinierung. Auch wird nach Abschluss der einzelnen Projekte keine Wirksamkeitsprüfung durchgeführt. Daher sind die mittel- und langfristigen Erwartungen, die an diese Projekte gestellt werden, gering.

Den durch staatliche Quellen und Fördergelder der EU finanzierten Projekten mangelt es meist an einer effektiven Koordinierung. Auch wird nach Abschluss der einzelnen Projekte keine Wirksamkeitsprüfung durchgeführt.

39 | İlyas Karabıyık, „Türkiye’de Çalışma Yaşamında Kadın İstihdamı“ (Beschäftigung von Frauen in der Arbeitswelt der Türkei), Zeitschrift der Wirtschafts- und Verwaltungswissenschaftenfakultät der Marmara Universität, Jg. 32, Nr. 1, 245-246.

Trotz vieler Probleme, mit denen die Frauen im wirtschaftlichen Leben in der Türkei konfrontiert sind, sind auch zufriedenstellende Entwicklungen zu verzeichnen. So liegt der Anteil der weiblichen CEOs in der Türkei über dem der restlichen Welt und Europas. Während weltweit nur fünf Prozent der Posten von CEOs von Frauen bekleidet werden, beträgt dieser Anteil in der Türkei ganze zwölf Prozent. Damit rangiert die Türkei weltweit auf Platz fünf.⁴⁰ Außerdem sind in der Türkei 23 Prozent der Führungskräfte auf Geschäftsführerebene, 22 Prozent der Geschäfts- und Abteilungsleiter und 21 Prozent der untergeordneten Führungskräfte Frauen.⁴¹

FORTSCHRITTE IN DER BILDUNGSPOLITIK

Mit der Schaffung der Primarschulen, also der Zusammenlegung der Grund- und Mittelschulen, wurde ein wichtiger Fortschritt beim Recht auf Bildung von Mädchen erzielt. Im Schuljahr 2001/2002 hatte die Quote der Schulpflichterfüllung in der Grundschulstufe insgesamt 92,4 Prozent betragen, aufgeteilt nach Jungen und Mädchen jeweils 96,2 bzw. 88,4 Prozent. Im Schuljahr 2011/2012 hat die Verteilung bei den Jungen und den Mädchen jeweils mit 98,77 und 98,56 Prozent eine Angleichung erfahren. Hier muss den AKP-Regierungen der vergangenen Legislaturperioden bescheinigt werden, in Zusammenarbeit mit den unterschiedlichen gesellschaftlichen Institutionen erfolgreiche Bildungsarbeit geleistet zu haben. Im gleichen Zeitraum ist im Sekundarbereich bei den Schülerinnen eine Steigerung von 20 Prozent zu verzeichnen. Auch auf Hochschulebene hat sich der Frauenanteil in den vergangenen zehn Jahren mehr als verdoppelt. Von den 2010/2011 immatrikulierten Studierenden waren 45 Prozent weiblich.

Beim Thema Geschlechtergleichheit in der Bildung stellen die Schulpflichterfüllung und der Anteil der Studierenden jedoch nur eine Seite der Medaille dar. Die andere Seite ist die Alphabetisierungsquote. Den Daten des Erziehungsministeriums zufolge lebten im Februar 2012 in der Türkei

40 | „Kadin CEO'lar dünyaya meydan okuyor“, BUGÜN, 02.06.2011, <http://ekonomi.bugun.com.tr/kadin-ceo-lar-dunyaya-meydan-okuyor-157081-makalesi.aspx> [15.02.2013].

41 | Umfrage unter weiblichen Führungskräften (Kadin Yöneticiler Anketi), TİSK, 09/2009, http://tiskweb.com/isveren_sayfa.asp?yazi_id=2629&id=118 [15.02.2013].

3.825.644 Personen, die weder lesen noch schreiben können. 81,6 Prozent davon sind Frauen. Im Bericht des Generaldirektorats für Frauenstatus (KSGM) mit dem Titel „Status der Frau in der Türkei – Stand Dezember 2010“ beträgt der Anteil der Analphabeten in der Türkei ca. acht Prozent der Bevölkerung. Damit stehen in der Türkei ca. 900.000 männlichen Analphabeten vier Millionen Frauen gegenüber. 2,5 Millionen dieser Frauen sind 50 Jahre oder älter. In der Altersgruppe von sechs bis 24 gibt es insgesamt 220.000 Mädchen und Frauen, die als Analphabeten eingestuft werden.

Die Statistiken aus dem Bildungsbereich weisen auf die ungleiche Entwicklung der Frau in der Türkei hin. In einem Land, in dem vier Millionen Frauen des Lesens und des Schreibens nicht mächtig sind, liegt der Anteil der Doktorandinnen bei 40 Prozent. Angesichts dieser Daten lautet der größte Vorwurf von Seiten der Zivilgesellschaft, dass ein bedeutender Anteil der Mädchen in der Sekundarstufe aus dem Bildungswesen gedrängt würde. Die Befürchtung wird sogar laut, dass die 2012 in Kraft getretene Schulreform diese Entwicklung nur noch verstärken wird. Denn mit dem neuen System wird das Schuleintrittsalter auf fünf Jahre herabgesetzt, was den Schülerinnen und Schülern ab dem 13. Lebensjahr das Verlassen des regulären Schulbetriebs über die Teilnahme am Fernunterricht oder Abendschulen erlaubt. Befürchtet wird nun, in die Pubertät kommende Mädchen könnten von der Schule genommen und zuhause weggesperrt werden. Dies ist der Punkt, an dem die Diskussion über die Kinderbräute einsetzt.

Ab dem 13. Lebensjahr ist Schülerinnen das Verlassen des regulären Schulbetriebs über die Teilnahme am Fernunterricht erlaubt. Befürchtet wird nun, in die Pubertät kommende Mädchen könnten zuhause weggesperrt werden.

DISKUSSIONEN UM „KINDERBRÄUTE“ UND ABTREIBUNG

In der Türkei sind Ehen mit Ehepartnern unter 18 Jahren weit verbreitet: Von fünf Ehen wird eine unter 18 Jahren vollzogen.⁴² Eine Studie über Demografie und Volksgeundheit der Universität Hacettepe hält zu diesem Thema noch brisantere Zahlen bereit: Demnach beträgt der Anteil

42 | TÜİK, Fn. 32; vgl. „Çocuk gelin sayısı artarsa' endişesi“, *Milliyet*, 23.10.2012, <http://gundem.milliyet.com.tr/-cocuk-gelin-sayisi-artarsa-endisesi/gundem/gundemdetay/23.10.2012/1615893/default.htm> [15.02.2013].

der unter 18-jährigen Eheschließenden in der Türkei 28 Prozent. Regionalen Schwankungen unterworfen, beträgt er in Zentralanatolien 37 und in Ost- und Südostanatolien sogar 40 bis 42 Prozent.⁴³ Hier sind dringend Maßnahmen zur politischen Gegensteuerung erforderlich.



Das englische Plakat des Projektes zur Bekämpfung der Kinderheiraten vom türkischen Verein „Fliegender Besen“. | Quelle: © Flying Broom.

Kontrovers diskutiert wird auch die Abtreibungsgesetzgebung in der Türkei. In der zweiten Hälfte des Jahres 2012 hat das Thema aufgrund einiger Aussagen Erdogans die türkische Öffentlichkeit besonders beschäftigt. Regelungen zu Abtreibungen gibt es in der Türkei seit den Anfängen der Republik. Im Strafgesetzbuch von 1926 stellte Abtreibung einen Straftatbestand dar. Im 1965 verabschiedeten Gesetz Nr. 557 wurde das strikte Verbot abgeändert und der Eingriff bei bestehender Lebensgefahr für die Mutter erlaubt. In den 1970er Jahren haben die Regelungen zur

43 | „Uçan Süpürge Erken Evlilikler / Çocuk Gelinler Politika Notu“ (Frühzeitige Eheschließungen / Kinderbräute Bericht Uçan Süpürge), 2012, <http://ucansupurge.org/veri/dosyalar/%C3%87ocuk%20Gelinler%20politika%20notu.doc> [25.02.2013].

Abtreibung aufgrund weltweiter Entwicklungen auch in der Türkei neue Diskussionen angefacht. Bedenken wegen der Gesundheit der Frau standen im Raum (sachgemäße Durchführung der Abtreibung, hygienische Bedingungen und staatliche Kontrolle), weshalb Forderungen nach der Aufhebung des Abtreibungsverbots laut wurden. Am 14. April 1983 trat ein Gesetz in Kraft, wonach eine Abtreibung innerhalb der ersten zehn Schwangerschaftswochen keine Strafverfolgung mehr nach sich zog.

Premierminister Erdoğan hat erstmalig am 25. Mai 2012 seine Kritik über Abtreibungen und Kaiserschnittgeburten zum Ausdruck gebracht und diese auf dem 3. ordentlichen Frauenparteitag seiner Partei am 27. Mai bekräftigt. Kurz danach wurden Arbeiten zu einem Gesetzesentwurf bekannt, der die Frist für eine straffreie Abtreibung von zehn auf vier Wochen herabsenkt und damit die Abtreibung praktisch verbietet. Allerdings haben die heftigen Proteste seitens gesellschaftlicher Organisationen und Frauenrechtlerinnen dazu geführt, dass diese Gesetzesinitiative zurückgezogen wurde. Dennoch ist es der Plattform „Abtreibung ist ein Recht, die Entscheidung liegt bei den Frauen“⁴⁴ zufolge in Istanbul heute fast unmöglich, ein staatliches Krankenhaus zu finden, das Abtreibungen durchführt, und auch die Anzahl der Kliniken in privater Trägerschaft, die Abtreibungen anbieten, nehme rapide ab.⁴⁵

Frauenverbänden zufolge ist es in Istanbul fast unmöglich, ein staatliches Krankenhaus zu finden, das Abtreibungen durchführt. Auch Kliniken in privater Trägerschaft, die Abtreibungen anbieten, werden seltener.

Wegen der großen Proteste gegen die Bestrebungen, die legitime Abtreibungsfrist zu verkürzen, hat die Gesetzesinitiative der Regierung einen Richtungswechsel eingeschlagen. Eine Kommission aus Vertretern des Gesundheitsministeriums und des Ministeriums für Familien- und Sozialpolitik hat offenbar einen neuen Gesetzesentwurf ausgearbeitet. Ziel des neuen Gesetzes sei es, „die Abtreibung zu ermöglichen, sicherer zu machen und einzudämmen“. Demnach werde die Zehnwochenfrist unangetastet bleiben, allerdings müssten werdende Mütter bzw. angehende

44 | Kürtaj haktır, karar kadınların (Abtreibung ist ein Recht, die Entscheidung liegt bei den Frauen), <http://kurtajhaktir.com/anasayfa> [08.02.2013]; Interview mit Selin Dağıtlanlı: Nacide Berber, „Kadınlar ‚Kürtaj Yasası‘ nın Takipçisi“, bianet, 25.11.2012, <http://bianet.org/bianet/toplumsal-cinsiyet/142307> [15.02.2013].

45 | Ebd.

Eltern vor Abbruch einer Schwangerschaft eine Pflichtberatung in Anspruch nehmen. Außerdem sei eine Bedenkzeit von zwei bis vier Tagen vorgesehen. Anstatt die Abtreibung als Alternative in weite Ferne zu rücken, sei demnach geplant, den gesetzlichen Mutterschaftsurlaub mit Lohnfortzahlung von acht Wochen auf sechs Monate auszuweiten. Allerdings ist dieser Gesetzentwurf noch nicht dem Parlament vorgelegt worden.⁴⁶

GEWALT GEGEN FRAUEN

Analog zum Rest der Welt ist auch in der Türkei ein bedeutender Teil der Gewalt gegen Frauen häusliche Gewalt. Die gesichertsten Daten zu diesem Thema stammen aus der „Forschungsstudie über häusliche Gewalt gegen Frauen in der Türkei“ des Instituts für Bevölkerungsstudien der Universität Hacettepe in Ankara (2008). Demnach sind landesweit 39 Prozent der verheirateten Frauen physischer Gewalt ausgesetzt. Häufig geht physische Gewalt mit sexueller Gewalt einher.⁴⁷ Besonders besorgniserregend sind die Zahlen von geschiedenen oder getrennt lebenden Frauen, die angeben, physische oder sexuelle Gewalt erlebt zu haben: 73 Prozent dieser Frauen berichten von physischer, 44 Prozent von sexueller Gewalt.

Unterteilt man die Häufigkeiten von Gewaltakten nach Regionen, tritt Nordostanatolien mit 57,1 Prozent besonders hervor. Mit 26,2 Prozent ist das westliche Marmaragebiet

46 | „Kürtaj yasının ayrıntıları belli oldu“, internethaber, 18.07.2012, <http://internethaber.com/kurtaj-yasasi-kurtj-tasarisi-recep-akdag-ensest-iliskiler-siniri-ertesi-gun-hapi-443748h.htm> [15.02.2013].

47 | Weltweit geben ca. 20 Prozent der Frauen und fünf bis zehn Prozent der Männer an, als Kind sexueller Gewalt ausgesetzt gewesen zu sein. Darüber hinaus geben weltweit zwischen 0,3 und 11,5 Prozent der Frauen an, einmal sexueller Gewalt durch einen Fremden ausgesetzt gewesen zu sein. Vgl. „Türkiye’de Kadına Yönelik Şiddet“, USAK, USAK-Bericht Nr. 12-01, Ankara, 08.03.2011, <http://www.usak.org.tr/rapor.asp?id=143> [25.02.2013]. Daraus folgt, dass sexuelle Gewalt in großem Maße insbesondere innerhalb der Familie stattfindet. Vergewaltigungskrisenzentren, denen bei der Bekämpfung von sexuellem Missbrauch und Vergewaltigungen ein wichtiger Stellenwert zukommt, wurden erstmalig 1976 in Australien und 1977 in England gegründet. In der Türkei gibt es nach wie vor keine solche Einrichtung. Vgl. Interview mit Aksu Bora: „Cinsel Şiddetle Mücadelede Nereye Geldik“, bianet, 12.09.2009, <http://bianet.org/bianet/kadin/117024> [25.02.2013].

die Region mit dem geringsten Vorkommen von Gewalt gegen Frauen in der Türkei. Gewalt gegen Frauen zeigt sich am häufigsten in den Städten. Der Anteil der in urbanen Gebieten lebenden Frauen, die physischer Gewalt ausgesetzt sind, ist um 42 Prozent höher als der bei in ländlichen Gebieten lebenden Frauen. Angesichts dieser Verteilung ist ein gewisser Einfluss der stetigen Urbanisierung und der Landflucht auf die Verbreitung von Gewalt gegen Frauen anzunehmen.

Frauen aller Bildungsschichten können Gewalt ausgesetzt sein. Allerdings nimmt die Häufigkeit der Gewalt gegen Frauen mit steigendem Bildungsstand deutlich ab. Den Erkenntnissen einer 2007 durchgeführten Studie mit dem Titel „Studie über Gewalt gegen Frauen in der Türkei“⁴⁸ zufolge sind Frauen, deren Beitrag zum Haushaltseinkommen den des Mannes übertrifft, doppelt so häufig häuslicher Gewalt ausgesetzt. Zwei von drei Frauen in einer solchen Einkommenskonstellation erleben von ihren Partnern die Anwendung von Gewalt. Obwohl Gewalt gegen Frauen also ein allen Schichten der Gesellschaften gemeinsames Problem ist, wird deutlich, dass ein überwiegender Teil der Frauen mit Gewalterfahrung (47 Prozent) aus den unteren Einkommensschichten stammt. Auch die Zahlen sexueller Gewalt steigen mit fallendem Einkommensniveau umgekehrt proportional.

Die allgemeinen Zahlen zur Gewalt gegen Frauen sind durch Daten bezüglich der Problematik der Unaufgeklärtheit zu ergänzen:

Frauen, die dieser Art von Gewalt ausgesetzt

sind, sind häufig weit davon entfernt, Gewalt gegen Frauen als ein gesellschaftliches Problem anzusehen. In der Türkei offenbart sich höchstens die Hälfte der Frauen, die Opfer von Gewalt werden, ihrer nächsten Umgebung. 92 Prozent aller Frauen schweigen zu ihren Gewalterfahrungen und informieren die Behörden nicht.⁴⁹

Frauen, die häuslicher Gewalt ausgesetzt sind, sind häufig weit davon entfernt, Gewalt gegen Frauen als ein gesellschaftliches Problem anzusehen.

Bedenklich stimmen auch die Daten, die das Justizministerium im August 2010 zur Anzahl der Frauenmorde veröffentlicht hat: Diese haben in den Jahren 2002 bis 2009 erheblich zugenommen. Während die Anzahl der im Jahr

48 | Vgl. Altınay und Arat, Fn. 17.

49 | Vgl. USAK, Fn. 47.

2002 ermordeten Frauen noch 66 betrug, erreichte diese Zahl in den Jahren 2007 bis 2009 einen Umfang von 1.011, 806 bzw. 953.⁵⁰ In 88 Prozent der Fällen waren die Täter den ermordeten Frauen bekannt. Der Anteil der Frauen, die durch ihren Ehemann oder Ex-Ehemann ermordet wurden, stieg um 193 Prozent. Drei Frauen wurden auf Beschluss eines Familienrats ermordet. In diesem Kontext stellen Ehrenmorde einen wichtigen Aspekt dar.⁵¹ Ein Großteil dieser Morde geschieht mit der Absicht, vorangegangene sexuelle Gewalt zu vertuschen. Eine KAMER-Studie zeigt, dass 63 Prozent der durch einen „Ehrenmord“ bedrohten Frauen sexuelle Gewalt erlebt haben. KAMER hebt in diesem Zusammenhang hervor, dass alle Suizidfälle von Frauen mit Vorbehalt zu betrachten sind.

Der türkische Staat bestimmt seine Strategie im Kampf gegen die Gewalt gegen Frauen auf Grundlage von Aktionsplänen, die in Koordination mit dem Generaldirektorat für Frauenstatus (KSGM) ausgearbeitet werden. Dem Aktionsplan für den Zeitraum 2007 bis 2010 zufolge wurden zwischen dem Ministerium für Frauen- und Familienpolitik und den einschlägigen Ministerien zahlreiche Protokolle über die Schulung des Ministerialpersonals unterzeichnet, aufgrund

Nach dem Aktionsplan für 2012-2015 wurden erneut Protokolle unterzeichnet. Eines ist die Vereinbarung zur Schaffung neuer Beschäftigungsmöglichkeiten für Frauen, die Opfer von Gewalt geworden sind.

derer die Behörde für religiöse Angelegenheiten, der Generalstab der Streitkräfte, die Polizeiobereinsicht und das Justizministerium gemeinsame Anstrengungen unternommen haben. So wurde ein Screening von 71.000 Polizisten, 65.000 Bediensteten im Gesundheitsdienst, 326 Staatsanwälten und Richtern und 17.000 Geistlichen durchgeführt. Nach dem Aktionsplan für 2012-2015 wurden erneut Protokolle unterzeichnet. Eines dieser Protokolle ist die mit dem Ministerium für Arbeit und Soziale Sicherheit unterzeichnete Vereinbarung zur Schaffung neuer Beschäftigungsmöglichkeiten für Frauen, die Opfer von Gewalt geworden sind.

Zu den wichtigsten Mechanismen zum Schutz und zur Unterstützung weiblicher Opfer von Gewalt zählen Frauenhäuser und Beratungsdienste. 2011 gab es insgesamt 51

50 | „Kadın Cinayetleri 14 Kat Arttı“, bianet, 15.09.2011, <http://bianet.org/bianet/kadin/132742> [15.02.2013].

51 | Die nicht publizierte Untersuchung der Plattform „Wir stoppen die Frauenmorde“ über die Frauenmorde in der Türkei zwischen den Jahren 2008 und 2011.

dem Ministerium für Familien- und Sozialpolitik angegliederte Frauenhäuser. Darüber hinaus gibt es insgesamt 24 durch die Gemeindeverwaltungen in Eigenregie geführte und drei durch ein privates Rechtsberatungsunternehmen unterhaltene Frauenhäuser. Beratungsdienste für Frauen, die Opfer von Gewalt sind oder Unterstützung bedürfen, werden durch zahlreiche Organisationen, wie Ministerien, private Einrichtungen, Kommunen und Anwaltskammern, angeboten.

Die Anstrengungen, die in der Türkei seitens des Staates und privater Organisationen zum Stopp der Gewalt gegen Frauen unternommen werden, haben bei den Frauen zu einer Bewusstseins- und Verhaltensänderung geführt. Die Zahl der Frauen, die seit Inkrafttreten des neuen Gesetzes über den „Schutz der Familie und die Verhütung von Gewalt gegen Frauen“ am 8. März 2012 den Staat um Schutz und Zuflucht gebeten haben, ist deutlich angestiegen. Unter den Metropolen führt die Stadt Izmir die Liste an. Hier haben in den vergangenen acht Monaten 4.650 Frauen um Schutz und Zuflucht bei staatlichen Einrichtungen er-sucht.⁵² Die Polizeidirektion von Izmir hat für Frauen, die Opfer von Gewalt geworden sind, eine Spezialeinheit eingerichtet.

SCHLUSSFOLGERUNG

Auf dem *Global Gender Gap Index 2012* des Weltwirtschaftsforums (WEF) steht die Türkei unter 135 gelisteten Staaten auf Platz 124. Daten aus den Bereichen Politik, Wirtschaft, Bildung und Familienleben zeigen den Grund für dieses schlechte Abschneiden. Die Kluft zwischen der de jure-Situation und der de facto-Situation hinsichtlich der Geschlechtergleichheit in der Türkei ist bemerkenswert.⁵³ Jedoch verfügt die Türkei über ein ausreichendes Potenzial für eine schnelle Entwicklung auf dem Gebiet der Geschlechtergleichheit. Noch bevor dies in zahlreichen westlichen Ländern Realität wurde, war es Frauen in der

52 | Vgl. Hasan Çilingir, „Kadına Şiddet Sıralamasında İzmir Birinci, Ankara İkinci“, *Zaman*, 31.10.2012, http://zaman.com.tr/_2009234.html [05.02.2012].

53 | Serap Çileli, Ursula Männle, Angelika Niebler und Hans Peter Raddatz, „Frauen in der Türkei – Zwischen rechtlicher Gleichstellung und patriarchalischer Tradition“, *Politische Studien*, 401, Hanns-Seidel-Stiftung, 2005, <http://hss.de/downloads/PolStudien401.pdf> [15.02.2013].

Türkei möglich, hohe Ämter zu bekleiden.⁵⁴ Auffällig ist eine Ungleichzeitigkeit der Entwicklungen: Während immer noch etwa jede vierte Frau in der Türkei Analphabetin ist, halten gleichzeitig Frauen jede vierte Professorenstelle an türkischen Universitäten.⁵⁵ Ähnlich verhält es sich im Arbeitsleben, wo 39 Prozent aller sich am Bruttosozialprodukt beteiligenden Frauen „unbezahlte Familienarbeiterinnen“ sind, während der Anteil von Frauen, die hoch qualifizierte Berufe aus den Bereichen Recht, Medizin und anderen akademischen Gebieten ausüben, beinahe 40 Prozent beträgt.⁵⁶ Mit einem zwölfprozentigen Anteil an Frauen in Top-Manager-Positionen ist die Türkei Finnland, dem Anführer des weltweiten Rankings, dicht auf den Fersen.

Ein hohes wirtschaftliches Niveau, auf demokratischen Grundsätzen basierende politische Institutionen, eine durch die Tradition eines laizistischen Staates mit einer konstruktiven Rechtsordnung geschaffene gesetzliche Infrastruktur und moderne Maßstäbe in der Geschlechtergleichheit – dies alles zu erreichen, ist für die Türkei möglicherweise leichter möglich als vielen anderen Staaten.⁵⁷ Hierbei ist die Existenz einer ernst zu nehmenden Frauenbewegung, die stets mahndend ihre Stimme erheben und es vermögen, sich weithin Gehör zu verschaffen, ein weiterer Quell der Hoffnung für die Türkei. Die Frauenrechtsorganisationen der Türkei haben sich durch konkrete Erfolge insbesondere in den Jahren nach 2000, in denen die Veränderungen auf gesellschaftlicher und politischer Ebene in der Türkei an Fahrt gewonnen haben, bewährt. Die unabhängige Frauenbewegung in der Türkei verfügt über ausreichend Substanz, um als Ansprechpartner politischer Akteure aus dem In- und Ausland zu fungieren. Gemeinsam können sie darauf hinwirken, dass die Gewalt gegen Frauen abnimmt und die Geschlechtergleichheit in der Türkei Realität wird.

54 | Den Zahlen von Februar 2012 zufolge waren 14,2 Prozent der Mitglieder des Verfassungsgerichts und 16,6 Prozent der Referenten Frauen. Vgl. KADER, Fn. 22.

55 | Von 15 Mitgliedern der Hochschulbehörde sind zwei Frauen. Den Zahlen der Hochschulbehörde zufolge waren in den Jahren 2010 und 2011 27,6 Prozent der Professuren und 41 Prozent der akademischen Positionen an Frauen vergeben. KADER, Fn. 22.

56 | 2010 waren z.B. 37 Prozent aller Anwälte Frauen. „Number of Lawyers According to Bar Associations“, Türkiye Barolar Birliği, 31.12.2010, <http://www.barobirlik.org.tr/Detay.aspx?Tip=ENG&Haber&ID=9360> [25.02.2013].

57 | Vgl. Acar, Fn. 10.

FRAUEN ALS POLITISCHE UND WIRTSCHAFTLICHE KRAFT IN DEN WACHSTUMS- LÄNDERN ASIENS

ERKENNTNISSE AUS DEN PHILIPPINEN¹

Carolina G. Hernandez

Nachdem sie aus vielerlei Gründen lange an den Haushalt gebunden waren, haben Frauen in der jüngeren Vergangenheit in vielen Teilen der Welt mehr und mehr in Berufsleben, Wirtschaft und Politik Fuß gefasst. Hierin bildet auch Asien keine Ausnahme. Wenngleich die soziale Rolle der Frauen auf den Philippinen oft als Ausnahme innerhalb der Region wahrgenommen wird, leiden Frauen auch hier teils unter ähnlichen geschlechterbezogenen Benachteiligungen wie andernorts in Asien. In den 1950er und frühen 1960er Jahren standen die Karrierechancen für philippinische Frauen noch schlecht, Rechts- und Ingenieursberufe waren reine Männerdomänen. Erst einige Jahre später gelang es Filipinas, bis dahin versperrte Karrierestufen zu erreichen. Doch auch heute noch werden philippinische Frauen trotz ihres Erfolgs als Unternehmerinnen und Führungskräfte gesetzlich benachteiligt, etwa im Personen- und Familienrecht. Bis vor Kurzem verhinderten traditionelle Wertvorstellungen religiöser und anderer Art ernsthafte Versuche, ein Gesetz zur weiblichen Fortpflanzungsmedizin auf den Weg zu bringen.²



Dr. Carolina G. Hernandez ist Leiterin des Institute for Strategic and Development Studies Inc. in Manila, Philippinen.

- 1 | Dieser Artikel wurde in Anlehnung an einen beim 3. International Women Entrepreneurship and Leadership Summit, 08./09.11.2012 in Istanbul, Türkei, gehaltenen Vortrag verfasst.
- 2 | Das Gesetz zur Fortpflanzungsmedizin wurde in den Weihnachtsferien 2012 von Präsident Benigno S. Aquino III. unterzeichnet. Dem Gesetz ging eine erbitterte und kontroverse Debatte in Regierungskreisen und Gesellschaft voran.

In Asien, insbesondere in dessen Osten und Südosten, befinden sich die wachstumsstärksten Volkswirtschaften der Welt. Vor der Asienkrise 1997 wurde Südostasien als wirtschaftlich dynamischste Region der Welt angesehen, die der Aufstieg Japans zur zweitgrößten Wirtschaftsmacht stark verändert hatte. Diesen Titel verlor Japan 2010 an China. Inmitten eines allgemeinen Wirtschaftstiefs in Nordamerika und Europa und vor dem Hintergrund weltweiter Finanz- und Wirtschaftskrisen hat Asien nicht nur Widerstandsfähigkeit, sondern auch ungebrochene ökonomische

Christine Lagarde, Direktorin des IWF, lobte bei ihrem Besuch im November 2012 die Philippinen als eine der leistungsfähigsten Volkswirtschaften der Welt.

Dynamik gezeigt. Auch die Philippinen passen in dieses Bild und verzeichneten mit 7,1 Prozent im dritten Quartal 2012 das höchste Wachstum des Verbands Ostasiatischer Staaten (ASEAN).³ Die philippinische Behörde für Wirtschaftsentwicklung (NEDA) korrigierte sogar kürzlich ihre Wachstumsprognose für 2012 um einen Prozentpunkt nach oben. Die Geschäftsführende Direktorin des Internationalen Währungsfonds (IWF), Christine Lagarde, lobte bei ihrem Besuch im November 2012 die Philippinen als eine der leistungsfähigsten Volkswirtschaften der Welt, die ein hohes Wachstum aufweise und mittlerweile Nettozahler des IWF sei.⁴ Hat das Wirtschaftswachstum Frauen als Unternehmerinnen und Führungskräfte in Asien insgesamt und auf den Philippinen im Besonderen vorangebracht? Wie lässt sich die Rolle der Frauen in diesen aufstrebenden Volkswirtschaften beschreiben?

FRAUEN ALS UNTERNEHMERINNEN UND FÜHRUNGSKRÄFTE IN ASIEN

Dass Frauen eine treibende Kraft des Wirtschaftswachstums sind, gilt als anerkannte Tatsache. Unter Bezugnahme auf unterschiedliche Quellen vertritt die Economist Intelligence Unit die Ansicht, die meisten Industriestaaten hätten ihren Aufschwung dem Eintritt der Frauen in die Arbeitswelt in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts zu verdanken, der den USA fast zwei Prozentpunkte an

3 | Vgl. National Development Agency (NEDA), „Exportanstieg auch im Oktober. Philippinen in den ersten zehn Monaten des Jahres 2012 unter Asiens Top-Leistungsländern“, Pressemitteilung, 11.12.2012.

4 | Vgl. Edith Regalado und Aurea Calica, „Philippinen sind der aufsteigende Tiger Asiens – Weltbank“, *The Philippine Star*, 06.02.2013.

zusätzlichem Wirtschaftswachstum beschert und ein Viertel des BIP-Zuwachses in Europa seit 1995 bewirkt habe.⁵ Im asiatischen Raum erhöhte sich durch die Verlagerung vom Fertigungsgewerbe zum Dienstleistungssektor der Anteil erwerbstätiger Frauen, was das Wachstum in der Region verstärkte.⁶ Dennoch bleiben große Teile des Potenzials der Frauen für den Arbeitsmarkt ungenutzt, da knapp die Hälfte von ihnen außerhalb des formellen Sektors tätig ist und damit ein geringeres Einkommen und einen schlechteren Zugang zu Ressourcen hat als Männer. Die Ausgrenzung der Frauen vom geregelten Erwerbsleben hemmt die wirtschaftliche Entwicklung. Um die Weltwirtschaft anzukurbeln, ist es daher unerlässlich, diesen 1,5 Milliarden Frauen Zugang zum Arbeitsmarkt und zu einem begünstigenden Umfeld zu geben, in welchem ihre Produktivität nicht durch rechtliche, gesellschaftliche, finanzielle oder bildungsbezogene Einschränkungen untergraben wird.⁷

Im asiatischen Raum erhöhte sich der Anteil erwerbstätiger Frauen, was das Wachstum verstärkte. Dennoch bleiben große Teile des Potenzials der Frauen ungenutzt, da knapp die Hälfte außerhalb des formellen Sektors tätig ist.

Allerdings weisen jüngste Studien zur Rolle der Frauen in asiatischen Gesellschaften auf einen wachsenden Einfluss selbiger als Unternehmerinnen und Führungskräfte hin. Im Anschluss an die Asienkrise von 1997 stellte eine Studie in sechs ost- und südostasiatischen Volkswirtschaften⁸ fest, dass in Ländern wie Südkorea das ungleiche Geschlechterverhältnis wenn nicht an den Universitäten, so doch an den Sekundarschulen verschwunden sei, verbunden mit einem steigenden Anteil der Frauen am Zuwachs der Erwerbsbevölkerung in der Region. Die Studie zitierte die von einigen Befragten vertretene Ansicht, „die arbeitsintensive und exportgetriebene Industrialisierung in Asien wäre nicht ohne die Beteiligung der Frauen möglich gewesen“⁹ und kam zu dem Schluss, dass „Frauen in Asien eine immer größere Rolle für das Wirtschaftswachstum spielen“.¹⁰ Dennoch

5 | Economist Intelligence Unit (EIU), *Women's economic opportunity 2012*, 4.

6 | Theresa W. Devasahayam und Sri Ranjini Mei Hua, „Empowering Women, Boosting Economies: Examples from the Asian Region“, *Gender Perspectives*, Bd. 3, Nr. 3, 03/2011, 1 f.

7 | EIU, Fn. 5, 4.

8 | Diese Volkswirtschaften sind Japan, Südkorea, Taiwan, Singapur, Thailand und Indonesien.

9 | So zitiert in: „Women are Key Players in the Economies of East and Southeast Asia“, *Asia-Pacific & Population Policy*, East-West Center Program on Population, Nr. 44, 01/1998, 2.

10 | Ebd., 1.

falle der Anteil von Frauen in professionellen, technischen und Verwaltungspositionen trotz Steigerungen in den vergangenen Jahrzehnten weiterhin gering aus.¹¹ So stieg der Prozentsatz von Frauen in solchen besser bezahlten Positionen zwischen 1960 und 1990 in Japan von fünf auf 13 Prozent und in Thailand von einem auf vier Prozent. Trotz des Zuwachses blieb das Niveau somit insgesamt niedrig.

Einige Länder haben deutliche Fortschritte hin zu mehr Geschlechtergerechtigkeit erlebt. Die Philippinen, Sri Lanka und die Mongolei gehören zu den fünf fortschrittlichsten.

Seitdem hat sich die Lage innerhalb Asiens unterschiedlich stark verändert. Einige Länder haben deutliche Fortschritte hin zu mehr Geschlechtergerechtigkeit erlebt, während andere zurückblieben oder nur geringfügige Verbesserungen erreichten. So zählt der *Global Gender GAP Report 2011* (GGG) des Weltwirtschaftsforums¹² die Philippinen, Sri Lanka und die Mongolei zu den fünf fortschrittlichsten Ländern beim Abbau der Geschlechterungleichheit (die anderen beiden sind Australien und Neuseeland), während Pakistan (Platz 133 von 135 untersuchten Ländern), Nepal, Indien, Südkorea und Kambodscha die untersten fünf Plätze einnehmen. In der Sparte Frauen in Führungspositionen sind die Philippinen mit Australien und Neuseeland unter den drei bestplatzierten Ländern, während sich im Bereich höheres Management, Frauenförderung, Einkommen und Lohngleichheit Malaysia, Singapur, Thailand und die Mongolei diesen drei Spitzenländern anschließen. Zweifelloso wird sich die Wahl von Park Geun-hye, der Tochter des einstigen „starken Manns“ Park Chung-hee, zur ersten Präsidentin Südkoreas am 19. Dezember 2012 in der Wertung dieses Landes im nächsten GGG-Bericht widerspiegeln. In den Gesamtwertungen des GGG-Berichts finden sich auch „rückständige“ Länder wie Malaysia (Platz 97 von 135 im GGG-Bericht 2012), Japan (98), Kambodscha (102), Südkorea (107), Indien (113), Nepal (126) und Pakistan (133).¹³ Bemerkenswert ist auch, dass zwischen der Bewertung eines Landes im GGG-Bericht 2011 und dessen von den Vereinten Nationen berechnetem Human Development Index (HDI) keine Korrelation besteht. Im *Human Development Report 2011* des UNDP werden 187 Länder in vier Kategorien eingestuft: Länder mit sehr hohem,

11 | Ebd., 2.

12 | Weltwirtschaftsforum (WEF), *Global Gender Gap Report 2011*, Genf, 2011.

13 | Ebd.

hohem, mittlerem und niedrigem HDI. Japan, Südkorea und Singapur gehören zu den nur 47 von 187 Ländern mit einem sehr hohen HDI¹⁴ und schneiden in der Gesamtbewertung des GGG-Berichts 2011 dennoch schlechter ab als die Philippinen, denen nur ein mittlerer HDI attestiert wird.

ZUR LAGE AUF DEN PHILIPPINEN

Die Philippinen werden als Ausnahmefall in einer Region angesehen, die in punkto Geschlechtergleichberechtigung noch einiges zu wünschen übrig lässt. Aufgrund einer matriarchalisch geprägten Vergangenheit in der vorkolonialen Zeit fand das Bemühen um Geschlechtergleichheit nach dem Ende der Kolonialherrschaft hier wohl einen fruchtbareren Boden als anderswo. Im Widerstand gegen die spanischen Besatzer standen Rebellenführerinnen – die teils Seite an Seite mit ihren Ehemännern kämpften – an der vordersten Front des Befreiungskampfes. Einige führten auch nach dem Tod ihrer Männer die Ablehnung gegen die Spanier fort. Als prominentes Beispiel sei hier Gabriela Silang genannt, die nach dem Tod ihres Mannes Diego Silang in ihrer Heimatprovinz Ilocos Norte im nördlichen Teil der Philippinen den bewaffneten Widerstand gegen die spanischen Kolonialisten weiterführte. Dieser Aufstand folgte auf die britische Besetzung Manilas, nachdem Spanien als Verbündeter Frankreichs im Siebenjährigen Krieg unterlegen war. Nach Silang ist noch heute die progressive feministische Gruppe GABRIELA benannt. Eine vielbeachtete Figur des Geheimbunds Katipunan, der Haupttriebkraft der Revolution von 1896, war Melchora Aquino (nicht verwandt mit dem aktuellen Präsidenten). Zu Beginn der Revolution war sie bereits 84 Jahre alt. Unter dem Namen Tandang Sora, Große Dame der Revolution, wurde sie bekannt. Sie unterstützte die Revolutionäre durch Pflege der Kranken und Verletzten, ermutigende Worte und Gebete. Auf den Philippinen wird vielerorts an sie erinnert und in San Francisco ist sogar eine Straße nach ihr benannt.

Aufgrund einer matriarchalisch geprägten Vergangenheit in der vorkolonialen Zeit fand das Bemühen um Geschlechtergleichheit auf den Philippinen einen fruchtbareren Boden als anderswo.

14 | Vgl. Tabelle 4: Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP), „Gender Inequality Index and related indicators“, *Human Development Report 2011. Sustainability and Equity: A Better Future for All*, UNDP und Palgrave MacMillan, New York, 2011, 139-142.

Die Rolle der Frau als Schatzmeisterin der Familie, die auch das Gehalt ihres Mannes verwaltet, hat sicherlich den Status der philippinischen Frauen erhöht. Dies spiegelt sich in einem philippinischen Hochzeitsritual wieder, bei dem der Bräutigam einige Silber- oder Goldmünzen in die offenen Hände der Braut legt, sie darum bittet, die Finanzen der Familie gut zu verwalten, und gelobt, für das materielle Wohl des Haushalts zu sorgen. In philippinischen Familien kümmert sich meistens die Mutter um die Finanzen und teilt ihrem Mann von dessen Gehalt einen monatlichen Betrag zu. Daher kennen viele Ehefrauen das Monatsgehalt ihres Mannes, sie wissen aber selten von Prämien und anderen Einkommensquellen, so dass die Männer trotzdem Geld für Hobbys wie Tennis, Golf oder Angeln zur Verfügung haben.

Traditionen und der römische Katholizismus zwangen Frauen früher, bei ihren Ehemännern zu bleiben, selbst wenn diese untreu waren. Seit der Verabschiedung eines neuen, weitgehend auf dem kanonischen Recht basierenden Familiengesetzes nach dem Ende der Marcos-Diktator

Derzeit wird im Unterhaus ein Scheidungsgesetz vorbereitet, das die Annullierung von Ehen nach kanonischem Recht ablösen soll.

Mitte der 1980er Jahre können trennungswillige Paare aus bestimmten Gründen ihre Ehe annullieren lassen und eine Vermögensteilung erwirken. Die meisten Annullierungen werden mit psychischer Inkompatibilität begründet. Kinder aus annullierten Ehen werden als legitim angesehen und sind erbberechtigt. Auch wenn die Annullierung auf der theologisch falschen Annahme basiert, die Ehe sei von Anfang an nichtig gewesen, hat sie viele unterdrückte und unglückliche Frauen von ihren ehelichen Fesseln befreit. Derzeit wird im Unterhaus des philippinischen Parlaments ein Scheidungsgesetz vorbereitet, das für viele Frauen die nächste logische Stufe nach der Annullierung darstellt.

Wie in vielen Agrargesellschaften ist auch auf den Philippinen die Frau für die Landwirtschaft unverzichtbar. Zwar haben wirtschaftliche Veränderungen Fertigungsbetriebe und neue Dienstleistungsbranchen für Frauen geschaffen, doch in deren alten Arbeitsbereichen wie der Landwirtschaft herrscht weiterhin eine starke Geschlechterungleichheit, da „die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung den Frauen die Hausarbeit und Kindererziehung aufbürdet und landwirtschaftliche Tätigkeiten von Frauen systematisch

unzureichend erfasst werden“.¹⁵ Das gilt in der Regel für kleine Familienbauernhöfe, auf denen ein Großteil der unbezahlten Arbeitskräfte Frauen sind. Gleichzeitig hat die Ausbreitung der Fertigungsindustrie in den ländlichen Gebieten landwirtschaftliche Arbeitsplätze verdrängt und sich damit nachteilig auf die Lage der Landarbeiterinnen ausgewirkt.

Die Einbindung des Landes in globale Wirtschaftszusammenhänge hat den ökonomischen Wert der Frauen als Arbeitskräfte erhöht. Die globale Arbeitsteilung führte zu einer Migrationswelle philippinischer Arbeiter ab den späten 1970er und frühen 1980er Jahren, anfangs in den Nahen Osten, wo die Einnahmen aus Ölexporten einen massiven Infrastrukturbau auslösten.¹⁶ Seitdem hat sich die Zusammensetzung der Arbeitsmigranten verändert und immer mehr Filipinas arbeiten im Ausland, unter anderem im Nahen Osten, in Westeuropa und in anderen südostasiatischen Ländern, in denen Arbeitskräftemangel herrscht.¹⁷ Die in der Marcos-Zeit anfangs zeitlich begrenzte Entsendung von Arbeitskräften ins Ausland ist mittlerweile ein fester Bestandteil der philippinischen Politik.¹⁸ Die Überweisungen der Arbeitsmigranten in ihr Heimatland haben zum wirtschaftlichen Aufschwung des Landes beigetragen und die philippinische Wirtschaft möglicherweise vor den Auswirkungen vergangener Krisen auf dem Devisenmarkt geschützt.¹⁹ Aus diesem und anderen Gründen wurde sogar

15 | Asian Development Bank (ADB), *Paradox and Promise in the Philippines: A Joint Country Gender Assessment*, Asian Development Bank, Manila, 2008, 30.

16 | Vgl. z.B. Jorge V. Tigno, „International Migration as State Policy: the Philippine Experience as Model and Myth“, *Kasarinlan*, Bd. 6, Nr. 1-2, 1990, 73-88; „The Politics of International Labor Migration: Philippine Labor Foreign Policy Towards Saudi Arabia (1979-1989)“, unveröffentlichte Masterarbeit, Department of Political Science, University of the Philippines, 1992.

17 | Vgl. z.B. Jorgen Carling, „Gender Dimensions of International Migration“, in: *Global Migration Perspectives*, Global Commission on International Migration, 2005.

18 | Einen Überblick über die Entwicklung und Deregulierung der Entsendung philippinischer Arbeitskräfte ins Ausland bietet Jorge V. Tigno, „Governance and Public Policy in the Philippines: RA 8042 and the Deregulation of the Overseas Employment Sector“, unveröffentlichte Doktorarbeit, National College of Public Administration and Governance, University of the Philippines, 2003.

19 | Vgl. Alvin Ang, „Workers' Remittances and Economic Growth in the Philippines“, eine auf der 2. Development Conference of the Economic and Social Research Group (GRES) vorgestellte Arbeit, Bordeaux, 23.11.2006.

ein neuer, die Arbeitsmigranten glorifizierender Begriff geschaffen: *Bagong Bayani* (Neuer Held).²⁰ Diese Bezeichnung würdigt den Beitrag der Arbeitsmigranten – von denen ein wachsender Anteil Frauen sind – zur philippinischen Wirtschaft. Die Migrantinnen fanden so zwar Zugang zum formellen Arbeitsmarkt, sahen sich jedoch zuhause wie im Ausland immensen Herausforderungen gegenübergestellt.

Das schwere Schicksal philippinischer Arbeitsmigrantinnen und -migranten im Ausland zeigt sich in berühmten Fällen wie dem von Flor Contemplación, die im März 1995 in Singapur wegen Mordes an einem anderen Hausmädchen und dem Kind, für das dieses sorgte, gehängt wurde. Der Fall führte zu einer vorübergehenden Einstellung der diplomatischen Beziehung zwischen Singapur und den Philippinen, Contemplacións

Weibliche Haushaltshilfen im Ausland erleiden häufig unmenschliche Behandlung wie lange Arbeitszeiten, Unterbezahlung, körperliche Gewalt oder Vergewaltigung. Zuhause werden sie zum Opfer häuslicher Gewalt durch argwöhnische Ehemänner.

Heimatland. Zeitungen, insbesondere in den Entsendungsländern, berichten häufig über meist weibliche Haushaltshilfen, die gesetzeswidrige oder unmenschliche Behandlung wie lange Arbeitszeiten, Unterbezahlung, körperliche Gewalt oder Vergewaltigung erleiden. Zuhause werden sie zum Opfer häuslicher Gewalt durch argwöhnische Ehemänner, sind Vorwürfen ihrer Schwiegereltern ausgesetzt, die sich häufig um ihre Kinder kümmern und werden von den Kindern oft nicht ernst genommen, da diese die Anwesenheit ihrer Mutter nicht mehr gewohnt sind.²¹

Im GGG-Bericht 2011 treten die Philippinen gegenüber anderen Ländern Südostasiens als eines der Länder mit der höchsten politischen Beteiligung von Frauen hervor. In die Bewertung fließt das Geschlechterverhältnis in Regierung und Parlament sowie die Amtszeiten von Präsidentinnen und Premierministerinnen ein. Im asiatisch-

20 | Vgl. Jean Franco, „The Bagong Bayani Discourse: Constituting Overseas Filipino Workers (OFWs) and the Politics of Labor Out-Migration in the Philippines“, unveröffentlichte Doktorarbeit, Department of Political Science, University of the Philippines, 2010.

21 | Vgl. z.B. Robyn Rodriguez, „Domestic Insecurities: Female Migration from the Philippines, Development and National Subject-Status“, Working Paper, Nr. 114, The Center for Comparative Immigration Studies, University of California San Diego, 2005; Hector B. Morada, „Left-Behind Households of Overseas Filipino Workers“, *Philippine Labor Review*, Bd. XXVII, Nr. 1, 01-06/2003, 118-143.

pazifischen Raum erreichten nur Sri Lanka, Neuseeland und Bangladesch ein höheres Ranking. An „Jahren mit weiblichem Staatsoberhaupt“ übertrafen nur Sri Lanka, Indien und Bangladesch die Philippinen.²² Seit 1986 waren auf den Philippinen zwei Präsidentinnen länger im Amt als die meisten ihrer männlichen Kollegen: Corazón Aquino (Februar 1986 bis Juni 1992) und Gloria Macapagal Arroyo (Januar 2001 bis Juni 2010).²³

Wie die Philippinische Frauenkommission berichtet, wurden bei den nationalen und kommunalen Wahlen im Mai 2010 Frauen in 18,4 Prozent aller zur Wahl stehenden Ämter gewählt, ein Anstieg gegenüber 17 Prozent im Jahr 2007. Darüber hinaus kandidierten mehr

Frauen für die zwölf Senatorenposten. Zwei der 14 Kandidatinnen konnten sich durchsetzen. Von den 289 Mitgliedern des Repräsentantenhauses sind 65 Frauen, was 22,5 Prozent entspricht. 14 (25 Prozent) der 56 aus Parteilisten gewählten Mitglieder des Repräsentantenhauses sind Frauen und seit 2004 ist die Frauenrechtsorganisation GABRIELA mit einer eigenen Parteiliste dort vertreten. Die Wahlbeteiligung der Frauen lag mit 75,7 Prozent über derjenigen der Männer (74,4 Prozent) und über dem Landesdurchschnitt (75 Prozent) und der Frauenanteil in der Judikative ist leicht gestiegen (von 32 Prozent im Jahr 2007 auf 34 Prozent im Jahr 2010).²⁴

Seit den Wahlen 2010 sind von den 289 Mitgliedern des Repräsentantenhauses 65 Frauen, was 22,5 Prozent entspricht. Die Wahlbeteiligung der Frauen lag mit 75,7 Prozent über der Quote der Männer und über dem Landesdurchschnitt.

Obgleich sich die Frauen auf den Philippinen politisches Terrain erobert haben, gilt hier wie anderswo in Asien immer noch, dass Frauen an der Spitze der Exekutive und viele der gewählten Vertreterinnen im Parlament und in den Kommunen ihre politische Macht nur aufgrund ihrer Verwandtschaft mit männlichen Politikern, deren Töchter,

22 | WEF, Fn. 12.

23 | Aquino stand ab Februar 1986 einer revolutionären Regierung vor bis 1987 eine neue Verfassung verabschiedet und die Amtszeit des Präsidenten auf sechs Jahre festgesetzt wurde, während Arroyo zunächst die verbliebenen drei Jahre der Amtszeit von Präsident Joseph Estrada nach dessen Amtsenthebung über regierte (01/2001-06/2004) und danach eine eigene sechsjährige Amtszeit von Juli 2004 bis Juni 2010 absolvierte.

24 | Philippine Commission on Women, „Women participation in politics and governance“, 10.02.2012, <http://pcw.gov.ph/statistics/201210/women-participation-politics-and-governance> [08.01.2013].

Ehefrauen oder Schwestern sie sind, erlangen konnten. Auch im Falle männlicher Politiker ist die Zugehörigkeit zu Clans oder politischen Dynastien jedoch ein Erfolgsfaktor bei Wahlen auf den Philippinen, wenngleich 1986 und danach eine Handvoll Neulinge, die nicht aus Politikerfamilien stammten, politische Macht erlangten. So war der aktuelle Vizepräsident Jejomar Binay als Menschenrechtsanwalt tätig, als die damalige Präsidentin Corazón Aquino ihn zum leitenden Beamten der Finanzhauptstadt Makati City berief. Er hat sich seitdem einen eigenen politischen Clan aufgebaut. Zwar spielen Verwandtschaftsbeziehungen auch bei männlichen Politikern eine Rolle. Doch in der Gegenwarts politik der Philippinen treten besonders Frauen häufig als Alter Ego ihrer männlichen Verwandten auf oder dienen jenen als willkommene Möglichkeit, die Wahlgesetze zu umgehen, welche die Amtszeiten von Parlamentsmitgliedern und Kommunalvertretern beschränken. Bemerkenswerterweise ist das erste philippinische Mitglied des Internationalen Strafgerichtshofes (ICC) eine Frau.

Im Vergleich zu anderen Ländern der Asien-Pazifik-Region gelingt es den Philippinen offensichtlich sehr gut, die Geschlechterkluft im Bereich der Wirtschaft zu verringern. Ein Bericht über Frauen in Führungspositionen in Asien, der sich auf Daten des GGG-Berichts 2011 beruft, platziert die Philippinen an der regionalen Spitze hinsichtlich ihrer Fortschritte beim Abbau von Karriereungleichheiten sowohl unter Parlamentariern und hohen Beamten als auch unter Managern, Facharbeitskräften und anderen qualifizierten Berufen.²⁵ Beim Vergleich der geschätzten Durchschnittseinkommen von Frauen und Männern erreichten die Philippinen nur Platz zehn von zwölf asiatisch-pazifischen Ländern, für die Daten vorlagen, belegten allerdings den fünften Platz im Hinblick auf Lohngleichheit bei gleicher Arbeit.²⁶ In der Aufstellung reicher und mächtiger Frauen in Asien, die aus Daten der Fortune-Liste erstellt wurde, ist keine Filipina zu finden.²⁷ Zusammen mit Thailand haben

Beim Vergleich der geschätzten Durchschnittseinkommen von Frauen und Männern erreichten die Philippinen nur Platz zehn von zwölf asiatisch-pazifischen Ländern.

25 | Siehe Tabellen 10 und 11: Astrid S. Tuminez, *Rising to the Top? A Report on Women's Leadership in Asia*, The Asia Society and the Lee Kuan Yew (LKY) School of Public Policy, New York und Singapore, 04/2012, 30-31.

26 | Siehe Tabellen 15 und 16: ebd., 35-36.

27 | Ebd., 38.

die Philippinen jedoch den zweithöchsten Anteil an Frauen in höheren Managementpositionen, wie eine Umfrage unter 12.000 führenden Wirtschaftsvertretern aus 40 Ländern ergab. Die reichen G-7-Länder fielen hierbei mit 18 Prozent Frauen im höheren Management unter den weltweiten Durchschnitt, während Südostasien mit 32 Prozent die höchste Frauenquote aufwies.²⁸ In dieser Kategorie erreichten die Philippinen und Thailand den zweiten Platz, da hier 39 Prozent der Posten im höheren Management mit Frauen besetzt sind.²⁹

HERAUSFORDERUNGEN FÜR DIE STÄRKUNG DER FRAU

Wenngleich in vielerlei Hinsicht die Kluft zwischen den Geschlechtern schmaler geworden ist, betreffen viele der Hemmnisse, von denen Frauen in Asien betroffen sind, auch die Philippinen. Zwar hat sich nicht zuletzt aufgrund der Industrialisierung der Anteil von Frauen an den Erwerbstätigen erhöht, doch dieser Zuwachs ist relativ gering. Zudem ist der informelle Sektor in Asien größtenteils weiblich, so dass Frauen keinen geregelten Lohn erhalten und ihr Einkommen sowie ihr Beitrag zur Wirtschaftsleistung kaum erfasst werden. Dadurch haben Frauen einen schlechteren Zugang zu Ressourcen als Männer, was ihre Produktivität stark beeinträchtigt. Die mangelnde Integration der Frauen in den Arbeitsmarkt soll die Volkswirtschaften des asiatisch-pazifischen Raums jährlich zwischen 542 und 546 Milliarden US-Dollar kosten.³⁰ Wie es scheint, hat mehr Geschlechtergerechtigkeit im Bildungs- und Gesundheitssystem die Stellung der Frauen in Südostasien insgesamt und auch auf den Philippinen verbessert. Ohne eine gezielte Politik zur Beseitigung der Diskriminierung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt können diese Vorteile eines besseren Zugangs zu Bildung und medizinischer Versorgung jedoch nicht voll ausgeschöpft werden.³¹

Ohne eine gezielte Politik zur Beseitigung der Diskriminierung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt können die bereits erreichten Vorteile eines besseren Zugangs zu Bildung und medizinischer Versorgung nicht voll ausgeschöpft werden.

28 | Zitiert ebd., 40-41.

29 | Siehe Abb. 5: ebd., 38.

30 | Aus einem Bericht der Wirtschafts- und Sozialkommission für Asien und den Pazifik der Vereinten Nationen, zitiert in: Devasahayam und Mei Hua, Fn. 6, 3 f.

31 | Ebd., 2.

Das Vordringen von Frauen in politische Führungspositionen auf den Philippinen und in Asien insgesamt ist oft mit den Karrieren männlicher Verwandter verknüpft. In Süd-asien haben Staatschefinnen wie Indira Gandhi in Indien, Khalida Zia in Bangladesch, Srivamo Bandaranaike in Sri Lanka und Benazir Bhutto in Pakistan von ihren männlichen Verwandten und Vorgängern im Amt profitiert. Corazón Aquino wurde 1986 Präsidentin, nachdem 1983 ihr Mann, der Hauptgegner des Diktators Marcos, ermordet worden war. Gloria Macapagal Arroyo war die Tochter des Ex-Präsidenten Disodado Macapagal. Und die neugewählte Präsidentin Südkoreas, Park Geun-hye, ist die Tochter des ermordeten Machthabers Park Chung-hee. Für die Stärkung der Frau in der politischen Arena ist daher das Erreichen politischer Ämter ohne die Hilfe männlicher Verwandten ein wichtiges Ziel. In Asien allgemein und auf den Philippinen im Besonderen bleibt dies noch zu verwirklichen. Auf den Philippinen, wo die verfassungsmäßige Ächtung politischer Dynastien noch einer wirkungsvollen gesetzlichen Umsetzung harrt, könnte die Unterbrechung männlicher Erbherrschaft ein bedeutender Wendepunkt sein.

In aufstrebenden und zukunftsreichen Ländern wie den Philippinen verändert sich die Rolle der Frau zusehends. Studien, die einen beträchtlichen Beitrag der Frauen zum Wirtschaftswachstum der Region feststellen, darf man guten Gewissens beipflichten. Doch der Frauenanteil in der Wirtschaft, in althergebrachten wie in neuartigen Arbeitsfeldern (d.h. Fertigung, Dienstleistungen und Landwirtschaft) steigt nur in bescheidenem Umfang. Die Rolle der Frauen auf der politischen Bühne ist einer ähnlichen Tendenz unterworfen, da ihr Erfolg noch immer stark von männlichen Verwandten abhängt. Um die Geschlechterungleichheit nicht nur auf den Philippinen, sondern weltweit zu beseitigen, ist daher die Politik aufgefordert, zu intervenieren und die Ergebnisse weitreichender Studien zur Gleichberechtigung auf allen Ebenen umzusetzen.

RUMÄNIEN NACH DEN WAHLEN

EIN LAND SUCHT SEINEN WEG IN DIE ZUKUNFT UND STÖSST DABEI AUF SEINE VERGANGENHEIT

Sven-Joachim Irmer

Im Dezember haben die Rumänen ein neues Parlament gewählt – ein halbes Jahr, nachdem Rumäniens Premierminister Victor Ponta mit dem Versuch, den Staatspräsidenten abzusetzen, international für Aufsehen gesorgt hatte. Dass dies für Empörung unter der rumänischen Bevölkerung gesorgt hätte, lässt sich höchstens an der geringen Wahlbeteiligung ablesen, nicht jedoch am Wahlergebnis. Pontas Regierungspartei PSD wurde keinesfalls abgestraft, im Gegenteil: Trotz ihrer fragwürdigen Methoden und trotz unzureichender Reformanstrengungen, die von der Kommission der Europäischen Union regelmäßig angesprochen werden, haben die Wähler die Regierung mit einer überwältigenden Mehrheit ausgestattet. Um dieses Wahlverhalten zu verstehen, muss in die Vergangenheit geschaut werden, insbesondere auf die Ereignisse im Dezember 1989, als es in Rumänien zu einer Revolution kam, die keine war.

DER WEG ZU DEN EREIGNISSEN 1989

Die Geschichte Rumäniens ist vergleichbar mit dem Schicksal anderer Staaten, die unter der Vorherrschaft der Sowjetunion nach 1945 litten und nach ihrem Vorbild mit aller Gewalt umgebaut wurden. Verschleppung, Ermordung und Enteignung der alten Eliten waren an der Tagesordnung. Die Absetzung und Vertreibung des rumänischen Königs Mihai I. war dabei eine reine Formsache, ebenso wie das Verbot von bürgerlichen Parteien und die Formierung einer Einheitspartei, der rumänischen Arbeiterpartei, aus der Sozialdemokratischen Partei und der bis dato wenig einflussreichen Kommunistischen Partei. 1948 rief die neu gegründete Arbeiterpartei die Volksrepublik Rumänien aus. Erster Mann im Staat wurde der heute fast vergessene



Sven-Joachim Irmer ist Auslandsmitarbeiter der Konrad-Adenauer-Stiftung in Rumänien.

Gheorghe Gheorghiu-Dej, der 1945 auf Geheiß von Stalin zum Generalsekretär der Kommunistischen Partei berufen wurde. Im Laufe seiner politischen Laufbahn brachte er es vom Ministerpräsident über den Ersten Sekretär der Partei bis zum Staatspräsident Rumäniens (1961 bis 1965). Er war es, der als überzeugter Kommunist die berüchtigte Securitate aufbaute und die Zwangskollektivierung in der Landwirtschaft mit vorantrieb. In den 1950er und 1960er Jahren verantwortete er auch die bis heute berüchtigten Folterungen von politischen Gefangenen. Gheorghiu-Dej schlug in seiner Regierungszeit aber bereits einen Sonderweg für Rumänien im Ostblock ein und verärgerte damit die Machthaber in Moskau erheblich. Ausgangspunkt für die ersten Spannungen zwischen Bukarest und Moskau war die unvollständige Umsetzung der Bodenreform in Rumänien. Die politische Führung erkannte, dass die vollständige Umsetzung der Bodenreform sich nachteilig auf die Lebensmittelversorgung der Bevölkerung auswirken würde und der Widerstand gegen die Zentralregierung auf lange Zeit das neue politische System schwächen würde. Trotz des Sonderweges Rumäniens war eine Mitgliedschaft im Warschauer Pakt für die Regierung in Bukarest unumgänglich.

Gheorghiu-Dej verstarb 1965, kurz nach seiner erneuten Wahl zum Staatspräsidenten. Der bis heute berüchtigte Diktator Nicolae Ceaușescu folgte ihm als Staatspräsident. Zuerst jedoch als erster Sekretär des Zentralrats der Arbeiterpartei, die er gleich nach seiner Wahl

Wie sein Vorgänger versuchte Ceaușescu, Rumänien aus dem „Würgegriff“ Moskaus zu befreien und sich gegenüber dem westlichen Ausland als selbstständiger Partner zu etablieren.

umbenennen ließ in Rumänische Kommunistische Partei. Der aus einfachen Verhältnissen stammende Ceaușescu war gelernter Schuster und brachte es bereits in der Regierungszeit von Gheorghiu-Dej vom Mitglied der kommunistischen Jugendbewegung bis zum Stellvertretenden Verteidigungsminister und zum Mitglied des Politbüros der Kommunistischen Partei. Wie sein Vorgänger versuchte er, Rumänien aus dem „Würgegriff“ Moskaus zu befreien und sich gegenüber dem westlichen Ausland als selbstständiger Partner zu etablieren. Dabei halfen ihm gute Ergebnisse bei der Industrialisierung des Landes und der Verbesserung der Lebensverhältnisse. Um den Sonderweg Rumäniens zu unterstreichen, nahm er 1967 diplomatische Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland auf.

Dieses brachte ihm besonders im Inland viel Sympathie ein. In den drauffolgenden Jahren verweigerte er sich wiederholt den Forderungen aus Moskau, etwa nach Entsendung rumänischer Truppen im Prager Frühling oder nach Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Israel in Folge des Sechstageskriegs. Diese vermeintlich kritische Haltung gegenüber Moskau öffnete ihm die Tore in Europa und den USA. Der Besuch von US-Präsident Richard Nixon im Jahr 1969 und die Verleihung des Großkreuzes des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland 1971 untermauerten seine Popularität im In- und Ausland.



Bis in die 1970er Jahre pflegten westliche Staaten gute Beziehungen zu Ceaușescu. Hier Willy Brandt 1973 bei einem Staatsbesuch in Bukarest. | Quelle: © Online communism photo collection, Institut zur Enquête kommunistischer Verbrechen in Rumänien (IICCR), Cota 25/1973.

Die dramatische Veränderung Ceaușescus und damit Rumäniens begann in den 1970er Jahren. Es wird vermutet, dass er die Idee für den Führerkult, die er in den folgenden Jahren in Rumänien umsetzte, von einer Reise nach Korea mitgebracht hatte. Wichtige Regierungsposten besetzte er mit Verwandten und engsten Freunden – ein Verfahren, das auch im heutigen Rumänien allgegenwärtig ist. Seine Position als Staatspräsident nahm er offiziell 1975 ein, nachdem die Verfassung für ihn geändert wurde. Von nun an ließ er sich als Führer – *Conducător* – ansprechen. Der berühmte Geheimdienst Securitate wurde ebenfalls umfassend aufgebaut und versetzte die Bevölkerung mit

Spitzelmaßnahmen, Übergriffen gegen Oppositionelle und Schauprozessen in Angst und Schrecken. Wie groß die Zahl der offiziellen und inoffiziellen Mitarbeiter war, ist bis heute nicht abschließend geklärt. Der Historiker Marius Oprea spricht von ca. 40.000 offiziellen und 400.000 inoffiziellen Mitarbeitern.

Prestigeprojekte wie der Bau des Parlamentspalasts in Bukarest führten dazu, dass die Bevölkerung hungerte und die Löhne nicht mehr wuchsen, teilweise auch nicht mehr gezahlt werden konnten.

Ceașescus Popularität schwand in den darauf folgenden Jahren so schnell, wie sie gekommen war. Die erbarungslose Industrialisierung Rumäniens und der damit verbundene Niedergang der Landwirtschaft bescherten der Bevölkerung einen nie zuvor gekannten Existenzkampf. Dieser ging so weit, dass die produzierten Lebensmittel für den Export genutzt wurden, um die Staatsschulden abzubauen. Gleichzeitig wurden gigantische und kostspielige Prestigeprojekte wie der Donau-Schwarzmeer-Kanal und der Bau des Parlamentspalasts in Bukarest vorangetrieben. Diese Projekte führten dazu, dass die Bevölkerung hungerte und die Löhne nicht mehr wuchsen, teilweise auch nicht mehr gezahlt werden konnten.

Der Unmut in der Bevölkerung wuchs stetig an und entlud sich im Dezember 1989, nachdem ein oppositioneller ungarischer Priester von der Securitate verschleppt werden sollte und sich die Bevölkerung dagegen auflehnte. Als Antwort ließ der Diktator Hubschrauber gegen die Aufständischen einsetzen. Diese Brutalität führte zu einer von Ceașescu offensichtlich nicht geahnten Kettenreaktion. Am 21. und 22. Dezember versuchte er in einer öffentlichen Ansprache in Bukarest vor über 100.000 Zuhörern, seine Zukunftsvisionen für das Land vorzustellen, die Massen zu beruhigen und sie noch einmal für sich zu gewinnen. Doch der Versuch misslang und die Stimmung unter den Teilnehmern kippte vom anfänglichen Jubelgeschrei zu Protestrufen und zur Stürmung der Parteizentrale. Ceașescu und seiner Frau misslang die Flucht. Sie wurden verhaftet und am 24. Dezember von einem Gericht zum Tod durch Erschießen verurteilt. Die Bilder gingen um die Welt, auch weil er der einzige Machthaber im Ostblock war, den dieses Urteil ereilte. Bis zuletzt hatte der Geheimdienst versucht, die Situation zu kontrollieren, und schreckte selbst vor lang andauernden Schießereien in der Bukarester Innenstadt

nicht zurück. Die Kämpfe forderten mehrere hundert Tote, insgesamt sollen während der Revolution über tausend Menschen umgekommen sein.

Bis heute gibt es in der rumänischen Gesellschaft viele Ansichten, warum der Sturz des Regimes so schnell ging. Zu den am häufig geäußerten gehört, dass der KGB verantwortlich für die Vorgänge gewesen ist und die Revolution sowie die Schießereien inszeniert haben soll. Ziel der Regierung in Moskau sei es gewesen, den ungeliebten und größtenwahnsinnigen Führer zu beseitigen und eine neue pro-sowjetische Regierung einzusetzen. Die Hintergründe der so genannten Revolution sind bis heute nicht aufgearbeitet worden. Über 50.000 Akten von Personen aus Politik und Verwaltung, die dem Nationalen Rat zum Studium der Securitate-Akten (C.N.S.A.S.), dem Pendant zur Stasi-Unterlagenbehörde, vorliegen, sind immer noch ungeöffnet. Die Behörde bekam erst 2007 alle zwei Millionen Akten des ehemaligen Geheimdienstes überstellt, mutmaßlich im Zusammenhang mit dem damals bevorstehenden EU-Beitritt.

Die Aufarbeitung der kommunistischen Vergangenheit geht nur sehr schleppend voran. Dies liegt zum einen an der schlechten finanziellen Ausstattung der verantwortlichen Behörden und zum anderen an der langsam arbeitenden Justiz. Bis heute ist der Umgang mit der Vergangenheit und eine damit verbundene juristische Aufarbeitung kaum erfolgt. Dies verwundert nicht weiter, schließlich kam es in Rumänien im eigentlichen Sinn nie zu einem wirklichen politischen Neuanfang nach 1989. Die ersten freien Wahlen im Mai 1990 gewann das Wahlbündnis Nationale Rettungsfront (FSN), dessen Vorsitzender Ion Iliescu selbst Minister unter Ceaușescu war. Er bediente sich in seiner Amtszeit häufig der Securitate, sei es zur Niederschlagung der Proteste oder zur Absicherung seiner Macht und dem Schutz der alten kommunistischen Eliten. Auch in der Wirtschaft sind die damaligen Netzwerke nach wie vor strukturbestimmend, so dass beispielsweise bis heute keine ernsthaften Privatisierungstendenzen feststellbar sind.

Rumäniens politischer Weg wurde in den 1990er Jahren maßgeblich durch die sozialdemokratische Partidul Social Democrat (PSD) geprägt. Ion Iliescu gehörte der PSD genauso an wie der heute wegen Korruption in Haft sitzende

ehemalige Premierminister Adrian Năstase. Die Parteien in Rumänien lieferten sich immer harte Kämpfe um die Macht im Land. Dabei kam es zu unterschiedlichen Konstellationen zwischen Sozialdemokraten, Nationalliberalen (PNL) und den Demokratischen Liberalen (PDL). Trotz aller politischen Irrungen und Wirrungen betrieben alle

2004 und 2007 erreichte Rumänien zwei wichtige politische Ziele in der jüngsten Geschichte des Landes: Den NATO-Beitritt und die Aufnahme in die Europäische Union.

Regierungen und Präsidenten einen proeuropäischen und prodemokratischen Kurs. 2004 und 2007 erreichte Rumänien zwei wichtige politische Ziele in der jüngsten Geschichte des Landes: Den NATO-Beitritt und die Aufnahme in die Europäische Union. Während der NATO-Beitritt für die Bevölkerung fast unbemerkt vonstatten ging, hatte der EU-Beitritt eine messbare Bedeutung für das Land. Die bereits im Jahr 2000 aufgenommenen Beitrittsverhandlungen hatten sich verzögert, da Rumänien damals schon Probleme hatte, die geforderten EU-Standards bei Justizreform, Strafverfolgung, Wettbewerb und Korruptionsbekämpfung zu erfüllen – eine Mängelliste, die sich auch im jüngsten Bericht der EU wiederfindet.¹

POLITISCHE KRISE 2012

2012 rückte Rumänien erneut in das Blickfeld der Entscheidungsträger in Brüssel und anderen europäischen Hauptstädten. Die Menschen in Rumänien taten etwas, das sie lange nicht mehr getan hatten – sie demonstrierten. Wird den Rumänen normalerweise eine große Leidenschaft zugeschrieben, so wurden die von der damaligen Regierung von Premierminister Emil Boc (PDL) angekündigten und dringend notwendigen Reformen im Gesundheitswesen, in der Verfassungsfrage und im Bildungssektor schlichtweg als eine zu große Bedrohung empfunden. Die Regierung verstand es nicht, der Bevölkerung die Gründe für die Reformen zu erklären, die auch vom Internationalen Währungsfonds (IWF) und der EU-Kommission gefordert wurden. Im Zuge der Reformdiskussionen entwickelten sich die Demonstrationen auch zu gewalttätigen Auseinandersetzungen in Bukarest und anderen Städten des Landes.

1 | Vgl. Europäische Kommission, „Bericht der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat über Rumäniens Fortschritte im Rahmen des Kooperations- und Überprüfungsmechanismus“, Brüssel, 30.01.2013, http://ec.europa.eu/cvm/docs/com_2013_47_de.pdf [12.02.2013].

Die Mehrheitsverhältnisse im Parlament verschoben sich ab diesem Zeitpunkt langsam, aber stetig. Eine Reihe von Parlamentariern der bisherigen Regierungspartei PDL wechselten aufgrund von lukrativen Angeboten der PNL und der PSD die Seiten. Die Überläufer ermöglichten am 27. April 2012 die Wahl Victor Pontas (PSD) zum Premierminister. Dass Politiker eine Partei von heute auf morgen verlassen, ist in Rumänien nicht ungewöhnlich. Der Wechsel wird dadurch erleichtert, dass keine der Parteien in Rumänien über ein wirkliches ideologisches Grundgerüst verfügt. Der Wechsel von der PDL zur PNL und zurück kann also ohne weiteres vollzogen werden.

Was dann in den nächsten Monaten folgte, war ein politischer Kampf, den man so in Rumänien noch nicht erlebt hatte, geschweige denn in anderen Staaten der EU. Zu Beginn war es ein verbaler politischer Schlagabtausch zwischen dem jungen sozialdemokratischen Premierminister Ponta und dem mitte-rechts-orientierten Präsidenten Traian Băsescu – eine Auseinandersetzung, wie sie in Rumänien an der Tagesordnung ist. Im Zentrum des Konflikts zwischen Ponta und Băsescu stand dabei nicht, wie so oft beschrieben, die Amtsenthebung des Präsidenten, sondern die Unabhängigkeit der rumänischen Justiz und ihrer Institutionen. Ponta wollte bereits seit Beginn seiner Amtszeit die relativ unabhängige Justiz mit Personen besetzen, die ihm nahe stehen. Ein indirekter Zugriff aus Staatsanwaltschaft und Verfassungsgericht hätte Ponta und seiner Regierungskoalition aus PSD und PNL viele noch anstehende Prozesse gegen Parteimitglieder erspart. Das prominenteste „Opfer“ der Staatsanwaltschaft war der ehemalige Premierminister Adrian Năstase (PSD), der zugleich politischer Zieh- und Doktorvater von Victor Ponta ist. Năstase wurde im Januar 2012 zu zwei Jahren Gefängnis wegen illegaler Parteienfinanzierung verurteilt. Um sich der Strafe zu entziehen, inszenierte er mit Hilfe von Polizisten, Ärzten und Medien einen Selbstmordversuch. Ponta nutzte seine Presseauftritte dazu, dem Präsidenten und der ihm angeblich hörigen Staatsanwaltschaft eine Mitschuld an dem Suizidversuch zu geben. Damit wurde die aggressive Stimmung gegen den Präsidenten und die ihm zugeordnete PDL weiter angeheizt. Den Höhepunkt der politischen Auseinandersetzungen bildete

Zu Beginn des politischen Kampfes stand ein verbaler politischer Schlagabtausch zwischen dem jungen sozialdemokratischen Premierminister Ponta und dem mitte-rechts-orientierten Präsidenten Traian Băsescu.

das Referendum zur Amtsenthebung des Präsidenten am 29. Juli 2012. Es scheiterte an mangelnder Beteiligung der Bürger – nicht zuletzt, weil die PDL und der Präsident zu einem Boykott aufgerufen hatten. Zudem war das Referendum von Wahlfälschungen geprägt, die bis heute von der Staatsanwaltschaft untersucht werden.



Mit 256 Stimmen vorläufig suspendiert: Der rumänische Präsident Traian Băsescu, hier bei einem Besuch in Afghanistan 2010, hielt sich schließlich doch im Amt. | Quelle: Daryl Knee / flickr (CC BY).

Was sich aber zuvor abspielte, war auch für die Beobachter in Brüssel ein Lehrstück über den Stand der Rechtsstaatlichkeit in Rumänien. Auch frühere Regierungen hatten einen „lockeren“ Umgang mit der Verfassung gepflegt und die schwache rumänische Verfassung für sich zu nutzen gewusst. So genannte Eilverordnungen, erlassen durch den jeweiligen Premierminister, halfen stets, ungeliebte Vorschriften zu umgehen. So auch diesmal: Am 5. Juli 2012 wurde das Gesetz zur Organisierung von Referenden durch eine entsprechende Eilverordnung verändert. Die Beteiligungshürde von 50 Prozent plus eine Wählerstimme für die Bestätigung des Referendums wurde aufgegeben, der Präsident sollte jetzt mit einfacher Mehrheit der Wahlberechtigten entlassen werden. Auf dieser Grundlage stellte die USL im Parlament einen Antrag zur Amtsenthebung. Dem Präsidenten wurden „ernsthafte verfassungswidrige Handlungen“ vorgeworfen. Der PNL-Vorsitzende Crin Antonescu mahnte das Verfassungsgericht, binnen 24 Stunden eine

konsultative „Meinung“ abzugeben. Am nächsten Tag bestätigte das Verfassungsgericht in seiner Stellungnahme keinen der sieben Vorwürfe der parlamentarischen Mehrheit. Das Verfahren ging jedoch unvermindert weiter und der Präsident wurde mit 256 Stimmen suspendiert.

REAKTION DES AUSLANDES

Von der EU, aber auch von den USA, gab es heftige Reaktionen auf die Vorgänge. Sie waren so massiv, dass die „Putschisten“, wie Ponta und seine Unterstützer in Rumänien von einem Teil der Presse und der Zivilgesell-

Die Reaktionen von EU und USA waren so massiv, dass die „Putschisten“, wie Ponta und seine Unterstützer in Rumänien von einem Teil der Presse und der Zivilgesellschaft genannt wurden, zurückstecken mussten.

schaft genannt wurden, zurückstecken mussten. Als Begründung für die heftigen Reaktionen wurden die Bedrohung des Rechtsstaates, die Gefährdung des pro-europäischen Kurses des Landes und die Aufgabe europäischer Werte zu Gunsten einer politischen Kaste genannt.

Der regelmäßige Bericht der Europäischen Kommission zur Reform der Justiz in Rumänien sprach zu dieser Zeit erstmals von der Gefahr, dass bisherige Reformen in der rumänischen Justiz revidiert werden könnten. Die Deutlichkeit, mit der sich europäische Spitzenpolitiker wie José Manuel Barroso, Angela Merkel und Martin Schulz, aber auch der amerikanische Botschafter in Rumänien, Mark Gittenstein, für den Rechtsstaat einsetzten, hatte Ponta nicht vorhergesehen. Gleichzeitig wurde dies aber in der Bevölkerung sehr positiv aufgenommen. Auf internationaler Ebene wurde das Vorgehen der Regierung Ponta nur im russischen Rundfunk begrüßt.

Die nächste Schlappe erfuhr Ponta im Vorfeld des Referendums, als er das Quorum unter dem Druck der Europäischen Kommission wieder einführen musste. Auch musste er zu elf Forderungen der EU zur Erhaltung des Rechtsstaates Stellung nehmen. Im Vorfeld des Referendums kämpften Ponta und die Organisatoren mit allen Mitteln für eine möglichst hohe Wahlbeteiligung und eine Diffamierung des Präsidenten. In den Ferienorten am Schwarzen Meer wurden mobile Wahllokale eingeführt. Die Urlauber konnten direkt am Strand oder im Restaurant ihre Stimme abgeben. Der Premierminister lud die Presse ein, die soeben fertig sanierte Dienstvilla des Präsidenten zu besichtigen und

sich bei dieser Gelegenheit über die horrenden Kosten der Sanierung zu informieren. Zum Abschluss der Besichtigung gab er ein Interview in der Empfangshalle und betonte dabei immer wieder, in welchem Luxus der Präsident lebe, während Rentner und Beamte mit harten Einschnitten bei ihren Bezügen zu kämpfen hätten.

Anhänger des Präsidenten hatten das Referendum boykottiert, um das erforderliche Quorum zu verhindern. Allerdings sprachen sich rund 7,5 Millionen Wähler für und circa 800.000 Wähler gegen die Amtsenthebung Basescus aus.

Am Referendum zur Amtsenthebung des Präsidenten beteiligten sich dennoch nur 46 Prozent der Wahlberechtigten, sodass es keine Gültigkeit erlangte. Die Anhänger des Präsidenten hatten das Referendum boykottiert, um das erforderliche Quorum zu verhindern.

Allerdings sprachen sich rund 7,5 Millionen Wähler für und circa 800.000 Wähler gegen die Amtsenthebung aus. Die Regierungskoalition USL berief sich auf dieses Ergebnis bei ihren Bemühungen, das Referendum für gültig erklären zu lassen. Minister aus Pontas Kabinett unternahmen den Versuch, nachträglich die Anzahl der Wahlberechtigten zu manipulieren bzw. eine improvisierte Volkszählung anzustoßen.

Wie weit sich die Verunsicherung der Justiz in kürzester Zeit ausgebreitet hatte, lässt sich an der Verfahrensweise des Verfassungsgerichts erkennen. Obwohl die Situation nach dem Referendum unstrittig war, konnte sich der Verfassungsgerichtshof nicht zu einem eindeutigen Urteil durchringen (das mit wenigstens sechs von neun Richterstimmen getroffen werden muss) und verschob seine Stellungnahme zunächst auf Mitte September. Überraschend kam das Gericht aber bereits am 21. August zu einer Entscheidung für den Verbleib von Präsident Traian Basescu im Amt. Bis heute ist unklar, warum sich die Richter entgegen der vorherigen Ankündigung doch schnell ein Urteil bilden konnten.

In der Zeit zwischen dem Referendum und dem Urteil des Gerichts bestimmten Diskussionen über Wahllisten, Wahlberechtigte und Wahlfälschung den öffentlichen Diskurs. Gegenwärtig ermittelt die Staatsanwaltschaft in den Landkreisen mit einer überdurchschnittlich hohen Wahlbeteiligung. Immer noch gibt es 500 Strafverfahren wegen verschiedener Arten von Wahlfälschung.

Der Amtsenthebungsversuch gegen Băsescu war das Ergebnis einer schon länger verfolgten Strategie des politischen Gegners. Bereits vor der Machtübernahme Pontas sprach Dan Voiculescu, die graue Eminenz der USL, von einem 60-Tage-Plan zur Entlassung Băsescus. Auch machten beide Fraktionen klar, dass eine Kohabitation unmöglich sei. Der so genannte 60-Tage-Plan wurde nach der Machtübernahme des Premierministers dann auch vehement und ohne Zeitverzögerung durch die USL umgesetzt.

Bereits vor der Machtübernahme Pontas sprach Dan Voiculescu, die graue Eminenz der USL, von einem 60-Tage-Plan zur Entlassung Băsescus. Auch machten beide Fraktionen klar, dass eine Kohabitation unmöglich sei.

DIE WAHLEN IM DEZEMBER 2012 – PONTA ERZIELT DIE DREIVIERTEL-MEHRHEIT IM PARLAMENT

Bereits nach dem Referendum zeichnete sich ab, dass das bürgerliche Lager um den Präsidenten und die PDL geschwächt in die Parlamentswahlen gehen würde. Das Wahlergebnis bestätigte diese Befürchtung. Das Wahlbündnis Victor Pontas, die USL, erhielt eine deutliche Dreiviertelmehrheit in beiden Kammern des Parlaments. In der Abgeordnetenversammlung erhielt sie 69,3 Prozent der Stimmen und damit 273 Mandate. Das kurzfristig gebildete Mitte-Rechts-Wahlbündnis Alianța România Dreaptă (Bündnis für ein gerechtes Rumänien, ARD), das aus PDL, Forța Civică, PNTCD und Noua Republică gebildet wurde, erhielt magere 14,2 Prozent (56 Mandate). Prognosen hatten 30 Prozent der Stimmen in Aussicht gestellt. Die PPDD, die Partei des Populisten Dan Diaconescu kam auf beachtliche 11,9 Prozent (47 Mandate). Der Besitzer eines TV-Senders trat zum ersten Mal bei den Parlamentswahlen an. Die Ungarische Bürgerpartei UDMR erhielt 5,4 Prozent (18 Mandate). Die nationalen Minderheiten erhielten 18 Sitze. Insgesamt gehören der Abgeordnetenversammlung damit 412 Parlamentarier an, so viele wie seit 1990 nicht mehr. Im Senat ergibt sich ein ähnliches Bild: Die USL erzielte 69,3 Prozent, das entspricht 122 von 176 Mandaten. Die ARD kam auch hier nur auf 13,6 Prozent (24 Mandate), die PPDD erhielt 11,9 Prozent (21 Mandate) und die UDMR 5,1 Prozent (neun Mandate).

Das eigentlich erschreckende Ergebnis der Wahl ist die Wahlbeteiligung von 41,76 Prozent. Besonders die Altersgruppe der 18- bis 35-Jährigen vertraut weder Parteien

noch Politikern und verweigerte größtenteils die Teilnahme an der Wahl. Dies ist nach den politischen Auseinandersetzungen nicht weiter verwunderlich. Die junge Generation bescheinigt allen Parteien fehlende Inhalte und Vernetzung. Die politischen Kämpfe um den Einfluss auf Staatsanwaltschaft und Verfassungsgericht haben die Zuversicht in der Bevölkerung weiter schwinden lassen, dass Rumänien einen Erfolg versprechenden Transformationsprozess hin zu Rechtsstaat und Demokratie durchläuft, der nicht zuletzt eine entscheidende Voraussetzung für eine fortschreitende europäische Integration darstellt. Es herrscht ein Klima der Frustration in der Gesellschaft, da keines der wichtigen Reformvorhaben in den Politikfeldern Bildung, Finanzen, Kommunalisierung, Gesundheit, Verfassung oder Privatisierung angepackt wurde.

Die Bevölkerung reagiert mit einer zunehmenden Entfremdung von der Politik. Verstärkend kommt hinzu, dass es momentan keine funktionsfähige Opposition gibt. Das Bündnis ARD hat sich offiziell aufgelöst, d.h. jede Partei

Die umfangreiche Versorgung von Parteiliefern und die daraus resultierende kostenintensive Aufblähung des Regierungsapparats bei gleichzeitig leeren Staatskassen lässt das Vertrauen der Bevölkerung in die politischen Entscheidungsträger weiter schwinden.

kämpft für sich alleine. Die ehemalige Regierungspartei PDL sucht ihren Kurs in der Opposition und tut sich sehr schwer mit einem inhaltlichen Neuanfang. Dies verwundert nicht, denn wirklich lukrativ ist Politik in Rumänien nur, wenn es etwas zu verteilen gibt, und das kann die PDL momentan nicht bieten. Die umfangreiche Versorgung von

Parteiliefern und die daraus resultierende kostenintensive Aufblähung des Regierungsapparats bei gleichzeitig leeren Staatskassen lässt das Vertrauen der Bevölkerung in die politischen Entscheidungsträger weiter schwinden. Die neue Regierung hat 26 Minister, die alte bestand nur aus 18 Ministern. Der Premierminister rechtfertigt die Vergrößerung des Kabinetts mit der Orientierung an der EU-Kommission. Schließlich verfüge diese sogar über 27 Kommissare. Zusätzlich zu den neuen Ministern wurden weitere Stellen für Staatssekretäre geschaffen. Viele der neuen Minister haben keinen festen Aufgabenbereich und werden wohl auch keinen erhalten.

USL PROFITIERT VON DER SCHWÄCHE DER PDL

Das Erstarren der USL bei den Parlamentswahlen ist im Wesentlichen auf die Schwäche des bürgerlichen Lagers zurückzuführen und im Besonderen auf die Schwäche der PDL. Die PDL entstand 2007 durch Fusionierung der Liberaldemokratischen Partei unter Theodor Stolojan und der Demokratischen Partei unter Emil Boc, dem späteren Premierminister. Seit der Gründung der Partei war sie eng verbunden mit Staatspräsident Traian Băsescu. Dieser war Mitglied der Demokratischen Partei. Erst im Dezember 2006 entstand die Liberaldemokratische Partei als Abspaltung der regierenden Nationalliberalen Partei des damaligen Ministerpräsident Călin Popescu Țăriceanu.

Unter Bocs Führung galt die PDL bereits kurz nach ihrer Gründung als Hoffnungssymbol für einen Wandel und die Veränderung der politischen Kultur in Rumänien. Dazu trug insbesondere Boc selbst bei, der in der Bevölkerung als „sauberer“ Politiker galt und einen guten Ruf als Wissenschaftler genoss. Boc war ein Quereinsteiger, als er seine politische Karriere Ende der 1990er Jahre begann. Er machte sich anschließend einen Namen als Bürgermeister von Cluj-Napoca (2004 bis 2009) und ab 2005 als Vorsitzender der Demokratischen Partei (PD). In dieser Funktion betrieb er den Austritt aus der Sozialistischen Internationalen und forcierte 2006, zusammen mit Staatspräsident Băsescu, den Beitritt in die Europäische Volkspartei. Mit diesem Schritt wollte man sich endgültig als bürgerliche Kraft in Rumänien etablieren und damit auch mit neuen positiven Werten punkten. Dieses neue Image verhalf dann auch der PDL zu ihrem knappen Wahlsieg 2008 und zu einer Regierungskoalition mit der PSD. Diese hielt jedoch nur kurz und zerbrach im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen 2009. Grund war Bocs Entlassung des damaligen Innenministers, der Mitglied der PSD war, und die Neubesetzung mit einem PDL-Politiker. Für viele Beobachter kam der Zeitpunkt der Neubesetzung nicht überraschend, so verantwortet der Innenminister auch die Vorbereitung der Präsidentschaftswahlen. Für die PSD war es ein guter Anlass, die ohnehin ungeliebte Koalition zu verlassen und die PDL zu beschuldigen, den Staatspräsidenten bei einer geplanten Wahlmanipulation zu unterstützen. Der knappe Sieg Băsescus in einer Stichwahl schien die Behauptungen der

PSD zu stützen, sodass sich das bis dahin vergleichsweise gute Image Bocs und der PDL deutlich verschlechterten. Dazu kam auch die weltweite Wirtschafts- und Finanzkrise, die Rumänien völlig unvorbereitet traf. Versprach die Regierung Boc noch 2008 im Wahlkampf massive Lohnsteigerungen bei den Bezügen der Beamten und eine Steigerung der Pensionen, so musste das Land nun Verhandlungen mit dem IWF über Sonderkredite aufnehmen, um die Zahlung der Beamtengehälter und Pensionen abzusichern. Dieser knüpfte seine Kreditvergabe gleichzeitig an strenge Sparmaßnahmen, dazu gehörten Entlassungen in Staatsbetrieben, Kürzungen bei Beamtenbezügen bzw. Pensionen und die Reduzierung der Staatsquote in der rumänischen Wirtschaft. Später kamen noch die Erhöhung der Mehrwertsteuer und Einschnitte in der Notfallrettung dazu. Die Beliebtheit der PDL, die zwischen Oktober und Dezember 2009 in einer Minderheitsregierung nur noch geschäftsführend im Amt war, sank mit jeder weiteren Sparmaßnahme. Erst durch die Wiederwahl Băsescus als Staatspräsident wurde die erneute Einsetzung Bocs als Premierminister möglich. Dieser bildete mit der Uniunea Democrată Maghiară din România (UDMR), der Partei der ungarischen Minderheit, eine neue Regierung, die bis zu ihrem endgültigen Scheitern im April 2012 hielt.

Die PDL steht heute trotz ihrer Erfolge und Fortschritte bei der Integration des Landes in die EU wie keine andere Partei in Rumänien für die Verschlechterung der Lebensumstände bei Beamten und Rentnern. Negativ ausgelegt wird

ihr auch der unbedingte Machtwille Bocs, der

Die PDL ist in der Wahrnehmung der Menschen nun eine Partei wie jede andere, verbunden allerdings mit besonders schmerzhaften Sparmaßnahmen.

den Erhalt seiner Position nur durch den PDL-nahen Staatspräsidenten absichern konnte. Es wird damit deutlich, dass das Wahlergebnis von fast 34 Prozent bei den Parlaments-

wahlen 2008 nicht durch ein grundsätzliches Erstarken der bürgerlichen Mitte-rechts-Kräfte zustande kam, sondern durch Protest- und Wechselwähler. Die Hoffnungen insbesondere jüngerer Wähler auf eine neue politische Kultur ohne Vetternwirtschaft hat die PDL nicht erfüllt. Stattdessen ist sie in der Wahrnehmung der Menschen nun eine Partei wie jede andere, verbunden allerdings mit besonders schmerzhaften Sparmaßnahmen.

Ein weiterer Grund für das überragende Ergebnis der USL liegt auch in der geringen Wahlbeteiligung und dem damit verbundenen Schwund junger Wähler. Die USL hat massiv davon profitiert, dass ihre Stammwähler zur Wahl gingen, denn diese kommen, ebenso wie diejenigen der PSD, überwiegend aus dem Bereich der Beamten und Pensionäre und repräsentieren damit die Bevölkerungsgruppen, die von den Sparmaßnahmen der PDL betroffen waren. Damit wurde die Parlamentswahl zu einer erneuten Abrechnung mit der PDL und dem Präsidenten, der die Sparmaßnahmen und die Regierung Boc positiv begleitet.

EINE LANGE TO-DO-LISTE FÜR DIE REGIERUNG

Es ist offen, wie verantwortungsvoll die USL mit ihrer Dreiviertelmehrheit umgeht, wenn sie die Verfassungsreform in Angriff nimmt. Besonders interessant wird es, wenn es um die zukünftige Rolle und die Machtbefugnisse des Präsidenten geht. Ponta wäre es wohl lieber, wenn der Präsident zukünftig über weniger Einfluss verfügt und eher repräsentative Aufgaben zu erfüllen hat. Keinen Widerspruch gibt es dazu vom kleineren Koalitionspartner PNL und ihrem Vorsitzenden Crin Antonescu. Antonescu sieht sich als natürlichen Nachfolger Băsescus, nicht zuletzt weil er 2009 schon einmal Präsidentschaftskandidat der PNL war. So befürwortet er momentan auch eine starke Beschneidung der Befugnisse des Präsidenten sowie dessen Wahl durch das Parlament. Zeitgleich gibt es aber schon Vertreter der PSD, die argumentieren, dass die PSD als größte Partei im Regierungsbündnis auch das Anrecht auf die Position des Präsidenten habe. An dieser Stelle sehen bereits viele Beobachter eine mögliche Bruchstelle innerhalb der USL, die zu weiteren Veränderungen im laufenden Jahr bzw. spätestens Anfang 2014 zu einem Bruch des Bündnisses führen könnte.

Vertreter der PSD argumentieren, dass sie als größte Partei im Regierungsbündnis auch das Anrecht auf die Position des Präsidenten haben. Beobachter sehen hier eine mögliche Bruchstelle in der Koalition.

Das Regierungsprogramm der USL fällt nicht zufällig sehr üppig aus, sind doch seit Mitte 2012 fast alle Ressourcen der Regierung für den politischen Machtkampf gebündelt worden und dringende Reformvorhaben liegengeblieben. Nun will man neben der Verfassungsreform auch eine Verwaltungsreform durchführen. Wie diese aber genau aussehen soll und finanziert wird, bleibt offen. Erklärtes Ziel

der Regierung ist die Verbesserung der Haushaltseinnahmen, die Bekämpfung der Steuerhinterziehung und des Steuerbetrugs sowie die Verabschiedung eines neuen Gesundheitsgesetzes. Große Infrastrukturprojekte will man ebenso angehen wie die Erweiterung des Autobahnnetzes, die Fertigstellung des Donau-Bukarest-Kanals und den Bau von Hochgeschwindigkeitstrassen der Bahn.

Das Mindesteinkommen soll auf 270 Euro steigen, und die Sozialabgaben der Arbeitgeber sollen um fünf Prozent sinken. Ponta kündigte auch an, die Mehrwertsteuer von 24 auf 19 Prozent zu senken.

Die Verbesserung der Einkommensverhältnisse der Arbeitnehmer und die Entlastung der Arbeitgeber will die Regierung ebenfalls realisieren. Das Mindesteinkommen soll auf 1.200 RON (270 Euro) steigen, und die Sozialabgaben der Arbeitgeber sollen um fünf Prozent sinken. Die pauschale Lohnsteuer soll von derzeit 16 Prozent durch ein Stufenmodell von acht, zwölf und 16 Prozent ersetzt werden. Ponta kündigte auch an, die von der Regierung Boc (PDL) erhöhte Mehrwertsteuer von 24 auf 19 Prozent zu senken. Dieses Maßnahmenpaket könnte stufenweise bis 2016 verwirklicht werden.

Dass Rumänien Geld brauchen wird, um diese Wahlversprechen und Reformvorhaben umzusetzen, ist unbestritten. Daher will die Regierung die Weiterführung der Abkommen mit den internationalen Partnern wie IWF, EU und Weltbank forcieren. Auch dieses geschieht nicht freiwillig, sondern nur auf Druck von außen. Die Vertreter des IWF, der Weltbank und der EU-Kommission attestierten der Regierung Ponta bei Gesprächen in Bukarest im November 2012, dass sie ihre „Hausaufgaben“ nur ungenügend erledigt hätte. Besonders IWF-Chefunterhändler Erik de Vrijer machte deutlich, dass der rumänischen Regierung keine Zusagen über die dringend erforderlichen Kredite bzw. einen Notkredit gegeben würden, solange es keine sichtbaren Erfolge bei Strukturreformen, der Privatisierung und der Konsolidierung des Haushalts gäbe.

Volkswirtschaftlich steht Rumänien mit dem Rücken an der Wand. Es fehlen 5,1 Milliarden Euro, die das Land an den IWF für einen 2010 aufgenommenen Notkredit zurückzahlen muss. Die Konjunkturdaten fallen ebenfalls nicht erfreulich aus. Das Wirtschaftswachstum ist von 0,7 Prozent im zweiten Quartal 2012 auf 0,2 Prozent im dritten Quartal 2012 geschrumpft. Damit nicht genug: Die EU reagierte ebenfalls auf die Tatenlosigkeit der Regierung, machte

ihre Drohung wahr und legte die EU-Strukturfonds für das Land auf Eis. Ende September 2012 wurde zudem bekannt, dass die ausländischen Direktinvestitionen sich nur noch auf 1,1 Milliarden Euro belaufen. Eine Lösung dieser Probleme ohne grundlegende Reformen, die vielen in Rumänien wehtun werden, ist kaum vorstellbar. Dazu gehört natürlich auch, dass die Regierung versuchen wird, die bisher kaum genutzten EU-Fördermittel in Brüssel zu absorbieren. Es bleibt zu hoffen, dass sie auch dort ankommen, wo sie gebraucht werden.

AUSGANGSLAGE 2013

Der Versuch einer Prognose für die folgenden Monate gestaltet sich angesichts der beschriebenen Ausgangslage schwierig und wenig hoffnungsvoll. Es ist kaum zu erwarten, dass sich die politische Lage beruhigt oder sich eine politische Kultur entwickelt, die es erlaubt, über inhaltsgetriebene Problemlösungen zu diskutieren. Dazu schießen alle bereits zu sehr auf die EU-Wahlen und die Präsidentschaftswahlen 2014. Mehr als die EU-Wahlen wird der Kampf um das Präsidentsamt die politischen Auseinandersetzungen bestimmen. Dass diese friedlich ablaufen werden, ist nach den Ereignissen im Sommer kaum vorstellbar. Positiv zu vermerken ist aber, dass Băsescu und Ponta ein „Friedensabkommen“ unterzeichnet haben. Damit betreten beide Kontrahenten politisches Neuland in Rumänien. Bemerkenswert war auch der Zeitpunkt der Unterzeichnung, nämlich unmittelbar vor der erneuten Ernennung Pontas zum Premierminister. In dem unterzeichneten Protokoll verpflichten sich beide Seiten,

zivilisiert miteinander umzugehen und den anderen nicht mehr persönlich und politisch zu attackieren. Dieser Akt dürfte vielen in der USL nicht gefallen haben, denn nun sind Frontalangriffe auf den Präsidenten erst einmal tabu – wenn man die Vereinbarung ernst nimmt. Ponta hat mit seiner USL momentan alle Möglichkeiten, das Land nach seinen Vorstellungen umzubauen und sich eine maßgeschneiderte Verfassung zuzulegen. Die schwache und leise Opposition im Parlament hilft ihm indirekt dabei. Hinzu kommt eine erstarrte Zivilgesellschaft, die die politische Klasse ablehnt und in Teilen resigniert hat. Die Schwäche des Systems ist Pontas Chance, sich als starker Mann in Rumänien zu

Frontalangriffe auf den Präsidenten sind nun erst einmal tabu. Ponta hat mit seiner USL momentan alle Möglichkeiten, sich eine maßgeschneiderte Verfassung zuzulegen.

etablieren. Dass er dieselben Fehler wie im letzten Sommer machen wird, ist unwahrscheinlich. Er hat viel gelernt, besonders, dass es besser ist, leise zu agieren und von der EU nur bei der Vorlage von Fortschrittsberichten wahrgenommen zu werden. So haben es seine Vorgänger auch gehalten und Rumänien damit in die EU gebracht, trotz aller Unzulänglichkeiten.

Was bleibt, ist die Erkenntnis, dass die letzten demokratischen Enklaven heute in Rumänien die Staatsanwaltschaft und ein zerbrechliches Verfassungsgericht sind. In der kurzen Regierungszeit Pontas und seiner USL wurde bewiesen, dass es keinen funktionierenden Mechanismus im Land gibt, der die Demokratie und den Rechtsstaat nach europäischem Maßstab schützt. Damit ist auch die immer wiederkehrende Frage beantwortet, ob Rumänien heute wirklich die Kriterien eines europäischen Rechtsstaats erfüllt. Die bisher zu wenig erörterte Frage wird nur selten gestellt: Was wäre passiert, wenn Rumänien 2007 nicht der EU beigetreten wäre? Mögen die vorangegangenen Betrachtungen auch noch so schmerzlich und unerfreulich sein, so steht heute fest, dass die EU als Wächter über demokratische und rechtsstaatliche Grundprinzipien gute Arbeit geleistet hat. Der zu Beginn des Jahres veröffentlichte Bericht der EU-Kommission über die Fortschritte Rumänien im Rahmen des Überprüfungsmechanismus² beschreibt erneut eine lange Liste nicht erledigter Hausaufgaben.

